

TAGESSCHAU

POLITIK

Reagan flexibel: Die USA scheinen bereit, auf den Globalansatz in den Genfer Verhandlungen über Mittelstreckenraketen zu verzichten und die in Asien bereits stationierten sowjetischen SS-20-Raketen außer Acht zu lassen. Damit könnte der Krenel-Forderung nach Einbeziehung britischer und französischer Systeme, die bisher als entscheidendes Hemmnis in Genf galt, der Grund entzogen werden.

Fünfte Kolonne: CDU-Generalsekretär Familienminister Geißler bezeichnet die SPD in einer Rede vor dem CDU-Parteitag im Rheinland als „fünfte Kolonne“. Moskau in der Nachrüstungsdebatte. Heftige Reaktion der Sozialdemokraten.

EG besorgt: Die EG-Partner erwägen, dem griechischen Außenminister Charalambopoulos das Recht zu verweigern, vor der UN-Vollversammlung für Europa zu sprechen. Anlaß ist die Weigerung Athens bei der letzten EG-Außenministerkonferenz, einer Verurteilung der Sowjets wegen des Abzuges eines Zivilflugzeugs zuzustimmen. (S. 8)

Diakon verurteilt: Wegen angeblicher staatsfeindlicher Hetze und ungesetzlicher „Verbindungsaufnahme“ ist der Jugenddiakon Rochaus aus Halle in der „DDR“ in einem Geheimprozeß zu drei Jahren Haft verurteilt worden. (S. 8)

ZITAT DES TAGES



„Ich finde es unbegreiflich und unerklärlich, daß wir in Europa keine klarere Verurteilung und im weiteren NATO-Bereich keine klarere Aktion zustandegebracht haben.“

Die britische Premierministerin Margaret Thatcher zur Reaktion von EG und NATO auf den Abschluß eines Zivilflugzeugs durch die Sowjets. FOTO: LOTHAR KUCHARZ

WIRTSCHAFT

Trendwende: Nach einjähriger Amtszeit der neuen Koalitionsregierung sei die Trendwende unverkennbar, erklärt Finanzminister Stoltenberg. Im Vorjahr sei noch ein Minus von 1,7 Prozent, in diesem Jahr dagegen ein Wirtschaftswachstum von einem Prozent zu verzeichnen.

Werft bleibt besetzt: Die Hamburger HDW-Werft blieb auch am Sonntag besetzt. In Bremen wirft der Senat der Bundesregierung vor, gemeinsame Absprachen zur Behebung der Werftkrise zu verlassen. (S. 9)

EG-Reform: Die Bundesregierung hält einen wirksameren Einsatz der Finanzmittel der EG für geboten. Ein Positionspapier für

KULTUR

Kooperation: Neue Abkommen über Zusammenarbeit im Funk- und Fernsehsektor seien zwischen Sowjetunion und Bundesrepublik Deutschland unterzeichnet worden, meldet Tass.

SPORT

Volleyball: Die Damen-Nationalmannschaft der Bundesrepublik Deutschland startete bei den Europameisterschaften in der „DDR“ mit einem 3:1-Sieg über Polen.

Turnen: Siegerin der letzten Weltmeisterschafts-Qualifikation in Cappel bei Marburg wurde die deutsche Meisterin Yvonne Haug aus Berlin. (S. 13)

AUS ALLER WELT

Schwangeren-impfung: Künftig soll der Schutz Neugeborenen etwa vor Wundstarrkrampf schon durch die Impfung schwangerer Frauen möglich sein, erklären Mediziner in einer angesehenen US-Fachzeitschrift. (S. 16)

Anwälte in Haft: Die Anwälte eines entflohenen Millionenbetrügers wurden wegen Gefangenbefreiung in Haft genommen.

Wetter: Durchzug eines Regengebiets: 15 bis 20 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:
Meinungen: Mit und ohne Pflaferfuß - Bernd Conrad über Sinn und Nebensinn der KAE S. 2
Big Lift: Der große Sprung ins NATO-Manöver, 17 000 US-Soldaten nach Europa S. 3
Hausärzte-Pakt: Mediziner waren vor Folgen für die Patienten durch schlechte Ausbildung S. 4
Hessen: Innenminister Zimmermann und der Mut der Union zum Wahlkampf in Groß-Gerau S. 6
Forum: Personalien und Leserbrief an die Redaktion der WELT Wort des Tages S. 6

U-Boote vor Schweden: Stockholm meldet den diplomatischen Protest gegen Moskau S. 7

Jubiläum: 10 Jahre UNO-Mitgliedschaft - um Berlin wird still und zäh gerungen S. 7

Pankreas: Hans Magnus Enzensbergers höchst unwillkürliches Lob der „Bild“-Zeitung S. 15

Fernsehen: Der Aufstand der Matrosen von Kronstadt - Vorbereit auf Schüßels TV-Spiel S. 18

Akropolis: Melina Mercouris neuer Anlauf um die alten Friesse des Parthenon S. 18

Nachrüstung: Im Westen statt 572 nur 300 neue Systeme?

Reagan-Brief an Kanzler und weitere Regierungschefs von NATO-Ländern

RÜDIGER MONIAC, Bonn
Die USA sind offenbar bereit, europäischen Drängen nach mehr Flexibilität bei den Genfer Mittelstreckenverhandlungen nachzugeben. Präsident Reagan hat dies in einem Brief an Bundeskanzler Kohl und weitere Regierungschefs verbündeter NATO-Länder angedeutet. Danach schloß die Reduzierungsabmahnung des Westens nicht mehr die SS-20-Raketen in Fernost ein. Außerdem sollen sich die USA nach zuverlässigen Informationen darauf eingestellt haben, den westlichen Nachrüstungsbedarf von ursprünglich geplanten 572 auf 300 Sprengköpfe in den INF-Verhandlungen zurückzuschrauben.

Die entscheidenden Festlegungen für eine neue Verhandlungslinie, die der US-Unterhändler Nitze einnehmen soll, werden von Beratungen der zuständigen Regierungsexperten der NATO erwartet, die heute beginnen.

Wie aus dem Reagan-Brief hervorgeht, erklären sich die USA bereit, ihren ursprünglichen „globalen Reduzierung“ von nuklearen Mittelstreckenraketen zielen Verhandlungsansatz für Genf faktisch aufzugeben. Nach zuverlässigen Informationen hat dies Reagan in dem Brief

wenn auch nur indirekt - als Kompensation für die sowjetische Forderung nach Anrechnung der britischen und französischen Waffen dargestellt. Konkret würde das bedeuten, die Sowjetunion in Fernost 108 SS-20-Werfer behalten dürfte, wenn bereit wäre, den Bestand nicht zu erhöhen und von ihrer Forderung abzulassen, die britischen und französischen Systeme in der „europäischen Rechnung“ heranzuziehen. Welche Sicherheitsexperten haben sich darauf hingewiesen, daß diese europäischen Systeme, vor allem aber der deutsche US-Konzept für Genf tiefgehend negative Auswirkungen auf Beziehungen der USA zu den Staaten des südostasiatischen Raumes, aber Japan, haben müßten.

Für den europäischen Raum richten die Überlegungen innerhalb der NATO darauf, auf das sowjetische Gebot - Reduzierung der Mittelstreckensysteme auf 300 in Ost und West - einzugehen. Der Westen will bei auf dem Zählen von Sprengköpfen bestehen. Beharrte die Sowjetunion nicht mehr auf der Anrechnung der britischen und französischen, ergäbe sich für die

NATO ein „Nachrüstungs-Bedarf“ von 300 Sprengköpfen.

Wie der „Waffenmix“ für diese beiden Systeme am Ende aussehen würde, ist nach den zugänglichen Informationen bislang in der NATO völlig offen. Es scheint aber, daß vor allem die verantwortlichen deutschen Politiker der sicherheitspolitischen Bedeutung der ballistischen Rakete Pershing 2 als Gegengewicht zur sowjetischen SS 20 hinstellen wollen.

Dem Vernehmen nach planen die NATO-Experten, den „Waffenmix“ der „Nachrüstung“ auch nach Sprengköpfen zu zählen. Da beim ursprünglich geplanten Nachrüstungsbedarf von 572 Sprengköpfen 108 auf Pershing-2-Raketen vorgesehen waren - das sind rund 20 Prozent -, soll auch in der reduzierten Rechnung der Pershing-2-Bestand bei diesem Anteil bleiben, also rund 60 von den 300 Köpfen. Würde die Sowjetunion auf das Konzept - über das jetzt in der NATO Konsultationen geführt werden - eingehen, könnte sie im europäischen Raum 108 SS-20-Werfer stellen lassen. Die 108 Werfer in Fernost mitgerechnet, würde sie über mehr als das Dreifache an ballistischen Werten im Vergleich zu den USA verfügen.

Bischof klagt „DR“-Führung an

Synode in Potsdam / „Enttäuschung und Verbitterung vieler Bürger“

H.-R. KARUTZ, Potsdam
Die evangelischen Kirchen in Mitteleuropa haben - in einer pessimistischen Gesamtdarstellung der Lage - den Willen bekundet, ungeachtet des Drucks von staatlicher Seite an einer unabhängigen Friedensarbeit festzuhalten. Der Vorsitzende des Kirchenbundes, Bischof Johannes Hempel (Dresden), sprach auf der Bundessynode in Potsdam auf repräsentative Praktiken Ost-Berlins eingehend, von der „Enttäuschung und Verbitterung vieler Bürger unseres Landes“. Ein Pfarrer aus Ost-Berlin beklagte eine „zunehmende innere und äußere Auswanderung vieler Menschen“.

In einer grundsätzlichen Betrachtung zeichnete Bischof Hempel in einem Wort an die Synodalen ein Panorama der Stimmungslage in der „DDR“. Hempel: „Ich habe keine einfachen Antworten, aber ich möchte versuchen deutlich zu sein. Ich glaube, daß Bruder Semper (ein Synodaler, d. Red.) mit einem Stichwort von der Enttäuschung und Verbitterung vieler Bürger unseres Landes als einer Verbitterung von und mit Freunden

des Richtiges beschreibt.“ Als Gründe für die Verbitterung nannte er die Wirtschaft und in der Wissenschaft, die Entwicklung der Kultur des Umgangs miteinander auch bei bekundeten und kontroversen Themen“ zu sorgen. Dies sei „fällig und nötig“. Über die „eigene Schwachheit oder die gemeinsame Schwachheit“ im Lande zu reden, werde mit „klassenfeindlicher Agitation“ verwechselt. Hempel nannte die Aktion der Staatsorgane gegen die Aufhänger „Schwerter zu Pflugscharen“ einen „schweren Symbolfehler“.

Im Rechenschaftsbericht der Kirchenleitung an die Synodalen wurde bei unveränderter Bereitschaft, als Kirche in der „DDR“ an den Problemen des Landes mitzuarbeiten und sich zu engagieren, ein Verlust an Vertrauen in vielen Bereichen beklagt. Die staatliche Seite solle beispielsweise eine „offenere Informationspolitik“ betreiben. Es sei außerdem nicht einzusehen, daß der Staat das Friedenszeugnis der evangelischen Kirche nicht ernstzunehmend, sondern als bloßes Propagandainstrument betrachte. „Die Kirche ist nicht mehr ein Teil des Staates, sondern ein Teil der Gesellschaft“, erklärte er.

Vertreter des Staates bis hin zum Nein ohne Begründung für dieses Nein.“

Hempel forderte die Staatsführung auf, für eine „Neuentwicklung der Kultur des Umgangs miteinander auch bei bekundeten und kontroversen Themen“ zu sorgen. Dies sei „fällig und nötig“. Über die „eigene Schwachheit oder die gemeinsame Schwachheit“ im Lande zu reden, werde mit „klassenfeindlicher Agitation“ verwechselt. Hempel nannte die Aktion der Staatsorgane gegen die Aufhänger „Schwerter zu Pflugscharen“ einen „schweren Symbolfehler“.

Im Rechenschaftsbericht der Kirchenleitung an die Synodalen wurde bei unveränderter Bereitschaft, als Kirche in der „DDR“ an den Problemen des Landes mitzuarbeiten und sich zu engagieren, ein Verlust an Vertrauen in vielen Bereichen beklagt. Die staatliche Seite solle beispielsweise eine „offenere Informationspolitik“ betreiben. Es sei außerdem nicht einzusehen, daß der Staat das Friedenszeugnis der evangelischen Kirche nicht ernstzunehmend, sondern als bloßes Propagandainstrument betrachte. „Die Kirche ist nicht mehr ein Teil des Staates, sondern ein Teil der Gesellschaft“, erklärte er.

USA: Gromyko lagenig an UNO-Reise

Nach Abschluß des Jumbo ist Moskau in defensive / Reagan: Noch nicht abgeschlossen

KIEBLINGER/DW, Washington/Moskau
Als Vorwand wird in Washington die demonstrative Weigerung des sowjetischen Außenministers Andrej Gromyko gewertet, wegen des Landeverbotes seiner Aeroflot-Maschine in New York und New Jersey zur UNO-Vollversammlung zu fliegen. Gromyko, so heißt es, habe eine Reise abgesagt, an der ihm ohnehin nicht viel gelegen sein konnte. Diese Interpretation wird auch durch eine entsprechende Propagandakampagne Moskaus gestützt. So heißt es beispielsweise in der Regierungszentrale „Iswestia“, Washington versuche, die Aufmerksamkeit der UNO von den wirklich brennenden aktuellen Fragen wie etwa der Abrüstung abzulenken.

Das Angebot des US-Außenministeriums, auf einem Luftwaffenstützpunkt zu landen, war von der Sowjetunion wegen angeblich unzureichender Sicherheitsvorkehrungen abgelehnt worden. Die nahezu einhellige internationale Verdammschuldung des koreanischen Jumbo ist Moskau in defensive / Reagan: Noch nicht abgeschlossen

Interesse bekundet haben, ausgerechnet dann in der UNO-Vollversammlung zu sitzen, wenn Präsident Reagan am 26. September seine Rede halten wird.

Die Affäre der abgeschossenen südkoreanischen Maschine ist nach Ansicht des amerikanischen Präsidenten „noch lange nicht abgeschlossen“. Die wirksame amerikanische Reaktion sei eine Politik der Stärke, sagte Reagan am Samstag in seiner wöchentlichen Rundfunksprache. Die Sowjetunion täusche sich, wenn sie glaube, daß „ihre Verbrechen bald vergessen“ sei.

Die Sowjetunion steht praktisch allein gegen die Welt“, sagte Reagan in einem deutlichen Versuch, Moskau zu isolieren, in seiner Radiosprache. Blockierte Nationen suchen heute bei den Vereinigten Staaten nach Führung. Er habe daher UNO-Botschafterin Kirkpatrick angewiesen, diesem Begehren nachzukommen und „mit den Interessierten“ zu verhandeln. ● Fortsetzung Seite 2

Libanon: Syrien cit den USA

Amerikanische Kriegsschiffe beschießen den drusischen Milizen

DW, Beirut
Die Gefahr einer militärischen Konfrontation zwischen Syrien und den Vereinigten Staaten in Libanon hat zugenommen. Nachdem die amerikanischen Kriegsschiffe „John Rodgers“ und „Bowen“ mit ihrer Schiffsartillerie drusische Stellungen in den Schuf-Bergen beschossen hatten, drohte Damaskus mit einem Gegenschlag. Der syrische Rundfunk zitierte einen Militärsprecher in Damaskus: „Wir betonen, daß jeder Beschuß von Land, aus der Luft oder von See aus, der Gebiete trifft, in denen unsere Truppen stehen, erwidert werden wird.“ Die amerikanischen Kriegsschiffe hatten drusische Stellungen beschossen, nachdem von diesen Positionen aus die amerikanische Botschaft in Beirut, die Residenz von US-Botschafter Robert M. Canine, beschossen worden war.

Offenbar unktion in Syrien zu vermerken. Caspar Weinberger, der amerikanische Verteidigungsminister, erklärte, daß die in Libanon stationierten amerikanischen Kriegsschiffe drusische Stellungen beschossen hätten, nachdem von diesen Positionen aus die amerikanische Botschaft in Beirut, die Residenz von US-Botschafter Robert M. Canine, beschossen worden war.

schon Kriegsschiffen und Flugzeugen die Erlaubnis zu einer Intervention zu geben, um die amerikanischen Soldaten zu verteidigen, nur eine „geringfügige Änderung des bisherigen Engagements“ in Libanon. Eine Elite-Einheit der regulären libanesischen Armee ist es am Wochenende offenbar gelungen, ihre Positionen in der Stadt Suk el Garb auszubauen und auch die Nachbardörfer unter Kontrolle zu bringen. Diese Orte bilden eine Schlüsselstellung bei der Verteidigung von Beirut. Nach Angaben von Radio Beirut hat die libanesischen Regierung in einer dringenden Bitte Waffen und militärische Ausrüstung im Wert von über 100 Millionen Dollar von den USA gefordert.

DER KOMMENTAR

Potsdam

BERNT CONRAD

Monatelang hatte sich die SED mit klingenden Phrasen als Verbündeter und Vorkämpfer der Friedensbewegung im Westen ausgespielt. Jetzt ist ihrer Propaganda von kompetenter Seite, dem Evangelischen Kirchenbund in der „DDR“, der Boden entzogen worden. Die „DDR“ steht - für jedermann sichtbar - als das da, was sie wirklich ist: ein militärisch hochgerüstetes, kommunistisches Machtgebilde, das den, die es beherrscht, jene Aktivität für den Frieden verbietet, die es im Westen bejaht und fördert.

Erstausch sind nicht die auf der Kirchenbund-Synode in Potsdam getroffenen Feststellungen, sondern der Mut und die Offenheit, die dabei zutage traten. Ohne Umschweife erklärte die Kirchenleitung, das staatliche Vorgehen gegen das eigenständige Friedensengagement vor allem junger Leute in der „DDR“ mache die von der Ostberliner Führung propagierte „Friedenspolitik“ unglaubwürdig. Eigenständiges kirchliches Eintreten für den Frieden werde häufig nur außerhalb der „DDR“-Grenzen akzeptiert oder gar gefördert, wenn es der eigenen Au-

ßenpolitik zugute komme, während in der „DDR“ selbst oft „Mißtrauen, Verdächtigung und strikte Abgrenzung“ vorherrschen.

Bischof Johannes Hempel hat das noch konkretisiert. Er nannte die zurückliegende Aktion der SED gegen die Aufhänger „Schwerter zu Pflugscharen“ einen „schweren Symbolfehler“. Der Regierung warf er vor, christlichen Eltern die Mitarbeit in den sozialistischen Schulen zu verweigern, die Bevölkerung durch unhöfliche Umgangsformen zu verbittern und der Jugend „das Recht auf Zorn“ zu verweigern.

Wenn die Kirche, die sich nach Kräften um ein erträgliches Miteinander in der „DDR“ bemüht, so harte Kritik übt, dann muß es schlimm stehen.

Wie schlimm, das unterstrich die gleichzeitige Verurteilung von zwei der Kirche nahestehenden jungen Männern zu hohen Gefängnisstrafen in einem Geheimprozeß. Wer die „DDR“ nach alledem immer noch als glaubwürdigen „Friedensfreund“ betrachtet, der ist entweder politisch nicht ernstzunehmend, oder aber er dient der Diktatur in Ost-Berlin.

Neue Kredite an die „DDR“ nur bei klaren Konzessionen

WELT-Gespräch mit Bundesminister Windelen

MANFRED SCHELL, Bonn
Die Bundesregierung steht neuen Kreditwünschen der „DDR“ nicht grundsätzlich ablehnend gegenüber, wenn sich die „DDR“ im Gegenzug zu deutlichen menschlichen Erleichterungen bereit findet. Diese Auffassung hat der Bundesminister für Innerdeutsche Beziehungen, Heinrich Windelen (CDU), gestern in einem WELT-Gespräch zum Ausdruck gebracht.

Windelen antwortete auf die Frage, ob es hinsichtlich weiterer Kredite in Bonn noch Spielraum gebe: „Hier gäbe es selbstverständlich rein finanziell gesehen noch Spielraum. Das heißt, die Bundesrepublik Deutschland wäre durchaus in der Lage, im Zusammenhang mit den vertraglichen Verpflichtungen gegenüber der DDR weitere Garantieleistungen zu übernehmen, ohne daß dies ein Risiko bedeutet. Aber das hängt natürlich davon ab, ob man sich über ein ausgewogenes Verhandlungsergebnis verständigen kann“, sagte Minister Windelen.

Zu Spekulationen, wonach die „DDR“ zwischen vier und sechs Milliarden Mark von Bonn haben möchte, sagte Windelen: „Diese Summen bewegen sich nicht in einem realistischen Rahmen, mindestens nicht, was kurz- oder mittelfristige Perspektiven anbelangt“. Die Finanzlage der „DDR“ sei prekär. Windelen: „Wir sind darüber informiert, daß die DDR in diesem und im kommenden Jahr sehr hohe Tilgungsverpflichtungen hat. Das heißt, daß sie ihre Schulden konsolidieren muß. Wir gehen davon aus, daß die DDR fast 90 Prozent ihrer Valuta-Erlöse aus Ausfuhrleistungen für den Kapitaldienst braucht. Sie kann ihre augenblicklichen Verpflichtungen nicht aus dem laufenden Aufkommen bestreiten.“

Zu den „Signalen“ aus Ost-Berlin, wonach im Oktober beim Mindestumsatz Zugeständnisse für Rentner und Jugendliche gemacht werden sollen, sagte Windelen, ohne inhaltlich dazu Stellung zu nehmen, „wir haben darauf gewartet“. Der „DDR“ sei bei der Gewährung des Milliardenkredits bekannt gewesen, „daß wir damit gewisse Erwartungen verbinden“. Diese Signale deuteten darauf hin, „daß uns die DDR hier richtig verstanden hat“. Zugeständnisse für Rentner und Jugendliche würden den Besucherstrom in den anderen Teil Deutschlands intensivieren.

Angesichts der Erfahrungen mit der öffentlichen Diskussion über den Milliardenkredit werde es - wenn es zu neuen Krediten kommen sollte - „notwendig sein, deutlicher zu machen, daß sich Leistung und Gegenleistung entsprechen müssen“. Hierzu gebe es aus Bonner Sicht einen „sehr weiten Katalog“, betonte Windelen. Die Senkung des Reisealters, die Beseitigung von Schwierigkeiten bei Tagesreisen, der Jugendaustausch und eine großzügigere Erteilung von Reiseerlaubnissen in dringenden Familienangelegenheiten gehörten dazu. Die Beseitigung von Tötungsmaschinen an der Zonengrenze sei ebenfalls Bestandteil dieses Katalogs.

Die Bundesregierung werde von der polnischen Arbeiterführer Lech Walesa hat den Mitgliedern der verbotenen Gewerkschaft „Solidarnosc“ eine neue Strategie empfohlen. Er schlägt die Bildung regionaler Organisationen vor, die den Kampf für die Bildung freier Gewerkschaften wieder aufnehmen sollen, rät aber zugleich, auf den Namen „Solidarnosc“ zu verzichten.

Die Empfehlung wurde von der Warschauer Untergrundpublikation „CDN“ veröffentlicht. Die neue Strategie spiegelt nach Meinung von Beobachtern die Erkenntnis wider, daß es der Regierung gelungen ist, den Untergrund der „Solidarnosc“ durch Verhaftung führender Mitglieder und Beschlagnahme illegaler Druckereien als nationale Organisation aufzuheben.

„Es gilt zu erkennen“, meinte Walesa, „daß wir gegenwärtig unter dem Namen Solidarnosc in unserem Kampf gegen die Regierung nichts gewinnen werden. Wir müssen deshalb Solidarnosc vorerst suspendieren, ohne ihre Ideale zu vergessen, und neue oppositionelle Verbände auf regionaler und kommunaler Ebene schaffen, die ihre eigenen Namen haben.“ Diese neuen Organisationen sollten „konstruktive Kritik an der Regierung üben“, bei öffentlichen Veranstaltungen kritische Positionen beziehen und damit eine Lage schaffen, in der die Regierung die Bereiche der Wirtschaft und der Gesellschaft nicht einfach beherrschen könne. Diese Organisationen sollten aber immer bereit sein, sich „sofort unter dem Banner der Solidarnosc zu vereinigen“, wenn die Zeit gekommen sei.

Wie „CDN“ meldet, soll Walesa auch beauftragt haben, daß alle im Untergrund lebenden Aktivisten der „Solidarnosc“ die bis 31. Oktober geltende Amnestie nutzen und sich den Behörden stellen, um straflos zu bleiben. Die Authentizität dieser angeblichen Walesa-Zitate schien jedoch zweifelhaft. In Telefongesprächen relativierte Walesa die Zitate als „Diskussionsbeitrag“. Als Nahziel bezeichnete Walesa eine „scharfe Kampagne“ für die Freilassung von fünf Solidarnosc-Führern und sieben intellektuellen Beratern der Gewerkschaft, die vor Gericht gestellt werden sollen.

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Gromykos Absage

Von Herbert Kremp

Die Absage der Gromyko-Reise zu den Vereinten Nationen nach New York soll aller Welt darsagen, in welchem Maße sich die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen zugespitzt haben. Moskau sucht den Eindruck zu vermitteln, wichtige internationale Kontakte rissen ab, der Weltfrieden sei in Gefahr. Es ist nicht ausgeschlossen, daß diese gezielte Interpretation in der westlichen Öffentlichkeit Anklang findet.

Ähnlich wie in Madrid und beim Besuch in Paris wäre der sowjetische Außenminister vor der UNO in Bedrängnis geraten. Denn trotz aller Informationen und Desinformationen über die Umstände der Flugzeugkatastrophe in Ostasien besteht über die einzige entscheidende Tatsache unanzweifelhafte Klarheit: Es waren sowjetische Raketen, die das koreanische Flugzeug mit seiner Menschenfracht zum Absturz brachten. Die kalte Exekution und das lange hartnäckige Leugnen danach fügten der Sowjetunion schweren Schaden zu. Man zweifelt an ihrem zivilisierten Verhalten auch dort, wo sie gemeinhin den Kredit des Mächtigen besitzt: In der Dritten Welt, die in den Vereinten Nationen heute über die Mehrheit verfügt.

Dennoch - es ist nicht die Scheu vor einer überaus peinlichen Situation, die Moskau zur Gromyko-Absage veranlaßte. Von Schamgefühlen wird eine kommunistische Weltmacht nicht geplagt. Sie spekuliert vielmehr darauf, daß schon die Vorspiegelung einer harten und „unbezwingbaren“ Haltung genügen könnte, das mit dem Abschuß bestätigte Urteil über die barbarische Natur des sowjetischen Systems von einer Woge der Angst „um den Frieden“ überfluten zu lassen. Wird diese Rechnung der reinen Gewalt aufgehen?

In der Tat hat der Westen auf den Luftmord sehr maßvoll reagiert. Es fehlte nicht an Äußerungen der Empörung, Empörung aber ist, wie schon Otto v. Bismarck feststellte, keine Kategorie der Politik. Sie ist eher ein Ausdruck dafür, daß man so schnell wie möglich vergessen will. Die Sowjets deuten dies als eine Schwäche, die es auszunutzen gilt.

Wendepunkt

Von Jürgen Liminski

Mit einem eindringlichen Appell an die freie Welt hat der libanesische Präsident Amin Gemayel auf die explosive Lage in seinem Land aufmerksam gemacht. Noch ist offen, wie die Kämpfe im Schuf zwischen regierungstreuen Truppen und loyalen Milizen einerseits und den von Syrien, Palästinensern, Libyern und Iranern unterstützten aufständischen Drusen andererseits enden.

Sicher ist seit dem Wochenende indes: Mit den amerikanischen Schüssen in die von Syrien besetzte Zone Libanons und mit dem Vordringen der libanesischen Armee, ist der Kampf in und um den Levante-Staat an einem neuen Wendepunkt angelangt und der Verschiebung des Kräfteverhältnisses zugunsten der Sowjets erst mal Einhalt geboten worden.

Dem syrisch-amerikanischen Klingenkreuz kommt dabei die größere Bedeutung zu. Denn für Washington ist die libanesische Krise auch ein Test der globalen Entschlossenheit. Die Granaten der Schiffgeschütze signalisieren nicht nur den Libanesen und einigen arabischen Staaten, daß die Schutzmacht Amerika kein Papiertiger ist. Ihre Wehrhaftigkeit demonstriert sich in der Entschlossenheit, den ausufernden sowjetischen Einfluß auch auf anderen potentiellen Gefechtsfeldern einzugrenzen. Jetzt kann Amerika nur noch unter Gesichtverlustr zurückweichen.

Die Herkunft der Solidaritätsadressen und Söldner für Syrien und Drusen zeigt andererseits, mikrokosmisch, den regionalen Aspekt des Konflikts: Libyen, Iran, Syrien und PLO sind der harte Kern der Friedensgegner in Nahost. Zwar braucht man die wadenbeißerischen Äußerungen des Revolutionärs Khadafi nicht so ernst zu nehmen wie die Winkelzüge des intelligenten Syrischen Assad. Seine Mittel und Söldner aber könnten gemeinsam mit den rund 6000 PLO-Kämpfern, die jetzt in Richtung Schuf marschieren, Israel endgültig zum Eingreifen zwingen.

Es ist eigentlich wie gehabt: Arafat, Khadafi und Assad kochen ihr Süppchen im libanesischen Feuer. Hätte Amin Gemayel nicht so lange gezögert, wäre der Brand leicht lokalisierbar geblieben. Immerhin, jetzt hat er seiner Feuerwehr, der Armee, wenn auch unter Druck, den Befehl zum Ausfahren gegeben. Er wird aber das Feuer ohne Hilfe der USA oder Israels schwerlich löschen können.

Die U-Boot-Lüge

Von Reiner Gatermann

Die Angelegenheit wird für Schweden nun peinlich. Oberbefehlshaber Lennart Ljung teilt mit, daß alleine in diesem Sommer die Hoheitsgrenzen auf See ziemlich sicher 20 bis 40mal von fremden U-Booten verletzt worden sind. Seit dem 1. Juli hat die schwedische Marine das Recht, ohne Vorwarnung die Waffen einzusetzen, die den Eindringling zum Aufkaufen zwingen können. Erst kürzlich wurde auch bei Karlskrona ein Wasserbombentest „genau über dem Ziel“ geleitet.

Aber nichts geschah. Jetzt heißt es in einer Erklärung der Stockholmer Regierung, das vom Oberbefehlshaber vorgelegte Material reiche nicht aus, um die Nationalität der unerwünschten Besucher eindeutig festzustellen; ein neuerlicher diplomatischer Protest sei also nicht fällig. Bei wem denn auch, wenn die Prämisse stimmt?

Aus diesem Geschehen ergeben sich zwei Fragen: Ist die schwedische Marine so miserabel ausgerüstet, daß sie unmöglich ein fremdes U-Boot treffen kann? Und was kann die Regierung für Gründe haben, das Herkunftsland nicht zu nennen?

Die Marine stellte vor ein paar Wochen neue „effektive“ Waffen vor und behauptete, damit sei die Schlagkraft der schwedischen U-Boot-Bekämpfung „auf der Grenze zur Oberstufe“. Hoffentlich kann sie bald auch das Abitur machen. Rücksichtnahmen wären nunmehr fehl am Platz, nachdem alle Länder, die für derartige unerwünschte Besuche in Frage kommen, mehrfach versichert, keine U-Boote zur schwedischen Küste geschickt zu haben. Das sowjetische ZK-Mitglied Vadim Slagadin hat in Stockholm sogar erklärt, natürlich hätten die Schweden das Recht, alle Mittel gegen Grenzverletzungen einzusetzen.

Nun liegt auch diesmal wieder der Verdacht sehr nahe, daß die Eindringlinge aus der Sowjetunion kommen. Jedenfalls hält nicht nur der konservative Abgeordnete Carl Bildt die Beobachtungen dieses Sommers für ebenso beweiskräftig, wie jenes Material, das im April zu dem scharfen Protest geführt hat. Auch Militärs sind dieser Auffassung. Doch Ministerpräsident Olof Palme will sich wohl um die Erkenntnis drücken, daß die Supermacht im Osten auf die Integrität des kleinen neutralen Schweden pfeift. Denn dies müßte eine Korrektur seiner Politik zur Folge haben.



„Verdammter UN-Flug - abdrehender beldrehen?“ ZEICHNUNG: KLAUS SCHÖLE

Mit und ohne Pferdefuß

Von Bernt Conrad

Am 25. Oktober, nur sechs Wochen nach dem mühevoll erreichten Abschluß der Madrider KSZE-Folgekonferenz, wird in Helsinki die nächste Phase des KSZE-Prozesses eingeleitet werden. Ein Vorbereitungstreffen soll Tagesordnung, Zeitplan und organisatorische Modalitäten der „Konferenz über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa“ (kurz KAE genannt) festlegen, die ihrerseits am 17. Januar 1984 in Stockholm ihre Arbeit aufnehmen wird.

Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher hat die Einberufung der KAE im Bundestag als „eines der wichtigsten Ergebnisse von Madrid“ gerühmt. Aber liegt es angesichts der Intensität, mit der Moskau einen Beginn der KAE noch in diesem Jahr angestrebt hatte, nicht nahe, an einen sowjetischen Trick zu glauben - etwa mit der Absicht, in der westlichen Öffentlichkeit durch ein weiteres Abrüstungsforum Sicherheitsillusionen zu fördern und Besorgnisse über die sowjetische Überrüstung einzuschlängeln?

Tatsächlich hatten solche Gedanken Pate gestanden, als Moskau und seine osteuropäischen Verbündeten in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre den Plan einer „Gesamteuropäischen Konferenz über militärische Entspannung und Abrüstung auf politischer Ebene“ initiierten, den die Warschauer-Pakt-Staaten im Mai 1980 noch einmal bekräftigten.

Doch dem damaligen französischen Staatspräsidenten Giscard d'Estaing gehörte das Verdienst, dieser Idee durch einen geschickten Schachzug die Spitze genommen und sie in ein Instrument westlicher Strategie umgewandelt zu haben.

Das geschah durch den im Mai 1978 an alle 35 KSZE-Unterzeichnerstaaten übersandten französischen Vorschlag, auf einer Abrüstungskonferenz im Rahmen der KSZE militärisch bedeutsame und verifizierbare vertrauensbildende Maßnahmen zu verabschieden, die auf dem ganzen europäischen Kontinent, einschließlich des gesamten europäischen Teils der Sowjetunion, anwendbar sein sollten.

Bonn, die EG-Partner und die NATO-Verbündeten erkannten schnell, daß dieser Plan die Chance bot, einen schwerwiegenden Mangel der KSZE-Schlussakte von Helsinki aus dem Jahre 1975 zu korrigieren.

Der Wortlaut war fast der gleiche. Einen Tag nach dem Ende des Besuchs des sowjetischen Vizeaußenministers Michail Kapiza haben sowohl die chinesische „Volkszeitung“ wie auch Chinas Außenminister Wu Xueqian sich erstmals darüber geäußert, daß eine drastische Verminderung der SS-20-Raketen in Asien für Peking einen Grundbestandteil seiner Gespräche um eine echte Normalisierung der Beziehungen mit der Sowjetunion darstelle. Ohne diese Voraussetzung gebe es keine Normalisierung, betonte die „Volkszeitung“.

Damit hat die Volksrepublik auch nach der Fülle der Meldungen über wieder geöffnete Grenzübergänge, Studentenaustausch und Wirtschaftsabkommen deutlich gemacht, daß sie ihre bekannten drei Forderungen an die Sowjetunion (Abzug der sowjetischen Truppen in den chinesisch-sowjetischen und chinesisch-mongolischen Grenzgebieten, Aufgabe der Intervention in Afghanistan und der Unterstützung Vietnams in

deren Aggression gegen Kambodscha) nicht nur beibehalten, sondern sogar erweitert hat. Einen kleinen atmosphärischen Vorgeschmack hatte das durchaus freundschaftliche Geplänkel beim Abschied Kapizas bereits am Freitag in Peking gegeben. „Neue Wege“ hätten die vom „Erfolg geprägten“ Gespräche eröffnet, die er mit seinem chinesischen Amtskollegen Qian Qichen führte. Qian unterbrach Kapizas Erfolgsmeldung eher trocken: „Vergessen Sie nicht, daß es zahlreiche Hindernisse zwischen uns gibt.“

Dennoch deutet vieles darauf hin, daß Kapiza, der in Moskau als China-Kenner und enger Vertrauter von Andropow gilt, vor allem die jüngsten Vorschläge des sowjetischen Partei- und Staatschefs für eine Normalisierung interpretierte und die Überzeugung gewann, daß Peking sie zumindest als eine Verhandlungsposition für die nächste Konsultationsrunde am 8. Oktober begrüßte.

Peking hatte es dabei Andropow in seiner denkwürdigen Verschrot-

ter halbe Atlantik berücksichtigt werden.

Für den Westen war das alles indiskutabel. Auch eine Offenhaltung des Problems bis zur KAE selbst, die den Russen neue endlose Diskussionen in Stockholm erlaubt hätten, konnte nicht hingenommen werden. So einigte man sich schließlich auf die Formel „ganz Europa und das angrenzende Seengebiet“ (in einer Fußnote präzisiert: „An Europa angrenzende ozeanische Gebiete“). Dort sollen militärische Tätigkeiten berücksichtigt werden, „soweit diese Tätigkeiten sowohl die Sicherheit in Europa berühren“ als auch ein Teil von anmeldepflichtigen Tätigkeiten in Europa sind.

Mit dieser Formel kann der Westen leben. Er tauscht dafür den Vorteil ein, daß zum erstenmal im gesamten europäischen Teil der Sowjetunion größere militärische Transparenz durch verifizierbare „vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen“ hergestellt werden soll. Natürlich sind Zweifel angebracht, ob es dazu aufgrund der soeben erst beim Abschluß der koreanischen Verkehrsmaschine über Sachalin wieder auf brutale Weise deutlich gewordenen sowjetischen Spionagefurcht wirklich kommen wird.

Immerhin sind die Weichen gestellt und zwar gerade in jenem Bereich, den die „Friedensbewegung“ permanent unterschätzt und in dem Moskau ein besonderes Übergewicht besitzt: dem der konventionellen Rüstung. Genscher hatte Anfang dieses Jahres sogar den Gedanken ventiliert, besondere Verhandlungen zum Abbau der konventionellen Rüstung in ganz Europa - in Ergänzung der regional begrenzten und bisher ergebnislosen MBFR-Dauerverhandlungen - ins Leben zu rufen. Doch das erwies sich als derzeit zu kompliziert. Nun wird man wenigstens versuchen, die Gefahren eines konventionellen Überraschungseingriffs zu verringern.

Dabei besteht für die Bundesregierung ein durchaus erwünschter Nebeneffekt darin, daß sie die sich im Herbst erhaltenden Friedensgespräche auf den 10. Oktober anlaufenden neuen Abrüstungsdialog mit Moskau verweisen kann. Dieser Dialog wird auch dann weitergehen, wenn im Fall der Nichtnennung in Genf die westliche Nachrüstung unausweichlich werden sollte.



Befürworter der KAE: Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher FOTO: JUPP DACHINGER

Auch in Fernost spielt die SS 20 eine Schlüsselrolle

Ohne eine Klärung der Raketenfrage hat Peking mit der Normalisierung keine Eile / Von Johnny Erling

Der Wortlaut war fast der gleiche. Einen Tag nach dem Ende des Besuchs des sowjetischen Vizeaußenministers Michail Kapiza haben sowohl die chinesische „Volkszeitung“ wie auch Chinas Außenminister Wu Xueqian sich erstmals darüber geäußert, daß eine drastische Verminderung der SS-20-Raketen in Asien für Peking einen Grundbestandteil seiner Gespräche um eine echte Normalisierung der Beziehungen mit der Sowjetunion darstelle. Ohne diese Voraussetzung gebe es keine Normalisierung, betonte die „Volkszeitung“.

Damit hat die Volksrepublik auch nach der Fülle der Meldungen über wieder geöffnete Grenzübergänge, Studentenaustausch und Wirtschaftsabkommen deutlich gemacht, daß sie ihre bekannten drei Forderungen an die Sowjetunion (Abzug der sowjetischen Truppen in den chinesisch-sowjetischen und chinesisch-mongolischen Grenzgebieten, Aufgabe der Intervention in Afghanistan und der Unterstützung Vietnams in

deren Aggression gegen Kambodscha) nicht nur beibehalten, sondern sogar erweitert hat. Einen kleinen atmosphärischen Vorgeschmack hatte das durchaus freundschaftliche Geplänkel beim Abschied Kapizas bereits am Freitag in Peking gegeben. „Neue Wege“ hätten die vom „Erfolg geprägten“ Gespräche eröffnet, die er mit seinem chinesischen Amtskollegen Qian Qichen führte. Qian unterbrach Kapizas Erfolgsmeldung eher trocken: „Vergessen Sie nicht, daß es zahlreiche Hindernisse zwischen uns gibt.“

Dennoch deutet vieles darauf hin, daß Kapiza, der in Moskau als China-Kenner und enger Vertrauter von Andropow gilt, vor allem die jüngsten Vorschläge des sowjetischen Partei- und Staatschefs für eine Normalisierung interpretierte und die Überzeugung gewann, daß Peking sie zumindest als eine Verhandlungsposition für die nächste Konsultationsrunde am 8. Oktober begrüßte.

Peking hatte es dabei Andropow in seiner denkwürdigen Verschrot-

ter halbe Atlantik berücksichtigt werden. Für den Westen war das alles indiskutabel. Auch eine Offenhaltung des Problems bis zur KAE selbst, die den Russen neue endlose Diskussionen in Stockholm erlaubt hätten, konnte nicht hingenommen werden. So einigte man sich schließlich auf die Formel „ganz Europa und das angrenzende Seengebiet“ (in einer Fußnote präzisiert: „An Europa angrenzende ozeanische Gebiete“). Dort sollen militärische Tätigkeiten berücksichtigt werden, „soweit diese Tätigkeiten sowohl die Sicherheit in Europa berühren“ als auch ein Teil von anmeldepflichtigen Tätigkeiten in Europa sind.

Mit dieser Formel kann der Westen leben. Er tauscht dafür den Vorteil ein, daß zum erstenmal im gesamten europäischen Teil der Sowjetunion größere militärische Transparenz durch verifizierbare „vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen“ hergestellt werden soll. Natürlich sind Zweifel angebracht, ob es dazu aufgrund der soeben erst beim Abschluß der koreanischen Verkehrsmaschine über Sachalin wieder auf brutale Weise deutlich gewordenen sowjetischen Spionagefurcht wirklich kommen wird.

IM GESPRÄCH Jörg Dieter Haas

Mannsbild fürs Volkstheater

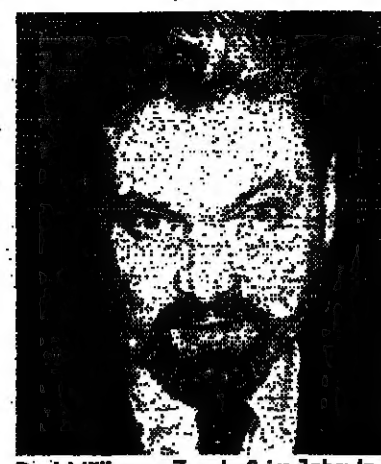
Von Rose-Marie Borngässer

In einer Zeit, da andere Kommunen ihre Theater kürzen und schließen, wird in München das neue Volkstheater wieder eröffnet. Am 22. September findet die Premiere von Peter Turrinis „Josef und Maria“ statt. Zwar noch nicht in den eigenen Räumlichkeiten, denn die werden derzeit noch für Millionen umgebaut und erst im Oktober endgültig fertiggestellt. Doch der Anfang ist gesetzt, an eine 150 Jahre alte Tradition wird wieder angeknüpft.

Der Intendant dieser in München so geliebten und heiß umkämpften Institution heißt Jörg Dieter Haas (45). Die CSU war bei diesem Projekt im Wort: Das in (finanziell) besseren Zeiten gegebene Wahlkampfversprechen, den Münchnern wieder ein veritables Volkstheater zu beschaffen, mußte eingehalten werden. Jahrelang wurde diese bayerische Lustbarkeit wie ein Stiefkind der Münchner Kulturpolitik hin- und hergeschoben. Als das Projekt dann endgültig feststand, ging das Gerangel um den Posten los. Maximilian Schell war im Rennen, ebenso Kurt Wilhelm und Gerhard Lippert. Doch der Münchner Stadtrat entschied sich wohlüberlegt für Jörg Dieter Haas. Er galt nicht nur als Kandidat des Kulturreferenten, hinter ihm stand auch die Mehrheitspartei der CSU und ebenso gab die SPD - wohl aus Angst vor Populärkeitsverlust - ihren Segen. Der Heimvorteil des geborenen Rosenheimers zeichnete ihn von Anfang an aus gegenüber so internationalen Künstlern wie Schell.

Aber nicht nur seine bayerische Herkunft, sondern vor allem seine künstlerische Erfahrung qualifizierten den neuen Intendanten. Haas studierte Theaterwissenschaft in Erlangen und Berlin. Aus dem Berliner Studententheater seiner Studienzeit ging später die „Schaubühne am Halleschen Ufer“ hervor (bevor Peter Stein dort war, der Haas dann als Gründungsmitglied und Dramaturg bis 1971 angehörte, mit zwei Inszenierungen auch als Regisseur).

1972 wurde er von Kurt Meisel nach München geholt, zunächst als zweiter, von 1974 an als erster Dramaturg.



Drei Millionen Zuschuß im Jahr: Intendant Haas. FOTO: DPA

am Residenztheater. Er ist längst ein alter Theaterhase, mit allen Wassern gewaschen - von radikal bis gemäßigt. Er selber formuliert es so: „Berlin fordert extremere Formulierungen heraus. München legt einem ein durchaus auch provinzielles Weltbürgertum nahe.“ Haas vertrat immer ein „pluralistisches Theater“ von Schiller bis Bond. Daß er besonders für die Volkstheater prädestiniert ist, daran erinnern seine Thoma-Inszenierungen, die er den Münchnern bot. Diesem kernigen Mannsbild traut man durchaus zu, daß er sein Volkstheaterprogramm realisieren wird - ohne Provinzialität. Ein Programm, das vom süddeutsch-bayerischen Repertoire bis zu adaptierten Klassikern reichen soll.

Haas sieht das neue Haus als Volkstheater in München für Bayern. Das bedeutet, daß man sich auch auf dem Lande zeigen wird. Drei Millionen Zuschuß pro Jahr sind vorgesehen. Mit fünf Premieren im Jahr (mit Sommerproduktion) und einer Besucherfrequenz von geschätzten 64 Prozent glaubt der neue Intendant auch die finanziellen Klippen sicher umschiffen zu können. Er kennt die Publikumserwartungen. Haas: „Theater entsteht ja nicht im luftleeren Raum, sondern muß sich in einer Stadt und für eine Stadt definieren. Das gilt erst recht für das Volkstheater.“

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Frankfurter Rundschau

Die Rolle der Regierenden im europäischen Dialog mit Westberlin nach Ost-Berlin hat ein starkes Echo ausgelöst: Daß seine Fahrt nach Ost-Berlin nicht nur ein Wohlgefallen beim rechten Flügel der CDU und seinen publizistischen Freunden auslösen würde, hat West-Berlins Regierender Bürgermeister Richard von Weizsäcker sicher schon vorher gewußt. Wenn er nun kaum verhüllte Vorwürfe einstecken muß, er habe für sein Gespräch „einen hohen Preis bezahlt“, so wird das hoffentlich seine Nachruhm nicht stören. Schließlich war er schon immer ein Politiker, der sich das Recht vorbehält, einen eigenen Kopf zu haben. Wenn der Kommentator einer großen deutschen Zeitung ihn allerdings zu den „Pillgern ohne Not und Auftrag“ zählt, die in Ost-Berlin um Termine bitten, so offenbart dies nicht mangelndes Fingerzeigefühl des Politikers, sondern vielmehr ein verqueres Politikverständnis des Journalisten. Am schwierigen Status West-Berlins hat der Besuch Richard von Weizäckers beim DDR-Staatsratsvorsitzenden Honecker rechtlich nicht das geringste mit Schlechtere verändert.

BERLINER MORGENPOST

Berliner wissen aus langer Erfahrung, wie wichtig die Fragen des Status ihrer Stadt sind, die Willy Brandt einst als „Formelkram“ abtat. Daher ist es nur natürlich und durchaus berechtigt, daß beim Treffen eines Regierenden Bürgermeisters mit dem führenden Mann der „DDR“ das protokollarische Drumherum sorgfältig beobachtet wird. Andererseits hat aber auch Honecker über einiges hinwegsehen müssen, was seiner Sicht der Dinge nicht entspricht. So wurde das Treffen unter Einbeziehung der Ständigen Vertretung vorbereitet. Dem ist Weizsäcker als CDU-Präsidiumsmitglied auch Bundespolitiker, und Honecker trug ihm sogar Grüße an den Kanzler auf. Dem Treffen lag die Abrede zugrunde, daß niemand staatsrechtliches Kapital daraus schlagen dürfe, und beide Seiten haben darauf öffentlich Bezug genommen. Im übrigen sind die kompetenten Schiedsrichter in Statusfragen die westlichen Schutzmächte Berlins. Und die gaben Weizsäcker ihr Placet.

Finanzielle Konzeptionen des Westens müssen gegenwärtig der DDR so dringlich erscheinen, daß sie offenbar zu Zugeständnissen in Bereichen bereit ist, wo sie sonst vom Westen nicht dreinreden läßt. Allerdings legt umgekehrt die christlich-liberale Regierung in Bonn so viel Eifer an den Tag, um mit Ost-Berlin ins Geschäft zu kommen und irgend ein konkretes Ergebnis in der Deutschlandpolitik der Opposition unter die Nase reiben zu können, daß Ost-Berlin relativ leicht zu seinen Millionen kommt. Ein wichtiges Nebenprodukt hat allerdings Honecker mit dem ersten offiziellen Besuch eines Regierenden Bürgermeisters von Berlin (West) im Ostteil der Stadt schon erzielt: Ein kleines Stück Anerkennung, daß Ost-Berlin „Hauptstadt der DDR“ und Westberlin eine „selbständige politische Einheit“ ist.

Basler Zeitung

Die Angelegenheit wird für Schweden nun peinlich. Oberbefehlshaber Lennart Ljung teilt mit, daß alleine in diesem Sommer die Hoheitsgrenzen auf See ziemlich sicher 20 bis 40mal von fremden U-Booten verletzt worden sind. Seit dem 1. Juli hat die schwedische Marine das Recht, ohne Vorwarnung die Waffen einzusetzen, die den Eindringling zum Aufkaufen zwingen können. Erst kürzlich wurde auch bei Karlskrona ein Wasserbombentest „genau über dem Ziel“ geleitet.

„Big Lift“ – der große Sprung ins NATO-Manöver

Nach der Überquerung der Maas haben amerikanische Truppen heute morgen über den Rhein gesetzt und das Ostufer erreicht – Auftakt der Herbstmanöver der NATO in der Bundesrepublik. In „Big Lift“ sind dazu 17 000 Soldaten aus den USA nach Europa gekommen, unter ihnen die „First Cav“ aus Texas.

Von RÜDIGER MONIAC

Im schreienden Kontrast zur Ausdehnung des Robert Gray Airfields und der für größte Militärtransporter geeigneten Startbahn duckt sich mickrig eine Holzbaracke neben der Zufahrt in der gleißenden Sonne von Texas. Abfertigungshalle, Wartezimmer, Telefonzentrale – sie ist alles in einem. Grüne Klappstühle stehen in Reih und Glied, ein paar Feldbetten. Zwei Militärbusse vom nahegelegenen größten Heerescamp der Vereinigten Staaten von Amerika, Fort Hood, unweit von Texas' Hauptstadt Austin, spucken rund hundert Artillerie-Soldaten der berühmten „First Cav“, der Ersten Kavallerie-Division, aus. Sie fliegen nach Europa. Ihr Auftrag: die Teilnahme an der NATO-Übung „Atlantic Lion“, die diese Woche die niederheinische Tiefebene und das Münsterland mit Manöverlärm überziehen wird.

Nachdem US-Außenminister Kissinger 1976 in letzter Sekunde in Paris seinem nordvietnamesischen Gegenspieler Le Duc Tho einen für die USA fast schmachvollen Waffenstillstand abgerungen hatte, war die „First Cav“ der letzte Großverband des amerikanischen Heeres gewesen, der hastig Vietnam, die Stätte der größten Erniedrigung der westlichen Supermacht, verlassen hatte.

Heute gehören für diese Division wie für alle Verbände der US-Streitkräfte die Erinnerungen an Vietnam und die Zweifel am Können und der Bereitschaft der US-Soldaten einer fast schon versunkenen Vergangenheit an, auch wenn seitdem noch nicht einmal ein Jahrzehnt ins Land gegangen ist. Heute führt die „First Cav“ einen in Augen ihrer Männer und Frauen – sie gehören nach Vietnam dazu – einen politisch wie militärisch sehr viel glaubwürdigeren Auftrag durch. Sie sind Teil der Verbände, die in Krisen, die NATO-Front in Europa verstärken sollen.

In der heruntergekommenen Flugplatz-Baracke döst die Truppe vor sich hin. Ihr Hauptmann, ein mittelgroßer Mann mit kurzgeschorenem Blondschof und markanter Nase, gibt letzte Anweisungen. Im Flugzeug soll jeder seinen Rucksack unter dem Segelsitz verstauen, dann den Helm. Das automatische Gewehr gehört ins Gepäcknetz.

Die Transportmaschine für die Soldaten steht längst draußen auf dem Rollfeld. Die heiße Mittagssonne läßt im Rumpf die Temperatur auf mehr als 50 Grad klettern. In langer Ein-Mann-Reihe klettern die Soldaten durch die schmale Einstiegsluke in den „Starlifter“ vom Typ C 141. Nach der „Galaxy“, die zwei Panzer aufnehmen kann, ist diese Maschine die größte, mit der die US-Luftwaffe den „Big Lift“ über den Atlantik nach Europa bewältigt. Sie nimmt rund 150 Mann auf, mitsamt ihrer persönlichen Ausrüstung für den Kampfeinsatz. Sechserreihen mit der Rückenlehne aus unbequemem Segeltuch in Flugrichtung.

Die Minuten verrinnen. Die Luft im Rumpf ist so heiß, daß die Schweißperlen wie in der Sauna wuchern. Kein Luftzug. Obwohl das Klima fast unerträglich ist, schwebt über der Truppe stoische Ruhe.

Als nach mehr als einer halben Stunde endlich ein Zittern durch den Rumpf des schweren Flugzeugs geht, die Maschine zum Start zu rollen beginnt und die Luftdüsen für die ersetzte Kühlung sorgen, könnte jeder der Insassen Hemd und Hose auswerfen und trockenes Zeug anziehen. Aber keiner ist darauf vorbereitet.

Bis zum Zwischenstopp der Maschine in Goose Bay im kanadischen Labrador liegen viereinhalb Stunden Flugzeit vor uns. Die Truppe tut, was Soldaten überall auf der Welt machen, wenn nichts los ist. Sie schläft. Ablenkung und Zerstreuung fehlen. Bis auf zwei Bullaugen hinten im Rumpf hat der „Starlifter“ für die Passagiere keine Fenster. Neon und Glühbirnen, die zwischen vielen Rohren und Leitungen, den sichtbaren Eingeweiden der Maschine, an der Decke hängen, verbreiten fahles Licht.

Bewegung kommt in dem kaum gegen den Dusenlärm schalldämpften Rumpf erst wieder auf, als das in der winzigen Bordküche erwärmte Abendessen aufgetragen wird. Dafür bilden Soldaten im Mittelgang eine Reihe und reichen die Tabletts weiter. Das geht sehr diszipliniert und ruhig vonstatten. Im übrigen schubweise, denn die Küche schafft nicht mehr als zwanzig Essen auf einmal. Rindfleisch gibt es, als Hage man mit einem Atrliner in der Economy-Klasse, eine Dose namenslose Cola, ein Brötchen mit Butter und einen Hapen gefüllte Schokolade. Wer will, läßt sich im Anschluß daran vom Gefreiten Volkan im Gang in der Mitte einen Pappbecher mit Kaffee oder kühlem Wasser reichen.

Dann ist das erste Etappenziel erreicht. Sanft setzt der „Starlifter“ auf der Piste in Labrador auf, wo im Sommer auch die deutsche Luftwaffe über menschenleeren Terrain den Tiefflug übt. Es ist Nacht, kühl weht der Wind den Soldaten ins Gesicht, die dem Warteraum in der Nissenhütte zustreben. Sieben Grad Celsius hatte die Bordcrew über den klärenden Lautsprecher angesagt. Sie muß den großen Vogel jetzt aufanken für den Sprung über den Atlantik



In Düsseldorf heißt es Umsteigen in den Stadtbus, mit Nationalflagge und Truppenführer Gefreite Volkan (rechts) bei seiner Arbeit als Steward im „Starlifter“



Mit dem „Starlifter“ über den Atlantik: Bundeswehr-Offizier begrüßt US-Soldaten zum Manöver

FOTOS: RÜDIGER MONIAC

nach Düsseldorf, wo er nach einer Flugzeit von weiteren achteinhalb Stunden aufsetzen soll.

Am Tresen gibt es für einen US-Dollar eine Dose Budweiser-Bier. Auf einem Schild neben dem Ausgang steht zu lesen, jenseits dieser Tür sei der Alkoholgenuß verboten. Nicht viele der GIs trinken Dosenbier, die meisten lieber Alkohol freies. Vier Stunden Wartezeit sind zu überbrücken. Oberleutnant Levane, ein Offizier des 82. Feldartilleriebattalions, sagt, er sei bisher nicht in Deutschland gewesen. Was erwartet er? Er antwortet, er wisse es wirklich nicht. Er war noch nie aus den USA weg. Für ihn ist der Trip über den „großen Teich“ ein riesiges Abenteuer. Aber nicht so sehr wegen der möglichen Demonstrationen von „Friedensgruppen“ gegen die US-Soldaten. Levane hofft auf eine schöne Landschaft und auf freundliche Menschen.

Aus Gesprächen mit einigen Soldaten gewinnt man den Eindruck, daß sie von ihren Offizieren auf mögliche Begegnungen mit der „Friedensbewegung“ ganz gut eingestellt worden sind. Ein Gefreiter erläutert, sie hätten Befehl, bei nahenden Demonstrationen in den Fahrzeugen zu bleiben und nach Möglichkeit um sie herumzufahren. Alles andere sei Aufgabe der Militärpolizei. Davon, daß vor allem auch die deutsche Polizei sie unterstützen soll, haben sie noch nichts gehört. Der Kommandeur der „First Cav“, Generalmajor Chambers,

hatte noch in Texas gesagt: „Wir wissen, wir sind auf der Seite unserer Verbündeten, die Demokratie verteidigen.“ Wir verteidigen das Recht der Demonstranten zu demonstrieren.“

Als der „Starlifter“ bei typischer Herbststimmung in Düsseldorf landet, ist von Demonstrationen nichts zu sehen. Müde, aber erwartungsbereite die Amerikaner zwei in der Maschine wartende deutsche Busse mit der Aufschrift „Regionale Köln“. Von diesen werden in die Nähe von Venlo in ein Waldgebiet gebracht, wo sie in den nächsten zwei Tagen ihre schweren 150-Haubitzen auf Panzerketten nehmen, um dann im Straßens den Versammlungsraum duppnen der „First Cav“ jenseits der deutschen Grenze in den Niederlande anzusteuern.

Wie das Gerät des 82. Feldartilleriebattalions der Division aus Texas auch das der anderen ihr zugehörigen Verbände in Depots an der Weste der Bundesrepublik und in Benelux-Staaten. Das macht es schwer für die NATO, die Division im Rahmen des Reform-Prozesses (eine Abkürzung von Reform Forces to Germany) nach Deutschland zurückzubringen. Wie für die „First Cav“ sind seit dem Start von vier zu Beginn der siebziger Jahre insgesamt sechs US-Divisionen Materialdepots ange-

legt worden, oder sie sind gegenwärtig in Bau.

Diese Anlagen firmieren unter der Bezeichnung POMCUS, eine Abkürzung für prepositioned material configured to unit sets, was bedeutet, daß in diesen Depots das Ausrüstungsmaterial jeweils für ganze Einheiten gelagert ist. Das schließt Panzerfahrzeuge ebenso ein wie Jeeps und Lastwagen.

Dieser Vorgang des „Verheiratsens“ von Material und Soldaten, wie es der europäischen NATO-Oberbefehlshaber, US-General Bernard Rogers, nennt, wird bei Reforger jedes Jahr im Herbst für zwei US-Divisionen geübt. 17 000 Mann wurden dafür in den letzten zwei Wochen aus den USA nach Westeuropa geflogen. Für die „First Cav“ waren es 8000. Insgesamt waren dazu 54 Flüge erforderlich, und dies nicht nur mit US-Militärflugzeugen des Typs „Starlifter“. Es flogen auch Maschinen ziviler US-Gesellschaften wie etwa der „Arrow Air“, und zwar mit so unterschiedlichen Maschinen wie DC 10, Boeing 707 oder auch 747.

Neben dem NATO-Flughafen Ramstein benutzten die Transportmaschinen auch die Zivillufthäfen von Amsterdam, Luxemburg und Düsseldorf. Besonders über die Nutzung der US-Truppen hatte es vorher zwischen dem Bonner Verteidigungsministerium und dem nordrhein-westfälischen Innenminister heftige Auseinandersetzungen gegeben. Düsseldorf meinte, die US-Truppen würden den Touristik-Verkehr über die Maas behindern und auch die Straßen um den Flughafen herum.

Diese Befürchtungen blieben, wie die Praxis der Abfertigung erwies, mehr oder weniger grundlos. Von einer Beeinträchtigung des Zivilverkehrs durch die Reforger-Truppe war nichts zu spüren. Ein hoher Polizeioffizier meinte: „Alles nur herbeigeredet von Laien oder Gegnern der NATO-Verteidigung.“

Dies hat auch General Rogers am Vorabend der NATO-Übung „Atlantic Lion“, bei der der Artillerieoffizier Levane heute mit seiner Truppe über den Rhein setzt, verdeutlicht. „Reforger und alle NATO-Übungen dieses Herbstes sind ein Beitrag zur Abschreckung. Es geht um Kriegsverhinderung.“ Besonders „Big Lift“ solle verdeutlichen, daß die Truppen aus den USA schnell kampfbereit in Europa sein können.

Drogen aus Libanon, ein wachsendes Problem in Israel

Der Handel mit Haschisch und Heroin blüht im Nahen Osten. Oft kommt der „Stoff“ aus Libanon, und er dringt immer mehr nach Israel, wo wesentlich höhere Preise zu erzielen sind. Hochkonjunktur für Dealer, aber auch für ihre Gegner, die „Anti-Drug-Squad“.

Von ROLF TOPHOVEN

Als Georges aus der libanesischen Hafenstadt Jounieh die Grenze zu Israel ansteuerte, träumte er noch vom großen Deal. In Beirut hatte man ihn mit einem US-Straßenkreuzer Marke „Buick“ ausgestattet und ihm 300 Dollar Reisegeld zugesteckt. Die „heiße Fracht“, die der 21jährige transportierte, lag in Plastikbeuteln verpackt, im Benzintank seines Autos – 30 Kilo Haschisch.

Georges war damit unterwegs nach Jerusalem, wo er den „Stoff“ israelischen Dealern übergeben sollte. Nach seiner Rückkehr winkten noch 2000 Dollar Transportprämie. Doch Georges, ein „kleiner Fisch“ im naheliegenden Drogengeschäft, träumte einen kurzen Traum. In Rosch Hanikra, am Grenzübergang nach Israel, war seine Fahrt zunächst zu Ende. Seine Lage war aussichtslos, also beschloß Georges, mitzuspielen. Er stellte sich der Polizei zur Verfügung – und wurde zu einer echten „Fundgrube“.

Die Spezialisten der Jerusalemer „Anti-Drug-Squad“ reisten an und präparierten das Auto des Libanesischen mit Peilsender und Recorder. Dann setzte Georges seine Fahrt nach Jerusalem fort. Mit seiner Hilfe kassierten die Drogenhändler schließlich vier israelische Dealer, zwei davon Angehörige der Streitkräfte in Libanon.

In Libanon kommt es leichter an Haschisch und zum Teil auch an andere Drogen wie Heroin, als hier in Israel an Brot“, sagt Hauptmann Zamir Eli (31), Chef der „Anti-Drug-Squad“ bei der Polizei in Jerusalem. Mit dem Libanon-Krieg kam es zu einer wahren Explosion des Drogenexports nach Israel. Favorit ist Haschisch. Es kursiert in allen Schichten Israels. „Auch wenn unsere Gesellschaft dagegen, relativ gesehen, noch weitgehend immun ist“, sagt Zamir Eli. „Aber die Gefahr wächst.“ Heroin, so besagen die Erkenntnisse der Drogenbekämpfer bei der Polizei in Jerusalem, bevorzugt derzeit vorwiegend Kriminelle. Dieser harte Stoff wurde erstmals vor rund drei Jahren nach Israel eingeschleust. „Heute“, so Drogenfahnder Zamir, „entdecken wir jede Woche ein Heroindepot – allein in der Region von Jerusalem.“ Einige der großen Dealer sind christliche Araber und Armenier.

Lief früher die Rauschgifttroute vom Sinai über den Gaza-Streifen nach Israel, so kommen heute die Transporteure von Beirut aus über Krist Schmonah in Nordisrael. Heroin findet meist von Europa aus den Weg in den Nahen Osten. Erst vor vier Monaten brachte die Polizei in Israel einen Heroinerschmugglerling auf. Verbindungen bestanden nach Libanon, wo es seit kurzem eine Fabrik zur „Herstellung dieses Zeugs“ (Zamir) gibt.

Doch das ganz große Geschäft wird im Nahen Osten immer noch mit Haschisch gemacht. Die Verdienstsparnen sind enorm. Ist in Libanon ein

Kilo Haschisch schon für 150 Dollar zu haben, so erzielt der Dealer dafür in Israel 1000 Dollar.

Ägypten gilt derzeit als der größte Markt für das Geschäft mit Haschisch im Nahen Osten. Die Transportmethoden der Händler verraten großes Geschick. Die Ware schwimmt in kleinen Plastikbeuteln verpackt, auf dem Weg von Libanon nach Kairo im Mittelmeer. Ein Seil verbindet die Fracht mit den oft als Transportmittel benutzten Fischerbooten. Näher sich ein Patrouillenboot der israelischen Marine, kappen die Dealer das Seil. Die Beweisführung wird dann schwierig.

Das „Kleingeschäft“ mit Haschisch wird von Hand zu Hand abgewickelt. Seit die Grenze nach Israel auch für Libanesen mit ordentlichen Papieren offen ist, hat sich der Arbeitsaufwand für Hauptmann Zamir Eli und seine „Anti-Drug-Squad“ beträchtlich erhöht.

Wirkungsvolle Resultate erzielen sie ausschließlich durch das Einschleusen von Agenten in die Dealergruppen. Diese „covered agents“ sind die Joker. „Das Eindringen in die Szene ist schwer“, erklärt Zamir, „die Kreise der Dealer sind sehr gut abgeschottet. Unsere Taktik ist relativ simpel. Der Agent versucht, Haschisch zu kaufen, er spielt und raucht mit.“ Wird ein Mitglied einer Drogengangs geschleppt, versucht man ihn auch oft „umzudrehen“. Auch Araber arbeiten als „covered agents“. Jeder Agent hat eine Nummer. Unter diesem Code teilt er der Intelligence-Abteilung der „Anti-Drug-Squad“ seine Erkenntnisse mit.

Die Erfolge der „covered agents“ in Zahlen: Einer brachte 60 Dealer in einem Jahr, ein anderer ließ in drei Monaten allein 50 von ihnen aufliegen. „Doch mit der Zeit kennen die Dealer unsere Methoden und stellen sich darauf ein“, schränkt Zamir Eli ein.

Allein im Jahre 1982 brachten die Drogenfahnder von Jerusalem 530 Dealer vor Gericht. Gegen 275 von ihnen reichten die Beweise für ein ordentliches Verfahren wegen Rauschgifthandels aus. Der Rest fiel unter die Kategorie „Besitzer von Drogen“.

Während der Captain der Jerusalemer „Anti-Drug-Squad“ die Situation erklärt, steht plötzlich Georges, der Transporteur der 30 Kilo Haschisch im Raum. Mittelgroß, kräftig, blaue Jeans, bewegt er sich unter den Israelis von der Drogenfahndung wie einer von ihnen. Auf die Frage nach Prozeß und Strafmäß für Georges grinst Zamir: „Er hat mit uns kooperiert, er half der Polizei und war offizieller Zeuge vor Gericht. Als Zeuge des Staates erhielt er kein Gerichtsverfahren.“ Nachts sitzt Georges in einer Einzelzelle, den Tag verbringt er mit dem Team von Hauptmann Zamir. In zwei Wochen soll er wieder nach Libanon zurückkehren.

Sein Motiv für die Schmuggelfahrt war Geld gewesen. Doch obwohl er das angesichts trauriger Familienverhältnisse weiter dringend gebrauchen kann, will er „bestimmt nicht mehr“ einen solchen Trip unternehmen. Und der junge Mann, der vor seiner Festnahme in Rosch Hanikra täglich zwei Haschisch-Zigaretten rauchte, schwört nun ab: „Nie mehr Rauschgift!“ Statt dessen greift er zur israelischen Zigarette „Broadway 80“.

Schutz des Wettbewerbs in falschen Händen.

Das Unwesen sogenannter „Gebührenvereine“ greift um sich. Diese Vereine nutzen die gesetzlichen Möglichkeiten, um gegen tatsächliche oder vermeintliche Wettbewerbsverstöße mit Abmahnungen vorzugehen und ganz nebenbei einen kräftigen finanziellen Schnitt zu machen. Ihnen kommt es weniger auf den Schutz des Wettbewerbs an als auf das Kassieren der Pauschalgebühren für Abmahnungen.

Jeder am Wirtschaftsleben Beteiligte kennt sie. Viele resignieren. Immer stärker wird aber auch die Abwehrfront.

Was ist gegen Gebührenvereine zu tun?

– Prüfen Sie jede Abmahnung, bevor Sie eine Unterlassungserklärung abgeben und eine Kostenpauschale zahlen.

– Prüfen Sie sower hinter einer Abmahnung steob der Verein überhaupt abmarklagebefugt ist.

– Fragen Sie Industrie- und Handelskammer, Ihreverband, oder ziehen Sie einen zu Rate.

Der Zentralauser Werbewirtschaft e. V. (ZAW) hafäge für das Verhalten bei Abmal zusammenge stellt. Fünf Spitzenve der Wirtschaft haben darüber Grundsätze für die Tätigkeit von Verbsvereinigungen“ aufgestellt. Diarlagen können Sie kostenlos beimfordern.

Helfen Sie, einen Wettbewerb zu verteidigen. Dört auch: Den Gebührenvereins Handwerk gelegt werden.

An ZAW
Abt. Kommunikation
Postfach 20 06 47, 5300 Bonn 2
Bitte senden Sie mir die Informationen
über Abmahnungen an folgende Anschrift
Name: _____
Straße: _____
PLZ/Ort: _____

ZAW

Zentralauser der Werbewirtschaft e.V.
Postfach 20 06 47, 5300 Bonn 2

Neun Polen flohen mit Doppeldecker nach West-Berlin

F. D. Berlin

Neun Polen, unter ihnen vier Kinder, sind am Samstag mit einem Doppeldecker nach West-Berlin geflüchtet. Sie landeten nach einstufigem Flug auf dem Militärflughafen in Berlin-Tempelhof. Die Flüchtlinge, die nach Australien auswandern wollten, wurden im Notaufnahmehafen Marienfelde untergebracht.

Der Pilot, Mitglied eines Flugvereins, hatte am Samstag in Grünberg an der Oder einen Übungsflug angemeldet. Als er vor dem Start zum Tanken rollte, nahm er einen weiteren Flüchtling mit, der dann eine "Entführung mit Waffengewalt" inszenierte. Die Behörden gaben daraufhin Startlaubnis. Nach 20 Kilometern Flug landete der Pilot auf einer Wiese und nahm weitere sieben Personen an Bord. Nach dem erneuten Start wurde die Maschine streckenweise von sowjetischen Kampfflugzeugen eskortiert.

Abonnieren Sie Informationsfülle
Es gibt dickere Zeitungen als die WELT. Kaufen Sie aber eine größere Vielfalt an Meldungen und Berichten: komprimiert, konzentriert, übersichtlich geordnet. Bezahlen Sie die WELT im Abonnement. Dann sind Sie täglich schnell und umfassend informiert.

DIE WELT

Hinweis für den neuen Abonnenten:
Sie haben das Recht, Ihre Abonnement-Bestellung innerhalb von 7 Tagen (Abende) zurückzugeben, wenn Sie die WELT nicht lesen wollen. Die WELT wird Ihnen dann kostenlos zur Verfügung gestellt.

Abonnenten-Service: 030 25 50 20 00 (Hamburg 30)

An DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 50 20, 2000 Hamburg 30

Bestellschein
Bitte liefern Sie mir zum nächstmöglichen Termin bei auf westen der WELT. Der monatliche Bezugspreis beträgt DM 25,00. (Vorauszahlung 5,00 DM, Lieferung und Anfertigung der Bestellscheine werden separat berechnet. Weitere Informationen entnehmen Sie bitte dem Prospekt.

Name: _____

Strasse Nr.: _____

PLZ, Ort: _____

Beruf: _____

Telefon: _____ Datum: _____

Unterschrift: _____

Ich habe das Recht, diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen (Abende) zurückzugeben, wenn ich die WELT nicht lesen möchte. Die WELT wird mir dann kostenlos zur Verfügung gestellt.

Abonnenten-Service: 030 25 50 20 00 (Hamburg 30)

An DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 50 20, 2000 Hamburg 30

Ärzte warnen vor Folgen der schlechten Ausbildung

Hausärztetag fordert Einführung der Weiterbildung

PETER JENTSCH, Lindau
Die deutsche Medizinausbildung rangiert nach Ansicht des Essener Professors Herbert Schriebers im unteren Drittel des internationalen Qualitätsstandards. „noch hinter Korea, Japan und Finnland“. Den Universitäten fehlen Mittel und Möglichkeiten, die Studentenschwemme in der Medizin zu bewältigen und die „Numerus-clausus-Elite“ in ausreichendem Maße auf ihren künftigen Beruf vorzubereiten. Und Deutschlands Ärzte warnen bereits heute öffentlich vor ihren künftigen Kollegen, die aufgrund ihrer schlechten Ausbildung zu einer Gefahr für die Patienten werden.

Professor Rudolf Toellner aus München bereitet diese Aussicht gar schon jetzt „schlaflose Nächte“. Den jungen Leuten, die sich „frisch von der Uni kommend Ärzte nennen dürfen“, erlaubt die Richtlinien der Europäischen Gemeinschaft die sofortige Praxiseröffnung nach der Approbation. Ernst-Eberhard Weinhold, Vorsitzender der Kassenzentralen Vereinigung Niedersachsen, umreißt das Problem mit den Worten: „Diesen Ärzten fehlt angesichts mangelnder Weiterbildungschancen die notwendige Berufserfahrung.“

Während nämlich Gebietsärzte wie Internisten oder Gynäkologen ihren „Facharzt“ erst nach entsprechender Weiterbildung erhalten, gibt es bisher für den in der Regel als Hausarzt tätigen „Praktiker“ diese Weiterbildungspflicht nicht. So urteilt denn auch einer dieser jungen Ärzte nach seiner unzureichenden Ausbildung: „Ich darf alles und kann fast nichts.“

Vorsicht, Arzt?
Fast scheint es so. Und das, obwohl der Deutsche Ärztesangriff Anfang Mai in Kassel in einer Entscheidung eine Reform des Ausbildungsrechts gefordert hat. Darin heißt es: „Die kassenärztliche Versorgung gehört in die Hände von Ärzten, die über ausreichende Kenntnisse, Erfahrungen und Fertigkeiten zur selbständigen Ausübung ärztlicher Tätigkeit verfügen. Insofern spricht sich die Deutsche Ärztesangriff... nachdrücklich für eine baldige Realisierung der von der EG-Kommission vorgeschlagenen Richtlinien für die Allgemeinmedizin mit der Einführung einer mindestens zweijährigen Weiterbildung als Voraussetzung für die Zulassung zur kassenärztlichen Tätigkeit aus.“

Eine zweijährige Weiterbildung nach der Approbation würde die Mängel der unqualifizierten Jungmediziner beseitigen. Und das liegt nicht nur im Interesse der Patienten. Es liegt auch im Interesse der Krankenkassen.

Heute bereits sind von den 62 000 niedergelassenen Ärzten etwa 60 Prozent Fachärzte und nur 40 Prozent Allgemeinmediziner. Die 27 000 Allgemeinmediziner halten aber den Schlüssel zu den Tresoren der Krankenkassen in den Händen. Denn sie rechnen zwei Drittel der Beratungen ab, veranlassen 75 Prozent der Arbeitsunfähigkeitsbescheinigungen und mehr als 50 Prozent der Krankenhausaufweisungen. Und das zu Honoraren, die erheblich unter denen der Fachärzte, z. B. der Internisten, liegen. Nur: Auch die Internisten betätigen sich mehr und mehr als „Hausärzte“.

Der Berufsverband der Praktischen Ärzte und Ärzte für Allgemeinmedizin (BPA) hat jetzt auf seinem „Hausärztesangriff“ in Lindau die Einführung der Weiterbildungspflicht verlangt. BPA-Vorsitzender Helmut Klotz formulierte gegenüber der WELT: „Was wir wollen, ist, mit einem qualifiziert weitergebildeten Allgemeinmediziner den hohen Standard der hausärztlichen Versorgung zu erhalten.“

Entscheiden wandte sich Klotz gegen Überlegungen im Bundesgesundheitsministerium, statt der Weiterbildungspflicht nach der Approbation vor dieser eine zweijährige Praxisphase einzuführen. Dieser Vorschlag würde eine Verschwendung der ohnehin schon knappen Weiterbildungstellen im Krankenhaus bedeuten, betont Klotz. In der Tat: 32,6 Prozent aller Jungmediziner mit Approbation entscheiden sich nicht zum Arztberuf - es sind Frauen, die heiraten, es sind Mediziner, die in die Pharmaindustrie gehen. Diese Ärzte durch eine Praxisphase zu schleusen, bedeutet eine Verschwendung der knappen Klinikarbeitsplätze.

Um Größenordnungen darzustellen: 1984 und 1985 werden jeweils 12 000 Mediziner ihre Approbation erhalten. Bei einer zweijährigen Praxisphase würden also vom kommenden Jahr an 24 000 Planstellen in den Kliniken benötigt. Wer soll das bezahlen? Eine Weiterbildungspflicht für Allgemeinmediziner nach der Approbation würde dagegen nur etwa 2500 neue Stellen kosten.

Hessen: Bischöfe appellieren an die Wähler

KNA, Frankfurt

Vor der Gefahr zunehmender Staatsverdrossenheit und eines schwindenden Vertrauens in die Wirksamkeit der parlamentarischen Demokratie in Hessen haben die katholischen Bischöfe dieses Landes gewarnt. In einem Hirtenwort zur bevorstehenden Landtagswahl drängen die Bischöfe insbesondere auf die Sicherung der Arbeitsplätze sowie auf eine Reform der Schul- und Bildungspolitik in Hessen. Ebenso äußern sie ihre Sorge um die umständlichen Mitbürger und die gemeinsame Verantwortung für die Umwelt.

Die Bischöfe appellieren an die Wähler, ihre „staatsbürgerliche Pflicht zur Förderung des Gemeinwohls zu erfüllen“. Sie bitten, solche Kandidaten zu wählen, die willens seien, die landespolitischen Aufgaben „im Bewusstsein der Verantwortung vor Gott und der heutigen wie der kommenden Generationen“ zu lösen. „Wenn diese Aufgabe wegen mangelnden Willens zur Zusammenarbeit oder fehlender Kompromissbereitschaft nicht angegangen werden, ist mit einem schwindenden Vertrauen in die Wirksamkeit der parlamentarischen Demokratie und mit zunehmender Staatsverdrossenheit zu rechnen“, heißt es in dem Aufruf.

FDP empfiehlt „Familiensplitting“

pur, Heppenheim

Im hessischen Wahlkampf hat die FDP eine Woche vor der Landtagswahl jetzt deutlich offensiver Töne angeschlagen. Im Hotel „Halber Mond“ in Heppenheim an der Bergstraße, der Geburtsstätte der FDP vor genau 35 Jahren, empfahlen Spitzenpolitiker der Partei, unter ihnen Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher, der Bonner Fraktionschef Wolfgang Mischnick und der frühere Bundesinnenminister Gebhart Baum, den hessischen Wählern ein „Ehegatten- oder „Familiensplitting“. Wenn zum Beispiel der Familienvater CDU wähle, sollten Frau oder Kinder den Freien Demokraten ihre Stimme geben. Denn ohne die FDP werde es die Union auch diesmal nicht schaffen, die Wahl zu gewinnen, erklärten die FDP-Politiker.

Ein Jahr nach der „Verratskampagne“, mit der die SPD die Freien Demokraten wegen ihrer Aufkündigung der SPD/FDP-Koalition attackiert hatten, warfen sowohl Baum als auch Mischnick den Sozialdemokraten Verrat an ihren eigenen sowie an früheren Bundeskanzler Schmidt vor. Die Freien Demokraten seien sich treu geblieben, demgegenüber habe sich die SPD „meilenweit“ von jenen Positionen entfernt, die sie in der Koalition mit der FDP eingenommen habe, erklärte Baum.

Genscher beschuldigte den Saarbrücker Oberbürgermeister Oskar Lafontaine, mit dem von ihm propagierten Austritt aus der NATO „Sicherheit und Frieden für unser Land“ zu riskieren. Mit Parteiführungsbeschlüssen gegen die Raketeneinstellung geführte die SPD „unsere Verhandlungsposition in den entscheidenden kommenden Wochen“.

DIE WELT (Ausgabe 603-690) is published daily except Sundays and holidays. The subscription price for the U.S.A. is US-Dollar 365.00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 50 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

Geißler bezeichnet die SPD als eine „fünfte Kolonne Moskaus“

Vogel: Kohl soll sich von den Äußerungen auf dem CDU-Parteitag Rheinland distanzieren

WILM HERLYN, Köln

Ein Parteitag des Schulterschlusses und der demonstrativen Gemeinsamkeit wurde erwartet. Ein Parteitag also ohne große Höhepunkte. Doch geriet die Delegiertenversammlung des mit knapp 140 000 Mitgliedern stärksten CDU-Landesverbandes des Rheinland jetzt am Wochenende in Köln nicht nur zu einem überzeugenden Votum bei der Wiederwahl des Vorsitzenden Bernhard Worms - immerhin mit einem Zustimmungsgesamt von 88,6 Prozent.

Den ersten überraschenden Akzent setzte Worms selbst mit einer geschliffenen Grundsatzrede und einem Koalitionsangebot an die Freien Demokraten. Bemerkenswert ist dabei die rheinische Schlichtheit der Formulierung: „Ich spüre draußen im Lande, daß sich uns eine Hand entgegenstreckt.“ Später darauf angesprochen, meinte Worms: „In der Politik wäre man ja töricht, würde man eine solche Hand nicht ergreifen.“ Dabei weiß er, daß die CDU bei den kommenden Landtagswahlen 1985 kaum die absolute Mehrheit erringen werden kann, er also einen Partner zur Regierungsbildung braucht.

Bemerkenswert ist aber auch der Zeitpunkt dieses frühen Angebots. In einer Woche wird in Hessen gewählt, und offensichtlich schließt sich Bernhard Worms der Politik seines Bundesvorsitzenden und Kanzlers Helmut Kohl wie des hessischen CDU-Spitzenkandidaten Wallmann an, die

beide versuchen, die Freien Demokraten an sich zu binden.

Unterstützt wurde er auch von CDU-Generalsekretär Heiner Geißler, der von Köln aus die Werbung seiner Partei für die FDP verstärkte. Geißler sagte, die Union „würde begrüßen, wenn auch in Hessen in einer Koalition der Mitte die Freien Demokraten im Landtag vertreten und an der Regierung beteiligt wären“.

Wichtigstes Thema aber schien Geißler die Auseinandersetzung mit der SPD in der Frage der Nachrüstung zu sein. Mit ungewöhnlicher Schärfe bezeichnete er eine „nahezu nahtlose Identität der Argumente“ von den Sozialdemokraten und den Machthabern im Kraml. So verlangte SPD wie Moskau eine Anrechnung der französischen und englischen Raketenprogramme bei den Genfer Nachrüstungsverhandlungen, so unterstellte die SPD wie Moskau den Vereinigten Staaten von vornherein, sie trügen die Schuld an einem möglichen Scheitern der Unterhändler in Genf.

Geißlers Frontalangriff: „Die Sozialdemokraten müssen sich darüber im klaren sein, was sie hier anrichten. Eine Partei, die den Westen fast ausschließlich kritisiert und gleichzeitig nahtlos Argumente der Sowjetunion, der mächtigsten Diktatur, die wir in der Weltgeschichte überhaupt je gehabt haben, übernimmt und in die innenpolitische Diskussion einführt, eine solche Partei wird - ob sie es will oder nicht - in der geistigen Auseinandersetzung mit der Bundesrepublik zu einer fünften Kolonne der anderen Seite.“

Während die Delegierten diese Passage frenetisch beklatschten, warf der Vorsitzende der SPD-Bundesversammlung, Bonn, Jochen Vogel, Geißler vor, er sei ein „verbaler Amokläufer“, der eine „Atmosphäre des Hasses erzeugt und die Deutschen in zwei Lager spaltet“. Er forderte Kohl auf, sich „ohne Wenn und ohne Aber“ von Geißler zu distanzieren. Der Sprecher des SPD-Landesverbandes Bodo Hombach appellierte an die beiden Kirchen, „aus moralisch-ethischer Verantwortung die gemeinsamen gefährlichen Worte von Heiner Geißler zu analysieren und dafür zu sorgen, daß solche Äußerungen nicht den inneren Frieden gefährden“.

Stürmisch begrüßt wurde in Köln auch der westfälisch-lippische CDU-Landesvorsitzende Kurt Biedenkopf, ehemaliger Konkurrent von Worms um die Spitzenkandidatur der Union 1985. Er sei als „Freund, Gast, aber auch als Redner gekommen“ und forderte die Unterstützung der beiden im Bundesgebiet mitgliederstärksten CDU-Landesverbände, dem Bundeskanzler bei der Lösung der Aufgabe zu helfen, „wie man das macht: Frieden schaffen mit immer weniger Waffen.“ Selbstbewußt und unmißverständlich meldete er den Anspruch seines Landesverbandes an: „Bernhard Worms hat die Steuer in der Hand. Die Westfalen geben ihm den notwendigen Rückenwind. Den Kurs aber bestimmen wir gemeinsam.“

Auch an der Mauer wirbt Jackson für seine „Regenbogen“-Koalition

Amerikanischer Präsidentschaftskandidat beendet Europa-Tournee in Berlin

F. DIEDERICH, Berlin

Dem Traum von seiner „Regenbogen-Koalition“ hängt Reverend Jesse Louis Jackson (41) aus Greenville im US-Bundesstaat South Carolina auch in den Stunden seines Rundgangs durch den Kreuzberger „Kiez“ nach. Zwischen Mauer und Mariannenplatz, vor bröckelnden Fassaden, auf denen Besetzer-Parolen zum „Kampf gegen den US-Imperialismus“ auftraten, auf der Meile zwischen türkischem Kebap-Imbiß und Zille-Hinterhöfen, wo ein Drittel der Bevölkerung von Sozialhilfe lebt, verkündet der Baptistenprediger und frühere Schüler Martin Luther Kings immer wieder: „Unser Kampf hat auch internationale Dimensionen.“

Daß der farbige Bürgerrechtler, der heute in den USA seine Bewerbung als Spitzenkandidat der Demokratischen Partei für die Präsidentschaftswahlen im kommenden Jahr verkünden will, in Berlin dem „Armenviertel Kreuzberg“ mehrere Stunden widmet, erklärt sich aus seinem Selbstverständnis, das er auf der Tour jedem im Anschluß an einen Händedruck nahebringt: „Ich verstehe Euch, weil ich selbst arm gewesen bin.“ Mit einer „Regenbogen“-Koalition von Farbigen und progressiven Weißen, Schwarzen und Starken, Umweltschützern und Friedenskämpfern gegen Ronald Reagan ins Feld ziehen - das ist das Programm des Jesse Jackson, das er unter das Dach der Bürgerrechtsorganisation

„People United to Save Humanity“ (Push) gebracht hat - „Vereinigung zur Rettung der Menschheit“.

Neun Tage reiste Jesse Jackson bis zu seinem abschließenden Berlin-Besuch durch Europa, als Privatmann, der zwar auch den Kontakt zu Regierungen und Politikern sucht, mit mindestens gleichrangiger Intensität

D-Zuges, ohne sich in auch nur irgendein Korsett zwingen zu lassen, das ihm sein eigenes als Berater mitreisender Hochschulpflichter oder Sicherheitskräfte aufzwingen wollen. Auf dem Weg zur Berliner Mauer treten junge Männer mit Lederjacken und Hahnenkamm-Frisuren auf Jackson zu in den Händen Bierdosen: „Hi Jesse, haste mal nen Fünfer für uns?“ Die Sicherheitsbeamten verzweifeln, als der Baptistenprediger den „Punks“ zum Kottbusser Tor folgt, wo eine Horde größerer Jugendlicher wartet. „God bless you“, segnet Jesse Jackson die Jugendlichen, krant in seinen Taschen nach ein paar Dollar, findet keine, so daß ein Berliner Parlamentsabgeordneter mit einem Fünftigmarschein aushilft.

Wegen seines Engagements für Minderheiten gilt Jackson heute in den USA als Amerikas wichtigster Schwarzenführer - eine Laufbahn, die an jenem 4. April 1968 in Memphis begann, als Martin Luther King im Lorraine-Motel erschossen wurde und der junge Jackson, damals einer seiner Mitarbeiter, vor den Augen von Millionen Zuschauern mit blutbeflecktem Hemd die Nachricht des Attentats verkündete. Die Botschaft „Freiheit“, die er seit diesen Tagen immer wieder verkündet, predigt Jackson auch auf den Holzplanen des Aussichtsturms vor der Kreuzberger Thomaskirche, wenige Schritte von der Mauer entfernt: „Berliner, bewahrt euren Geist für die Freiheit.“

Der „Tour around the poor situation“, der „Armenortour“ durch Kreuzberg, wie Jackson seine Wanderung selbst bezeichnete, entledigte sich der Bürgerrechtler im Tempo eines



Bürgerrechtler Jesse Jackson

Zuhörerschwund beim „Krefelder Appell“

Deutsche „Friedensbewegung“ will mehr Einfluß auf Frankreich und Großbritannien

WERNER KAHL, Bonn

Ohne Show-Stars und Politiker ist das Interesse der „Friedenskämpfer“ an Propagandatreffen wie dem des 3. Krefelder Forums am Wochenende in der Bundeshauptstadt anscheinend mäßig. Als Oberst a. D. Josef Weber, der Initiator des „Krefelder Appells“ zu einer Unterschriftensammlung gegen die Nachrüstung, in seiner Schlußrede bereits die Marschroute der „Friedensbewegung“ für die Zeit nach Genf vorgab, war die Stadthalle nur noch knapp zur Hälfte (etwa 600) besetzt.

Sowjet-Marxist Weber, Spitzenfunktionär der vom Verfassungsschutz als DKP-Tarnorganisation eingestuft „Deutschen Friedens Union“ (DFU), hatte kurz zuvor den Mos-

kauer Verhandlungsführer in Genf aufgesucht und bestätigte Einschätzungen, die Russen setzen jetzt alle Mittel der Propaganda ein, um die Bundesregierung „weichzumachen“. Der ehemalige Wehrmachtsgeneralstabler vermied es, den Begriff der „Nachrüstung“ zu benutzen. Vorredner General a. D. Gert Bastian (Grüne-MdB) hatte bereits den neuen seismischen Kurs eingeschlagen: „Es handelt sich eben nicht um Nachrüstung, sondern um den Aufbau eines weitreichenden amerikanischen Nuklearpotentials.“

Schleichenden Gerüchten, innerhalb der „Friedensbewegung“ zeichne sich bereits ein Zerfall ab, trat Petra Kelly mit der Forderung entgegen, über den Winter und das Früh-

jahr hinaus im nächsten Jahr die Ziele dieses Herbstes weiterzuverfolgen. Dazu rechnete der führende Funktionär der Bewegung, Klaus Mannhardt, die Einführung der deutschen „Friedensbewegung“ auf Frankreich und Großbritannien, sowie ein „stärkeres Zusammengehen mit den Gewerkschaften“.

Abweichend vom Redetext drohte Josef Weber der Bundesregierung mit „neuen Widerstandsformen“ aus den Betrieben. Der Aufruf, die Arbeitnehmer sollten im Oktober für fünf Minuten die Arbeit niederlegen, sei das erste Signal. Die Deutschen ständen heute nicht vor dieser „Entscheidung von unvorstellbarer Tragweite“, so Weber, wenn nach dem Krieg ein „neutrales Gesamtdeutschland“ gebildet worden wäre.

Wer Was Wo

Ein Wegweiser für WELT-Leser

ADRESSEN
6380 Bad Homburg, RMA Direktvertrieb, PF 21 44, Tel. 0 61 73 2 50 25
3382 Einbeck 1, Merkur Direktvertrieb, PF 205, Tel. 0 56 61 31 41, FS 9 85 024
KARL TREIBAU, 5000 Köln 51, Postf. 51 10 50, Tel. 02 21 38 04 14, FS 8 882 059

AIR TAXI
4000 Düsseldorf 30, EXECUTIVE - CHARTER TRAVEL AIR, Tel. 02 11 4 21 86 08
oder 0 21 52 02 02

AUSBILDUNG U. ERFAHRUNGSAUSTAUSCH BÜRO
73 Esslingen, VIV BUND N. AKADEMIE, Stöckchenberg 30, Tel. 07 11 / 57 80 07

AUSKUNFTEN
Aachen/Wuppertal, CREDITREPAIR, an 107 Orten in Deutschland und weltweit

AUSTRALIEN-IMMOBILIEN, KAPITALANLAGEN, INFORMATIONSBRIEF, DEPOTVERWALTUNG
Dipl.-Kfm. G. Kempe, Rathenaustr. 20, 8520 Erlangen, Tel. 0 91 31 / 3 10 51, und 136 Plantain Road, Shailer Park Qld. 4128, Australien

AUTOLEASING
2000 Hamburg 80, Beerweg 5, Hana Automobil Leasing GmbH, Tel. 0 40 / 8 53 08 02
2000 Hamburg 80, Hana Automobil Leasing GmbH, Ruhrstr. 63, Tel. 0 40 / 8 53 08 02
6500 Heidelberg, mein-leasing-leasing GmbH, Tel. 0 62 21 - 3 70 71

AUTO-KOMPLETT-REINIGUNG
CAR-CLEAN-SERVICE, die Gebrauchswagen-Alternative, Tel. 0 23 65 / 1 79 42

AUTOTROCKENWÄSCHE
Lack, Glas, Chrom schonend pflegen und versiegeln, Autosachen ohne Wasser: LHV, OHG, PF 26 50, D-9591 Minden, Tel. 0 57 22 / 2 50 10

BLOCKHÄUSER / FERIENHÄUSER
HUNSBUCKER HOLZHAUSBAU Emil Theis KG, 5449 Leideneck, Tel. 0 67 82 / 3 03

BRIEFMARKEN - ANKAUF - VERKAUF
ANKAUF-ZENTRALE FABER, 53 Bonn 3, Johannisstr. 35, Tel. 02 28 / 48 77 08

ELEKTRO, LADEN- / WAREN-DIEBSTAHLSCHUTZ
Tilly Alarm- und Sicherheitstechnik, 2 H 50, Bernstorffstr. 151-153, Tel. 0 40 / 43 70 97, T. 2 173 440

EISKREIM
CALIFORNIA ICE CREAM, 4712 Werne, Gerdelerstr. 3, Tel. 0 23 99 / 80 23

FACHSCHULEN
6520 Arzberg/Obb., Postfach 2 28, STAATL. ANERK. HOTELBERUFS-FACHSCHULE, Tel. 0 95 71 77 00 10
Dach. Angestellten-Akad. e. V., Bildungswerk der DAG e. V., Holstenallee 5, 2 H 38, Tel. 0 40 / 34 91 51, Durchwahl 3 49 15-2 81

FERIENFAHRSCULE
5270 Kall + 5272 Schleiden/Elft, Ferienfahrtschule, alle Klassen, Dieter Zöll, Tel. 0 24 41 / 7 78

GESUNDHEIT
GISELA SCHÜTZ, NATURHEILMIDDEL, PF 60, 6501 Katernthal, Tel. 0 69 98 / 3 27 24, Katalog und Informationen gratis.

HAARAUSSALL
4000 Dortmund, HAAR-PRAXIS KLASSEN, Deutschlands größte Praxis für Haar-Praktiken, Hoeschstr. 20, Tel. 0 23 91 / 52 74 74

HOTEL MIT AUSGEZEICHNETER KÜCHE
5300 Bonn 2, Rheinhotel Dreesen, Tel. 02 25 / 38 04 01, Telex 08 55 417

HOTEL MIT LÄNDLICHEM CHARME
Gut Pustelhof, 5788 Altendellefeld, Im Hoheauerfeld, Tel. 0 25 34 / 10 12

HOTEL FÜR IHRE GESCHÄFTSREISE
4000 Düsseldorf, Hotel Fairport, Neanderstr. 162, Tel. 02 11 45 09 56, T. 8 584 533, Tagungs-/Konferenzmögl.

IHR HOTEL ZWISCHEN NORD UND SÜD
Hotel G&S, 7850 Achern, Sonne-Eintracht Achern, Hauptstr. 112, Telefon 0 78 41 / 84 50, Telex 7 22 277

IMMOBILIENMAKLER
5 Köln 1, Albert Wolter RDM, Waltrispitz 9, Tel. 02 21 / 33 37 27, T. 8 852 932
3002 Wedemark 16, Tel. 0 51 30 / 44 56, DM 24 - POSTELLA BUNDES-IMMOBILIEN
ADRESSEBUCH

INTERNETBERATUNG
Information, Beratung u. Broschüre 8384 (Schutzgebühr DM 2,-) über die besten deutschen und Schweizer Internete erhalten Eltern von Euro-Internete-Berater, Tel. 0 69 / 48 72 82

INTERNATE, GYMNASIEN, PRIVATSCHULEN
3423 Bad Sachsa, Internate-Gymnasium Pädagogikum, stat. anerk. ab Klasse 5, Tel. 0 55 28 / 10 01
3500 Siedow, Fröhe Waldorfschule, Landschulheim Benedikt, T. 0 51 61 / 40 21
5300 Bonn 3, Ernst-Kellner-Gym., Königswinterer Str. 534, Tel. 02 28 / 44 11 54
4700 Heide-Hessent, Internatsgymnasium, Postfach 13 05, T. 0 49 72 / 3 18
65400 St. Gallen, Int. Rosemberg 1, Mädchen u. Jungen, Adlon im Haus
2252 St. Peter, Nordsee-Internat, Gymnasium und Realschule, T. 0 48 83 / 4 00
4531 Wersen, Private Schulan Kröger m. Internat, Tel. 0 54 04 / 20 24-25

INFORMATIONEN ÜBER DEN WEGWEISER FÜR WELT-LESER „WER-WAS-WO“ ERHALTEN SIE DURCH DIE WELT ANZEIGENABTEILUNG, KAISER-WILHELM-STRASSE 1, 2000 HAMBURG 36, TELEFON 0 40 / 3 47 44 40 UND 0 40 / 3 47 41 28.

SAUNANANLAGEN
FECHNER - Sauna - Solarium, 7170 Schwäbisch Hall, Palfensteinstr. 7, Tel. 07 91 / 21 18

SEBESTATTUNGEN
2000 Hamburg 1, ERSTE DEUTSCHE BEERER, A. d. Alter 11, Tel. 0 40 / 2 80 20 80

SEMINARE
VA-Altenhilfe für Eltern und Verwandte - Verkaufsförderungsseminare e. V., 6231 Sützbach b. Frankfurt, Hauptstr. 123, Tel. 0 61 96 / 2 70 01

SENIORENWOHNSTÄTTE
9100 Garmisch-Partenkirchen, Rotes Kreuz-Sozialdienstgesellschaft mbH, Seniorenheim Parkfriedhof, Mittelwälder Str. 17-23, Tel. 0 89 21 / 5 30 46
6000 Kempten, Rotes Kreuz-Sozialdienstgesellschaft mbH, Seniorenheim Hofeisenstr. 14 mit Pflegeheim, Haus L. Heberstr. 2, Tel. 0 83 31 / 20 41

SENKRECHT-LAMELLEN
2000 Hamburg 14, auch gebraucht gegen neu, Dr. Heiler + Co, Harmsstr. 36, Tel. 0 40 / 44 22 22

SQUASH- UND FREIZEITANLAGENBAU
2100 Hamburg 95, SQUASH COURT SERVICE GMBH, Tel. 0 40 / 77 27 45 45

SCHAUFENSTERFIGUREN
FIGUREN-JUNG KG, für Mode und Sport, Museen und Privat, von 80,- bis 1200,- DM, 6510 Fürth/By, Kaiserstr. 168-170, Tel. 09 11 / 7 80 87, Telex 8 22 929

SCHWEIZER VERMÖGENSVERWALTUNG
CH-8004 Zürich, MWS Vermögensverwaltungs-Aktiengesellschaft für den Mittelstand, Langstr. 21, Tel. 0 04 11 / 2 41 84 55-58, T. 0 045-8 13 888, spezialisiert auf bankgerichtete qualitätsorientierte str.-Anlagen, auch Auspassprogramme

TAGUNGS- UND KONFERENZHOTELS
6730 Bad Kissingen, Hotel KUR-CENTER, Tel. 09 71 / 6 11, Telex 06 72 637
2190 Cuxhaven-Duesen, Hotel Seehaus, Hattenberg, Telefon 0 47 214 70 65 / 67
4791 Hazevoete-Rhyms, DAB-Rheinhof Rhyms-Nord, Tel. 0 23 85 / 38 05 oc. 83 00
6100 Melsbach, D. Dornbusch-Schmidt, Post, Burg Friedenstein, T. 0 61 51 / 5 46 18
6200 Weibull/Labs, Schlosshotel Weibull, T. 0 64 71 / 3 90 56, T. 4 84 720

TOUPETS / PERÜKEN
Breitner GmbH, 2800 Bremen, Postfach 115, Tel. 04 21 / 34 30 18, deutsche Maßarbeit, Breitner-Top-Center im gesamten Bundesgeb., Anschriften anfordern

VERMÖGENSVERWALTUNG IN DER SCHWEIZ
CH-8004 Zürich, MWS Vermögensverwaltungs-Aktiengesellschaft für den Mittelstand, Langstr. 21, Tel. 0 04 11 / 2 41 84 55-58, T. 0 045-8 13 888, spezialisiert auf bankgerichtete qualitätsorientierte str.-Anlagen, auch Auspassprogramme

VERWALTUNG VON EIGENTUMSWOHNUMGEN UND HAUSEN
62 Wiesbaden, Muto & Partner, Kalk-Friedrich-Str. 7, T. 0 61 21 / 52 40 43

ZEITUNGSABSCHEIDTÜRBO
5300 Bonn, Harnes R. Severin, Wolpert, Tel. 02 28 / 21 91 26

ZÜNDHOLZWERBUNG
2722 Visselhövede, von Daylen ZOCLAM GmbH, PF 2 48, Tel. 0 42 82 / 77 4, T. 2 43 301

erscheint wöchentlich

طريقنا

„Kürzere Arbeitszeit, weniger Rente“

dpa, Hamburg
Im Vorfeld der neuen Tarifverträge haben Bundesregierung, Gewerkschaften und Arbeitgeber ihre Vorstellungen über eine Verkürzung der Arbeitszeit skizziert. Bundesminister Norbert Blum (CDU) kündigte in „Bild am Sonntag“ ein Programm-Angebot zur Verkürzung der Lebensarbeitszeit an. Das Konzept soll im Frühjahr 1984 fertig sein.

Die Bonner Pläne sehen vor, daß Arbeitnehmer künftig schon mit 58 Jahren in Rente gehen können. Auch über 65 Jahre hinaus soll gearbeitet werden dürfen. Eine freiwillige Teilung von Arbeitsplätzen (vier Stunden am Tag, zwei Tage in der Woche oder sechs Monate im Jahr) soll ebenfalls möglich sein. Das jetzt gekürzte Mutterschaftsgeld werde von 1987 an auch für Hausfrauen gezahlt, hieß es.

Kürzere Arbeitszeit bedeutet nach den Vorstellungen der Bundesregierung auch geringere Rente. Dazu Blum in der Zeitung: „Die Höhe der Rente muß zumutbar und verkraftbar sein. Das soll jeder selbst entscheiden. Der Arbeitnehmer braucht keinen Vorwand.“

Der Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Otto Esser, wandte sich gegen eine Verkürzung der Wochen- oder Lebensarbeitszeit und griff die Gewerkschaften hart an, die eine 35-Stunden-Woche fordern. Beim Unternehmertag Ost-Westfalen in Bielefeld sagte Esser, „trotz aller argumentativer Verbärkung“ sei bei den Gewerkschaften „Wohltatswahn“ das Ziel einer Arbeitszeitverkürzung. Esser wandte sich zudem gegen den, wie er es formulierte, Glauben im Regierungslager, mit einem „Gesetzesentwurf zur Vorruhestandsregelung“ der Arbeitslosigkeit entgegengetreten zu können. Es sei „unendlich“, einen solchen Vorschlag anzubieten, von dem feststehe, daß er ökonomisch und politisch schade.

Die Gewerkschaft Holz und Kunststoff (GKH) bekräftigte ihre Forderung nach Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf 35 Stunden bei vollem Lohn- und Gehaltsausgleich. 156 Delegierte, die rund 150 000 Mitglieder vertreten, sprachen sich während eines außerordentlichen Gewerkschaftstages in Gelsenkirchen einstimmig dafür aus, die Zusammenarbeit im DGB so zu intensivieren, daß „alle Gewerkschaften gleichzeitig ihre Beiträge zur Erreichung dieses tarifpolitischen Ziels leisten“.

„Ich gehöre nicht mehr dauernd auf die Bühne“

WELT-Interview mit dem früheren Bundeskanzler Helmut Schmidt / Nach 1987 voraussichtlich auch Rückzug aus dem Bundestag



Der frühere Bundeskanzler Helmut Schmidt

FOTO: ZUPP DARCHINGER

DW, Hamburg
Vor fast genau einem Jahr zerbrach in Bonn die Koalition zwischen SPD und FDP. Der frühere Bundeskanzler Helmut Schmidt ist seit dieser Zeit wenig in Deutschland öffentlich aufgetreten und viel ins Ausland gereist. Ist der einstige Macher zum großen Schweiger geworden? Mit Helmut Schmidt sprach Herbert Schütte.

WELT: Herr Schmidt, Sie sind in dem einen Jahr, seitdem Sie nicht mehr im Kanzleramt sind, viel im Ausland gewesen und haben wenig öffentliche Auftritte in der Bundesrepublik gehabt. Sie sind ein Schweiger im Bundestag. Haben Sie den Eindruck, daß der Propheet im eigenen Vaterlande nicht viel gilt?

Schmidt: Nein, diesen Eindruck habe ich gar nicht. Ich bin aus mehreren Gründen zurückhaltend mit öffentlichen Reden oder auch Auftritten in Deutschland. Einer der Gründe ist, daß eine Rede von mir oder ein Aufsatz von mir eine mir unerwünschte große Aufmerksamkeit auf sich zieht. Und das ist genau das, was ich nicht möchte. Es muß jemand, der so viele Jahrzehnte in der Politik Verantwortung getragen hat und ein halbes Jahr in der Bundesrepublik im Zentrum der Bühne gestanden hat, dem muß es erlaubt sein – das betrifft seine eigenen Kollegen, seine eigene Parteifreunde –, aber auch die Medien müssen es ihm erlauben, sich mit Anstand aus dem Zentrum der Bühne und von der Rampe zu entfernen. Das ist meine Absicht. Sie haben recht, ich bin viel im Ausland gewesen, das werde ich auch in den nächsten zwölf Monaten fortsetzen, diese Besuche und Reisen. Sie sind ausschließlich mit einer Ausnahme auf Einladungen erfolgt, und das macht mir viel Spaß, daß meine ehemaligen Kollegen mich einladen. Einige von ihnen sind inzwischen auch nicht mehr im Amt, wie Giscard d'Estaing oder Callaghan oder Jerry Ford oder Kissinger. Aber es gibt auch Kollegen, die sind noch im Amt, mit denen man früher zusammen Politik machen mußte. Dazu gehören Mitterrand, der König von Saudi-Arabien, dazu gehören die Ministerpräsidenten auf der Iberischen Halbinsel, dazu gehört Honecker oder wen immer Sie nehmen. Und diese letzteren Gespräche sind besonders ergiebig, weil, so offen wir früher miteinander geredet haben, so ist doch jetzt noch

ein zusätzlicher Grad an Offenheit dazugekommen, weil der andere Gesprächspartner weiß, daß ich für mein Land ja nicht einen Vorteil wahrnehmen werde, sondern daß ich die Offenheit ist für mich sehr erstaunlich. Ich glaube, daß ich heute über die Zusammenhänge der Welt besser informiert bin als vor ein oder zwei oder drei Jahren, als ich noch im Amt war.

WELT: Aber Sie sind selbstverständlich daran bedacht, den Vorteil Ihres Landes zur Geltung zu bringen?

Schmidt: Nicht den Vorteil, sondern die Interessen. Die grundlegenden Interessen der Bundesrepublik, so wie ich sie verstehe. Das erwartet auch jeder von mir. Aber man erwartet nicht von mir, daß wir hinterher ein Kommuniqué verabschieden, wo das Komma ein bißchen weiter vorn oder hinten steht oder eine andere Zahl hinter oder vor dem Komma steht. Ich Sorge natürlich dafür, daß mein Freund Hans-Jochen Vogel gut unterrichtet wird, und wenn es mir wichtig genug erscheint, Sorge ich auch dafür, daß der Bundeskanzler eine Unterrichtung bekommt über meine Erfahrungen im Ausland.

WELT: Das Ende der sozialliberalen Koalition liegt heute genau ein Jahr zurück. Sie haben jetzt ein Jahr Abstand. Sie haben nicht nur Abstand, sondern auch mehr Zeit und mehr Freiheit, was Sie ja gerade bestätigt haben in bezug auf den Umgang mit ausländischen Politikern. Spüren Sie heute so etwas

wie eine Erleichterung, daß es so gekommen ist?

Schmidt: Ja, das kann man noch präzise ausdrücken. Sehr viel mehr Jahre dem Amt hätte ich ohne weitere schwere Erkrankungen sicher nicht durchgestanden, da wären sicher neue schwere Erkrankungen dazugekommen. Das war ja nun doch übermäßige Selbstausbeutung eigenen Gesundheit. Ich bin überzeugt der Meinung, daß ein guter Kanzler das vermeiden kann. Wenn es zwei gegeben hat, die das Leben relativ leichtgemacht – ich spreche von Ludwig Erhard und Kurt Georg Kiesinger –, waren sie eben wirklich keine Bundeskanzler. Also das ist ein so, das mit dieser beruflichen Vorgeschichte verbunden wird. Das wird Herr Kohl merken, wenn er lange im Amt bleiben sollte. Und indessen bin ich sehr froh, dieser Ort entronnen zu sein. Ich hatte eigentlich nie vorgestellt, daß ich lange im Amt bleiben würde. Ich das Amt 1974 übernahm, das wie eine Art Feuerwehrakt es dann gelang, zwei Jahre in die Bundestagswahlen zu gewin-

nen. Da war ich sehr glücklich. Da hatte ich 1974 nicht gerechnet, ist ein Jahr nach dem anderen gekommen. Irgendwann in 100 Jahren habe ich mir vorgestellt, kannst ja doch eigentlich nicht im Amt bleiben als ein gewisser Präsident, maximal zwei Perioden. Und ich war in einer Bundestags-

periode ins Amt gekommen. Es war eigentlich meine Vorstellung, irgendwann in der Mitte wieder auszuscheiden. Allerdings hab' ich mir die Umstände der Beendigung des Amtes glücklicher vorgestellt, nämlich so, daß man hätte mithelfen können, einen seiner eigenen Freunde in dieses selbe Amt zu bringen. Diese Umstände haben sich leider nicht ergeben.

WELT: Sie haben vor der Fraktion in dieser Woche an die SPD appelliert, sie müsse mit einer Zunge sprechen.

Schmidt: Das hab ich so nicht gesagt. Was ich gesagt habe, war: Man müsse politisch und auch moralisch erwarten, daß jemand, der in Bonn so spricht, genauso reden muß in Ost-Berlin oder Washington oder in Offenbach. Ich habe mich nicht auf die Partei, sondern auf den einzelnen bezogen. Ich habe diejenigen kritisiert, die an verschiedenen Orten Verschiedenes sagen.

WELT: Wollen Sie auch bei den Landtagsparlamenten für diese Position kämpfen – etwa bei den noch ausstehenden Bezirksparteitagen in Nordrhein-Westfalen?

Schmidt: Nein, das werde ich bestimmt nicht tun. Wie ich Ihnen schon sagte, ich gehöre nicht mehr dauernd auf die Bühne. Das kann mal notwendig werden, auch aus Selbstachtung notwendig werden oder wenn man meint, daß es für das Land und die Interessen unseres Landes notwendig ist, daß jemand in einer sehr wichtigen Frage einen klaren Standpunkt öffentlich hörbar bezieht. Aber ich bin kein Wanderprediger mehr, der ein ambulantes politisches Gewerbe ausübt.

WELT: Bleiben Sie auf der Bühne als stellvertretender Parteivorsitzender bis Ablauf Ihrer Amtszeit zur Verfügung?

Schmidt: Ja, aber nicht länger.

WELT: Sind Sie in Sorge über einen wachsenden Anti-Amerikanismus?

Schmidt: Es wird darüber viel in Deutschland in den Medien gebracht. Viel mehr, als an Anzeichen vorhanden sind. Die stärksten Anzeichen anti-amerikanischer Haltung finden sich in Zentralamerika. Auch zu erheblichen Teilen in Südamerika. Auch zu erheblichen Teilen in einigen Staaten des Mittleren Ostens und Südasiens. Das war zu Zeiten des Vietnam-Krieges schon mal schlimmer gewesen. Dann ist es Gott

sei Dank wieder abgeebbt. Gegenwärtig ist da eine Zunahme solcher Attitüden zu beobachten. Mir tut das leid, mir tut das weh, vor allen Dingen, weil dabei gewisse Führungspersonen in Amerika selber diese Attitüden provozieren, durch Reden, die nicht entfernt genug Rücksicht nehmen auf Gefühle, Erwartungen, politische Haltungen von Menschen in anderen Staaten. Eine der markantesten Anlässe für solche Anti-Haltungen war die leichtfertige Rede davon, daß Amerika durchaus einen begrenzten nuklearen Krieg führen könne oder gewinnen könne. Das haben viele Leute so verstanden, der Krieg solle bei uns stattfinden und nicht bei ihnen. Und dieses Wort spielt in der Friedensbewegung sowohl in der Bundesrepublik als auch in der DDR eine erhebliche Rolle. Das ist nur eines von denen. Es ist ein ganz überflüssiges Wort. Es war falsch, als es geredet wurde, und die Wirkungen sind noch viel schlimmer, als die falsche Bemerkung. Ich glaube, die Amerikaner müssen das aushalten, daß sie als Supermacht natürlich viel schwerer kritisiert werden als etwa die Schweiz oder Schweden, genauso wie die Sowjetunion als Supermacht auf das schwerste kritisiert wird. Die gibt allerdings weiß Gott massiven Anlaß und nicht nur durch gelegentliche dumme Redensarten.

WELT: Sie haben 65. Geburtstag im Dezember. Bedeutet das für Sie einen Eintritt auch in den Lebensabend der aktiven Politik? Wollen Sie sich bei der nächsten Wahl 1987 noch einmal um ein Bundestagsmandat bewerben?

Schmidt: Das Wort Lebensabend höre ich eigentlich nicht so gern, denn wie wir vorher besprochen haben, bin ich ja sehr aktiv und arbeite jedenfalls mehr als normale acht Stunden. Also Lebensabend tritt hier nicht ein, weder am 65. Geburtstag noch im Jahr 1987. Zweitens, man weiß nicht, ob dieser Bundestag bis zum Jahre 1987 zusammenbleibt.

WELT: Sehen Sie Anzeichen?

Schmidt: Man weiß es nicht. Es sind bisher zwei Bundestage früher aufgelöst worden. Drittens: Falls dieser Bundestag bis zum Jahre 1987 lebt, dann ist jedenfalls meine gegenwärtige Vorstellung, dann auszuscheiden. Denn Ende des Jahres 1987 werde ich 69 Jahre alt sein. Das wird dann ein Lebensalter, in dem ein Backbencher sich zurückziehen soll.

Peking fordert Vernichtung von SS 20 in Asien

dpa/AP, Peking
China hat die Sowjetunion zu einer „beträchtlichen“ Reduzierung ihrer SS-20-Atomraketen in Asien aufgefordert. Die chinesisch-sowjetischen Beziehungen könnten ohne diese Voraussetzung nicht normalisiert werden, schrieb die offizielle chinesische „Volkszeitung“. Der Leitartikel erschien einen Tag nach dem Abflug des stellvertretenden sowjetischen Außenministers Kapiza aus Peking und wird auch als eine Antwort auf das Angebot von Staats- und Parteichef Jurij Andropow angesehen, einen Teil der SS 20 zu verschrotten und nicht nach Asien zu verlegen.

Es ist wohl bekannt, daß eine große Zahl von SS 20 in dem asiatischen Teil der Sowjetunion aufgestellt ist und daß sie eine beträchtliche Gefahr für China und die anderen asiatischen Länder darstellen, heißt es in der Zeitung. „China hat die Sowjetunion gebeten, drei Hürden auf dem Weg zur Entwicklung der Beziehungen zu beseitigen. Eine der Hürden sind die sowjetischen Streitkräfte in den chinesisch-sowjetischen und chinesisch-mongolischen Grenzgebieten, und diese schließen auch die Raketen ein.“

Chinas Außenminister Wu Xueqian sagte auf die Frage, ob sich bei den Gesprächen mit Kapiza über die Grenzprobleme oder in der Frage der SS-20-Raketen auf sowjetischer Seite schon etwas bewegt habe, es sei unvorstellbar, alle Probleme in einer Gesprächsrunde lösen zu können. Die Gespräche mit Kapiza aber seien „ruhig, vernünftig und freimütig“ verlaufen.

Seite 2: Schlüsselrolle

Moskau: Pazifist im Gefängnis

AFP, Moskau
Einer der Gründer der Pazifistengruppe „Für den Aufbau einer Vertrauensbasis zwischen den USA und der UdSSR“, Sergej Rosenoer, ist in Moskau festgenommen worden. Er wurde nach Mitteilung von Freunden in eine Wache der Miliz gebracht und erhielt eine zehntägige Gefängnisstrafe. Die Telefone von Rosenoer und einem anderen Mitglied der Gruppe wurden gekappt. Der Pazifist war bereits am 11. August dieses Jahres verhaftet worden, weil sich zum Jahrestag des Atombombenabwurfs auf Hiroshima rund 50 Menschen in seiner Wohnung getroffen hatten.



Hayes, Heidelberg

Xerox und Rink Xerox sind eingetragene Warenzeichen

Mit dem Xerox 820 Tischcomputer bin ich jetzt in allen wichtigen Abteilungen bei uns im Haus und im Gespräch mit unseren Kunden. Gleichzeitig.

Montag morgen kam die Anfrage, ob wir in der Lage seien, 700 verschiedene Sakkos aus feinstem Harris Tweed in sechs verschiedenen Größen sofort zu liefern. Und bitte schön, wieviel der Spaß koste inklusive Versand-

kosten, und wieviel Prozent Rabatt bei einer Rechnungsbegleichung in spätestens vier Wochen noch drin seien? Seitdem ich den Xerox 820 Tischcomputer habe, bringen mich solche Anfragen nicht mehr aus der Fassung. Auch nicht Montag morgens.

Per Knopfdruck erfuh ich, daß wir den Artikel in den gewünschten Größen auf Lager haben. Per Knopfdruck bekam ich den Einkaufspreis. Per Knopfdruck hatte

den Verkaufspreis und die Versandkosten. Dabei nützte ich gleichzeitig mit dem Kunden am Telefon über 10 Rabatt feilschen. Schließlich sagte er nur: „Bei Ihnen ist ja alles ziemlich flott. Sie müssen tüchtige Mitarbeiter sein.“ „Ja“, sagte ich und schaute auf meinen Xerox 820 Tischcomputer. Wenn Sie mehr über den tüchtigen Mitarbeiter Xerox 820 wissen wollen, rufen Sie doch einfach Ihre nächstgelegene Rank Xerox Geschäftsstelle an.

oder nennen Sie uns Ihren Fachhändler. Wir setzen uns mit ihm in Verbindung.

Besuchen Sie uns auf der SYSTEMS 83 in München vom 17.10. bis 21.10.1983. Halle 22, Stand 22207-22306

RANK XEROX®

Ziviler Ungehorsam und der Sitzredakteur Böll

GÜNTHER BADING, Bonn
Das Selbstverständliche wurde zur „ausdiskutierten“ Erkenntnis erhoben: Protest und ziviler Ungehorsam haben im demokratischen Staat gewaltlos zu sein. Dies war das Ergebnis einer vom frisch gegründeten „Kulturforum der Sozialdemokratie“ am Wochenende in Bonn veranstalteten Diskussion über den erwarteten „zivilen Ungehorsam“ während der sogenannten Aktionswochen der „Friedensbewegung“ im Oktober und November.

Daß die schlicht zu „Regelverletzungen“ herabgestuften Gesetzesübertretungen im Rahmen des zivilen Ungehorsams das Recht einer in demokratischen Wahlen unterlegenen Minderheit seien, war vorab akzeptierte Gesprächsvoraussetzung. Nur einer blieb hart und bekannte, daß Recht Recht bleiben müsse. Der Vorsitzende der Gewerkschaft der Polizei, Günter Schröder, mahnte: „Wer Recht verletzt nach den zur Zeit geltenden Normen, muß erwarten, daß die Polizei gegen ihn vorgeht.“ Ob die Blockade einer Kaserne Nötigung sei oder nicht, könne und dürfe nicht die Polizei entscheiden; das sei Sache der Juristen.

SPD-Bundesgeschäftsführer Pe-

ter Glotz hatte die Zwei-Tage-Versammlung mit dem Bekenntnis zur außerparlamentarischen Opposition eröffnet. Er glaube, daß in einer Diskussion um so entscheidende Fragen wie Nachrüstung „die Legitimation durch Verfahren der bloße Verweis auf Mehrheitsentscheidungen (gemeint war die Bundestagswahl vom 6. März) nicht mehr genügt“. Ihm assistierte nach mehrstündiger Aneinanderreihung von Vorträgen in einem Statement zur Diskussionseröffnung Bundesrichter Helmut Simon. Wenn sich Ethik und geltendes Recht nicht mehr voll deckten – was der Verfassungsrichter für die Rüstungsfrage zu unterstellen schien –, dann müsse man sich fragen: „Reicht das einfache Mehrheitsprinzip auch für folgenschwere Entscheidungen irreversibler Natur aus?“ Die Stationierung von Massenvernichtungswaffen grenze an jenen Bereich des Natur-Unrechts, für den Mehrheitsentscheidungen, ja jede Abstimmung nicht zulässig sei.

Neben Professor Habermas und seinem Oxford-Kollegen Dworkin diskutierte Heinrich Böll, der „die Straße“ schlicht zum „Medium“ der sogenannten Friedensbewegung erklärte und sich als Friedens-Blokierender selbst zum „Sitzredakteur“ dieses Mediums ernannte.

Zimmermann und der Mut der Union zum Wahlkampf in Groß-Gerau

Beim Auftritt des Innenministers mußte der Saal geräumt werden / Gesteuerter Protest

D. GURATZSCH, Groß-Gerau
Es grenzte schon fast an Tölkühnheit, daß sich Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann im hessischen Wahlkampf nach Groß-Gerau wagte. Die Stadt war bis zum vergangenen Jahr eines der Zentren der militanten Starbühnenbewegung. Bis heute sind hier politische Veranstaltungen mit ruhigem Ablauf kaum möglich. Die SPD führt deshalb im Kreis Groß-Gerau einen Wahlkampf auf Sparflamme. Ministerpräsident Holger Börner tritt in der Region rund um Mörfelden-Walldorf kaum in Erscheinung.

Die CDU dagegen hat in beinahe jedem Ort des Kreises eine öffentliche Veranstaltung abgehalten. Dabei ist sie immer aufs neue mit einer Wandertuppe aneinandergeraten, die ein Pfeif- und Klammern-Happening aufführt. Das Ritual wirkte wie einstudiert. Sobald der Gastredner aus dem Mikrofon trat, zogen die Störer rote und gelbe Trillerpfeifen aus der Tasche (die alle im gleichen Geschäft gekauft zu sein schienen) und setzten zu einem ohrenbetäubenden Pfeifkonzert an. Dieses Pfeifkonzert, nur unterbrochen durch Sprechchöre und gelle Zwischenrufe, nahm in der Regel keinerlei Bezug auf Person und Argumente des Redners, der offenbar

einfach überhört werden sollte. Das alles erinnerte sehr an Störversuche im Wahlkampf vom vergangenen Jahr.

Und doch ist die Szene rundsätzlich verschieden. Bei den jungen Leuten zwischen 14 und 1 Jahren, die vielfach in schwarzer Jacke, mit langen Haaren oder Pukerfrisur, auch tätowiert, mit Bärten und sogar zahlos und fast zerlumpt, von einem Auftritt zum anderen ziehen, handelt es sich um die verengten Überbleibsel der Starbühnenbewegung, die in die Anarchoszene abgeglitten sind. Ihr Motto ist: „Wahlboykott. Zu den Parteien in Landtag, ja sogar zu den Grünen, aber sie offenbar jede Beziehung verloren.“

Dennoch hat sich eine politische Gruppierung anscheinend diese Polypunkte angeeignet: die DKP-nahe Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ). Sie steuert vorgeordnete Minitransparente mit der Aufschrift „Lehrstellenglück“ sowie militante Sprechchöre bei die sich vor allem gegen die NATO richten. Das Echo bei der Bevölkerung ist, anders als im vergangenen Jahr, Disziplinierung und offene Ablehnung.

Für Zimmermanns Veranstaltung in Groß-Gerau waren vorerst Hand-

zettel in Frankfurt verteilt worden. Unter Parolen wie „Zimmermann Mörder und Faschist“, „Solidarität mit den revolutionären Gefangenen in den NATO-KZs“ und einem Russenstern wurde eine detaillierte „Wegbeschreibung“ zum Veranstaltungsort, der Jahn-Turnhalle in Groß-Gerau gegeben.

Etwa 200 waren dem Aufruf gefolgt, 150 waren durch die Sperren hindurch in die Halle gelangt. Als der Bundesinnenminister den Saal betrat, grüßten sie ihn provozierend mit dem Hitlergruß.

Zimmermann sah sich außerstande, gegen die Lärmkulis anzuende. Nach mehreren vergeblichen Ermahnungen ließ schließlich der Versammlungsleiter den Saal durch Polizisten mit Schutzhelmen von den Störern räumen. Erst dann konnte Zimmermann zu den etwa 500 Bürgern sprechen. Der Bundesinnenminister sagte, er habe einen solchen Auftritt in seiner gesamten Tätigkeit als Politiker noch nicht erlebt. „Wenn die dran kämen, die sich heute so benommen haben, sie wären schlimmer als die Nazis und die Faschisten“, rief der Minister unter stürmischem Applaus. Inzwischen wurden draußen Scheiben eingeworfen und Autos demoliert.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Amerika als Prügelknabe

„Nein“, WELT vom 12. September

Sehr geehrte Damen und Herren, Ihr Kommentar ist schockierend, aber nur allzu wahr. Verantwortliche Linke, so scheint es, wollen weitere Verhandlungen in Genf überflüssig machen, gerade jetzt, wenn man Grund und Hoffnung zur Annahme hat, daß die UdSSR von ihrer starren Position abweichen könnte. Oder handelt es sich hier um einen Akt emotionaler Sabotage? Als rational ist ein solches Verhalten (wobei der US-Präsident als Verbrecher beschimpft wird) doch wohl nicht zu erklären!

Die Welle des Anti-Amerikanismus wird bis zur Hysterie aufgepeitscht, selbst in den Massen-Medien, wobei einige ganz „smarte“ Kommentatoren einen großen Unterschied sehen zwischen der Reagan-Regierung und dem Amerikaner als Bürger. Die Tatsache, daß eben diese Bürger Reagan als Präsidenten gewählt haben, ist scheinbar Nebensache. Nur während der Hitler-Zeit habe ich vergleichbare Feind-Bilder entstehen sehen. Auch damals tosender Beifall für völlig irrationale und demagogische Parolen. Wie sagten die Nazis es noch? Eine Lüge, einmal gesagt, wird als solche erkannt; aber eine Lüge tausendfach wiederholt, wird als Wahrheit angesehen.

Die Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland ist ja kaum 40 Jahre alt. Sollte sie schon wieder abgeschafft und ersetzt werden durch einen Deutschen Diktatorischen Rätestaat (DDR) mit einem Staatsratsvorsitzenden als Führer des Volkes?

Mit freundlichen Grüßen
Bernhard Wagner,
Hamburg 13

Wir haben die Opfer an Gut und Blut, die die Amerikaner zur Befreiung von unserem „heißgeliebten Führer“ gebracht haben, ebenso die nachfolgenden Care-Paket-Aktionen und die Marshall-Plan-Hilfen für den Wiederaufbau unserer Wirtschaft wohlwollend akzeptiert. Daß die jüngeren idealistischen Anhänger der Friedensbewegung diese historischen Zusammenhänge nicht kennen, ist verständlich und verzeihlich.

Aber sollten die älteren Vertreter, insbesondere diejenigen einer gewissen Prominenz, nicht der Sowjetischen Botschaft eine schicke kleine Demo liefern in Erinnerung an gewisse Ereignisse vor Kriegsausbruch, statt ihre würdigen Hintern gerade vor amerikanischen Kasernen niederzulassen? Wo steckt da der Sinn gerade in dem Zeitraum Ende August/Anfang September, in dem der Kriegsausbruch und die unmittelbar vorhergehenden Ereignisse unsere Gedanken beherrschen?

Wenn wir einmal unter mehr oder minder diskreten Hinweis auf bestehende Rüstungsungleichheiten von einer gewissen Seite aufgefordert werden sollten, unser moribondes, reaktionäres System gefälligst den östlichen, so freihetlichen Vorstellungen, den sogenannten „Erunggenschaften“ anzupassen, was werden uns dann gewisse Führer der Friedensbewegung raten, die für sich das Äußerste an Freiheit verlangen und genießen? Ob wir dann vielleicht noch einmal die Amerikaner bitten sollten?

Mit freundlicher Begrüßung
Prof. Dr. Karl Bender,
Ratingen 4

Schon vergessen?

„Dreager geht auf Distanz im Albrecht und George“, WELT vom 18. September

Sehr verehrte Damen, sehr geehrte Herren, die Aufregung in Teilen der Union über die von Ernst Albrecht und Haimo George formulierten Gedanken ist schwer zu begreifen.

Hat die Union vergessen, daß nicht zuletzt ihr Bekenntnis zu unpopulären Maßnahmen für den Wahlsieg vom 6. März beschert hat? Der Wähler besitzt anscheinend mehr Einsicht in die Notwendigkeit, die Volkswirtschaft zu konsolidieren, als manche uns glauben machen wollen. Der Wähler hat längst erkannt, daß eine gesunde Volkswirtschaft unabdingbare Voraussetzung seiner eigenen sozialen Sicherheit ist.

Ob man zu jeder Einzelheit des Albrecht- oder George-Papiers ja sagen kann, spielt in diesem Zusammenhang nur eine untergeordnete Rolle. Ernst Albrecht und Haimo George gebührt Dank, daß sie das grundsätzlich Richtige formuliert haben.

Mit freundlichen Grüßen
Ernst-Markfried Kraatz,
Hagen 5

Sehr beeindruckt

Sehr geehrte Frau Kranzfuß, Ihr Bericht über die pflügerische Arbeit in den Alsterdörfer Anstalten, der in der WELT vom 20. August erschienen ist, hat mich sehr beeindruckt. Sie haben wirklich die schwere Mühe auf sich genommen und mitgearbeitet, anstatt sich die Erlebnisse, Sorgen und Nöte nur erzählen zu lassen. Das ist sicherlich die schwierigste Form von lebendigem Journalismus. Als Vater eines geistig behinderten Sohnes von 13 Jahren und als Elternvertreter einer Schule für geistig Behinderte kann ich aus eigener Erfahrung und aus Gesprächen mit anderen Eltern Ihre Schilderungen deutlich mitempfunden.

Ich hoffe und wünsche mir, daß Ihr Erlebnisbericht viele Menschen nachdenklich stimmt.

Vielen Dank für diese ehrliche Schilderung.

Mit freundlichen Grüßen
Prof. Dr. Günter Fischer,
Wegfort

Erwähnenswert

„Joh. Dürrenmatts „Physikern“ in den letzten Herbst“, WELT vom 23. August

Sehr geehrte Frau Bergmann, in der WELT habe ich Ihre resümierende Betrachtung der Spielpläne der deutschen Theater gesehen und kann mich des Eindrucks nicht erwehren, daß Sie den Spielplan des Deutschen Schauspielhauses Hamburg nicht erhalten haben, sonst wäre es doch sicher von Interesse gewesen zu erwähnen, daß wir nicht das zu Recht „fragwürdig“ genannte Stück „Bruder Eichmann“ von Helner Kipphardt spielen, sondern eine eigene Fassung der Eichmann-Protokolle vorbereiten. Auch Rainer Menckens Stück „Starker Hans“, das sich an der Biographie von Wolfgang Neuss orientiert, wäre im Zusammenhang mit „Entdeckerfreuden“ sicher einer Erwähnung wert gewesen. Und daß es keinen Edward Bond auf einem deutschen Spielplan gibt, ist einfach nicht wahr. Uns Troller wird im Malersaal in der Kampnagelfabrik „Die Hochzeit des Papstes“ inszenieren.

Mit freundlichen Grüßen
Ludwig Brundiers,
Deutsches Schauspielhaus
Hamburg 1

Wort des Tages

„Ohne die Bereitschaft und die Fähigkeit zu Konsumbeschränkung und Selbstbeherrschung taumeln wir über kurz oder lang in den Abgrund, geht uns buchstäblich die Luft aus. Wer heute noch meint, daß Begriffe wie Opfer und Verzicht altmodisch seien, der ist sehr kurzfristig und ein Mensch von vorgestern. Wer sich um eine menschenwürdige und lebenswerte Zukunft auf unserer Erde sorgt, weiß diese verkannten christlichen Tugenden zu schätzen.“

Heinrich Tenznberg, Dr. Theologe (geboren 1915)

Personalien

AUSZEICHNUNGEN

Prof. Peter Kruschel, Bischof in Hamburg, erhält am 20. September in Coburg die Ehrendoktorwürde der Evangelisch-Theologischen Fakultät der Universität Hamburg. Am gleichen Tag und gleichen Ort bekommt Bischof Karlheinz Stoll, Kiel, die Ehrendoktorwürde der Kieler Universität. Beide Theologen sind in Coburg zur Generalsynode der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands (VELKD).

Prof. Dr. Achim Zink, Vorstandsvorsitzender der Badenia Bausparkasse AG Karlsruhe, erhielt das Bundesverdienstkreuz am Bande.

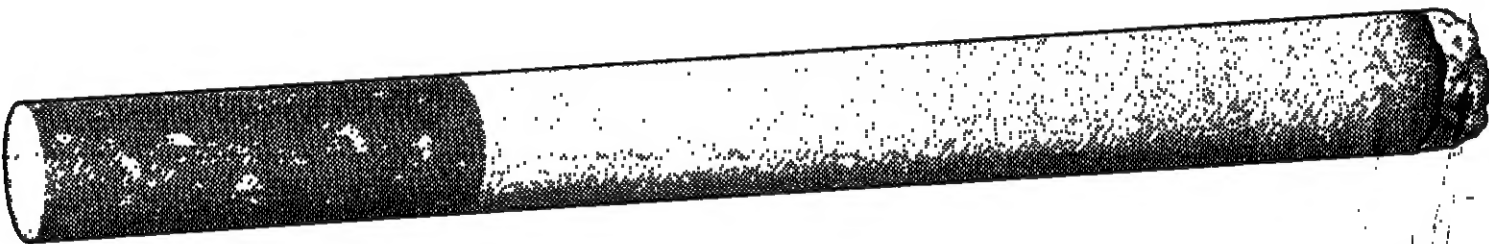
Für Verdienste um die Gesundheitsförderung in Hessen sind Dr. Kurt Fackner, Kassel, Leiter des Hessischen Instituts für Lehrerfort-

bildung, Otto Lieser, Hanau, Jugendzahnarzt des Mainz-Kinzig-Kreises, und Staatssekretär a. D. Adolf Philipp, Wiesbaden, mit der Bernhard-Christoph-Faust-Medaille in Silber ausgezeichnet worden. Faust, 1755 in Rotenburg/Fulda geboren, gilt als Begründer der systematischen Gesundheitsförderung in Elternhaus und Schule.

JAHRESTAG

Rund hundert Libanesen gedenken am Samstag des ersten Todestages ihres am 14. September 1982 ermordeten gewählten Staatspräsidenten Bechari Gemayel mit einem Gottesdienst in der Mission Catholique Francophone in Frankfurt. Der Leiter des Bonner Büros der „Résistance Libanaise“, Camille Tawil, hielt die Ansprache. Mit Befremden notierte man die Abwesenheit des neuen libanesischen Botschafters in Bonn, Mahmud Hammud.

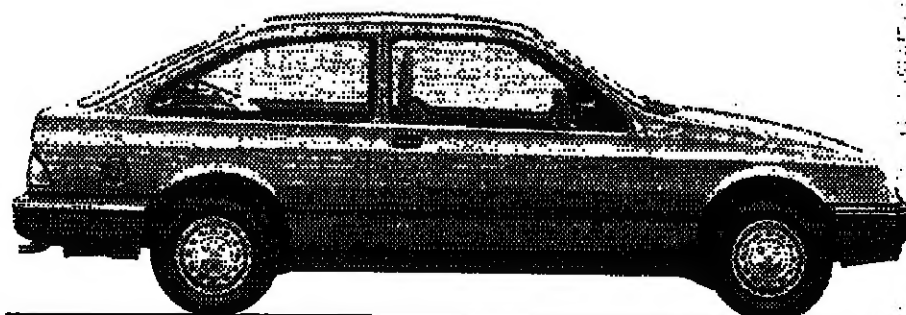
Einen Ford Sierra zu leasen kostet Sie als Monatsrate weniger als 1½ Päckchen Zigaretten pro Tag.



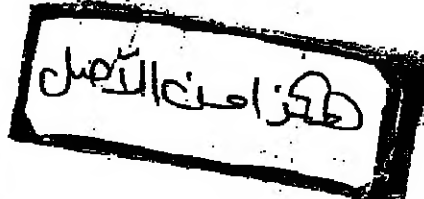
145,- DM beträgt die monatliche Leasing-Rate für das Grundmodell. Bei 4.670,- DM Sonderzahlung, 2 Jahren Laufzeit und 30.000 km Gesamtfahrleistung.

So günstig leasen Sie einen Ford Sierra. Und auf die einmalige Sonderzahlung kann der Wert Ihres Gebrauchten angerechnet werden. Ford Sierra Leasing heißt: Sie zahlen nicht den vollen Kaufpreis, sondern nur Wertverlust inklusive Kosten. Sie brauchen keinen Kredit aufzunehmen. Sie können Ihr Geld für andere Anschaffungen verwenden. Sie brauchen sich nicht um den Gebrauchtwagenverkauf zu kümmern. Dafür fahren Sie einen neuen Ford Sierra.

Fragen Sie auch nach den Leasing-Angeboten der Ford Credit Bank für andere Ford-Modelle, andere Laufzeiten und Zahlungsvereinbarungen. Bei Ihrem Ford-Händler mit dem Ford Sierra Leasing-Zeichen der Ford Credit Bank.



Ford Sierra Leasing.



„Alternative zu Kernwaffen hieße Kapitulation“

DW, Berlin
NATO-Oberbefehlshaber General Bernard Rogers hat es als seine „Hauptsorge“ bezeichnet, daß die Sowjets ihr Ziel, Westeuropa politisch und wirtschaftlich zu beherrschen, ohne einen einzigen Schuß abzugeben, erreichen könnten. Im Sender Freies Berlin erläuterte Rogers, daß der Westen in allen drei Abschreckungskategorien vom Osten überholt worden sei: auf dem Gebiet der strategischen Atomwaffen, bei den taktischen Gefechtsraketen (Mittelstreckraketen) und bei den Waffengattungen der konventionellen Verteidigung. Der Abschreckungswert könne nur durch ein zufriedenstellendes Verhandlungsergebnis in Genf oder – falls dies nicht zustande kommt – durch die Nachrüstung der NATO wiederhergestellt werden.

Der NATO-Oberbefehlshaber wies auf die Gefahr hin, daß der Westen im Falle eines konventionellen Angriffs „ziemlich schnell auf den Einsatz von Kernwaffen zurückgreifen“ müsse, weil ein solcher Angriff mit konventionellen Mitteln allein nicht abgewehrt werden könne. Ohne den Einsatz von Kernwaffen hieße die Alternative dann Kapitulation. Weder das eine noch das andere sei akzeptabel. So plädierte Rogers für eine Erhöhung der konventionellen Verteidigungskraft des Westens bis spätestens zum Ende dieses Jahrzehnts.

Auf die Frage, wie sich die Amerikaner verhalten würden, falls Aktivitäten der „Friedensbewegung“ in ein amerikanisches Atomwaffenarsenal eindringen würden, sagte Rogers, es gäbe klare Bestimmungen: „Die Soldaten sind ermächtigt, als letztes Mittel tödliche Gewalt einzusetzen, um jedermann daran zu hindern, in ein Gebiet, wo Atomwaffen lagern, einzudringen.“ Rogers drückte jedoch gleichzeitig die Hoffnung aus, daß die deutsche Polizei solcher Situationen Herr werden könne. „Eine Konfrontation“, sagte Rogers, „ist das allerletzte, was wir wollen.“

Zur „Friedensbewegung“ meinte der General, daß er viele ihrer Sorgen verstehe, aber daß er einseitige Abrüstung, wie sie Pazifisten wollen, nicht akzeptieren könne. „Wir alle wollen Frieden, und niemand wünscht ihn mehr als ich, der ich schon in zwei Kriegen gekämpft habe. Aber: Ich möchte Frieden in Freiheit. Einige unserer Demonstranten übersehen diesen Unterschied oft.“

Stockholm scheut den diplomatischen Protest

U-Boot-Sommerbericht nennt nicht mehr Herkunftsland

R. GATERMANN, Stockholm
Schwedens Küste ist weiterhin ein begehrtes Ziel fremder U-Boote. In einem Bericht an die Regierung stellt Oberbefehlshaber Lennart Ljung fest, daß in diesem Sommer die schwedischen Territorialgewässer höchstwahrscheinlich 20- bis 40mal verletzt worden sind und dabei in der Hauptsache Kleinst-U-Boote tief ins Hoheitsgebiet eingedrungen seien. Nach Ansicht des Oberbefehlshabers und der Regierung reiche das Material jedoch nicht aus, um eindeutig eine Nationalität der Eindringlinge feststellen zu können, weswegen von Stockholm kein neuer diplomatischer Protest zu erwarten sei.

Die Jagd nach fremden U-Booten in schwedischen Hoheitsgewässern ist für die Marine in diesem Sommer zu einer Vollzeitbeschäftigung geworden. Nach dem Zwischenfall im Haarsfjärden vor den Toren Stockholms im Oktober 1982 und dem daraus resultierenden Bericht der U-Boot-Schutzkommission, der Ende April dieses Jahres vorgelegt wurde und zu einem scharfen, an die Sowjetunion gerichteten Protest führte, nahmen die sowohl von der Zivilbevölkerung als auch von den Militärs gesammelten Beobachtungen erheblich zu. Wie aus dem Bericht des Oberbefehlshabers hervorgeht, blieben nach einer ersten Aussortierung noch rund 200 Verdachtsmomente übrig, die untersucht wurden.

Danach hätten 20 bis 40 Grenzverletzungen „höchsten Substanzwert“. Hierbei habe es sich um nichts anderes handeln können als um fremde U-Boote. Das Interesse der Eindringlinge konzentrierte sich auf die Schären und die militärischen Sperrgebiete vor Sundsvall, Stockholm und Karlskrona. Insgesamt entfiel etwa die Hälfte aller Verdachtsmeldungen auf die Ostküste. Nach Ansicht Lennart Ljungs habe sich das Verhaltensmuster der fremden U-Boote in schwedischen Gewässern nach der Veröffentlichung des Kommissionsberichtes im April deutlich verändert. Sie seien nunmehr sehr darauf bedacht, keine Spuren, wie Abdrücke auf dem Meeresboden, zu hinterlassen, sich noch mehr als bisher der Radarkontrolle zu entziehen und die Verbindungen mit der Außenwelt so weit wie möglich einzuschränken.

Verteidigungsminister Anders Thunborg erklärte zu dem Bericht

des Oberbefehlshabers, die Herkunft der Eindringlinge sei nicht eindeutig auszumachen. Im Gegensatz zu dem Haarsfjärden-Zwischenfall gäbe es diesmal keine lückenlose Indizienkette. Seitens der Militärs wird jedoch betont, daß auch jetzt wieder erhebliches Beweismaterial verschüttener Art gesammelt worden sei und daß man davon ausgehe, daß zum überwiegenden Teil in den inneren Gewässern Kleinst-U-Boote eingesetzt worden seien, während die größeren Mutter-U-Boote außerhalb des engen Küstenstreifens gelegen hätten. Vereinzelt seien allerdings auch See unterhalb des schwedischen Seeterritoriums beobachtet worden. Aus den Unterlagen der Marine stellt der sicherheitspolitische Experte der Konservativen, Carl Bildt, jedoch fest: „Wenn ich das recht verstehe, hatte der Oberbefehlshaber nicht den Auftrag, die Grenzverletzungen in erster Linie unter dem Herkunftsaspekt zu untersuchen. Würde die Regierung eine derartige Analyse bestellen, wäre das Ergebnis dasselbe wie das vom April dieses Jahres.“ Bildt meint, die Politiker sollten sich nicht scheuen, das Kind, die Sowjetunion, beim Namen zu nennen. In der Sitzung des außenpolitischen Beirates des Parlaments wurde jedoch beschlossen, keinen diplomatischen Protest abzugeben.

Der Verteidigungsminister versicherte, Schweden werde den fast schon permanenten Aufenthalt fremder U-Boote vor seiner Küste nicht als Selbstverständlichkeit hinnehmen. Die Bekämpfungsmittel würden ständig verbessert. Marine-Chef Per Rudberg verglich die Leistungsentwicklung mit dem Gymnasium. Man habe zu Beginn der Zwischenfälle auf der Unterstufe gestanden, liege jetzt auf der Grenze zur Oberstufe. Anders Thunborg bestätigte, daß die Marine die U-Boot-Bekämpfung auf Kosten der langfristigen Strategie der Verhinderung einer Invasion verschärfen könne. Bis 1982 würden darüber hinaus zusätzlich umgerechnet 360 Millionen Mark bereitgestellt. Aber erst 1987 verfügt Schweden über eine erste integrierte U-Boot-Bekämpfungsflotte, bestehend aus Flugzeugen, Hubschraubern und den notwendigen schwimmenden Einheiten, 1992 könnte die zweite einsatzbereit sein.

Seite 2: Die U-Boot-Lüge

Um Berlin wird in der UNO seit zehn Jahren still und zäh gerungen

Ein Jahrzehnt deutsch-deutsche Beziehungen in den Vereinten Nationen / Eine Bilanz

ITTA BAUER, New York
Noch 1971 hatte der damalige Bundeskanzler Willy Brandt bei einer Pressekonferenz in New York auf die Frage, ob die Bundesrepublik Deutschland die Mitgliedschaft in den Vereinten Nationen anstrebe, geantwortet: „Ehrlich gesagt – ich kann ohne sie auskommen.“ Zwei Jahre später war es dennoch soweit. Ein kompliziertes rechtliches Schema, das Völkervertrag über Berlin, den Grundlagenvertrag mit der DDR, laubten den Aufnahmeantrag, ob daß ein Veto der jeweils mit ihr verbündeten Großmächte gegen einen oder den anderen zu erwarten war.

Diese Lösungsschwierigkeiten sind an dem Verhältnis der Bundesrepublik und der DDR zueinander auch noch zehn Jahre später zu spüren. Es war schließlich die deutsche Teilung, die die Aufnahme um nahezu 20 Jahre hinausgezögert hatte, nicht der Ursprung. Vereinten Nationen aus der Koalition gegen eben dieses Land. Dennoch sagt der ständige Vertreter der Bundesrepublik in den Vereinten Nationen, Botschafter Günther Well: „Wir haben es vermocht, diesen schwierigen Akt zu vollziehen ohne den Eindruck zu erwecken, daß die Deutschlandfrage endgültig im Sinne der Teilung gelöst ist.“

Das spiegelt sich in dem nationalen Wahl, der in jeder Erklärung des Vertreters der Bundesrepublik im Forum der UNO enthalten ist. Er lautet: „Es ist das erklärte Ziel der Bundesrepublik Deutschland, auf einen Zustand des Friedens in Europa hinzuwirken, in dem die deutsche Nation ihre Einheit in freier Selbstbestimmung wiedererlangt.“ Diesen Vorbehalt entgegen regelt der Vertreter der DDR, sein Land in freier Selbstbestimmung entschieden hat. Bei atmosphärischen Störungen zwischen beiden Staaten wird der nationale Behalt in der DDR-Erklärung zum „Revanchismus“ hochgehoben. Meist bleibt es bei der Routine. Die deutsche Frage ist in weiteres Jahr Ruhe.

Weder täglich, dafür um so öfter wird Gerd-Klausel angefochten. Die Brief des Bundesau-

ßenministers Walter Scheel aus dem Jahre 1973 besagt, daß die Bundesrepublik auch die Interessen von Berlin (West) bei den Vereinten Nationen vertritt – außer in Fragen, die sich die vier Mächte vorbehalten haben, also Sicherheit und Status. „Der UN-Generalsekretär“, erläutert Botschafter van Well, „ist Depositar für die meisten multilateralen Verträge. Wir geben dazu eine Veralnote ab, daß das jeweilige Übereinkommen auch für Berlin (West) gilt.“ Danach wird fast automatisch von der Sowjetunion, der DDR und sogar anderen osteuropäischen Staaten, die nicht Signatäre des Viernächteabkommens sind, Protest erhoben.

Das war bei der inzwischen in Kraft getretenen internationalen Konvention gegen Geiselnahme der Fall, die auf eine Initiative der Bundesrepublik zurückgeht und gegen deren Entstehung die DDR keine wesentliche Obstruktion betrieben hatte. „Doch selbst bei solch sachbezogenen Abmachungen“, schrieb van Well in der Zeitschrift „Berlin aktuell“, „wie dem internationalen Naturkautschuk-Abkommen von 1979 hat die Sowjetunion die Berlin-Erklärung der Bundesregierung nicht schweigend hingenommen.“ Um die Einordnung von Berlin (West) in statistischen und demographischen Jahrbüchern gibt es ständig einen stillen, aber zähen Kampf.

„Korrekte Beziehungen“

Die Vollversammlung und ihre sieben Hauptausschüsse, die UNO-Organisation in Genf, Wien oder Nairobi, das Kinderhilfswerk, die Unesco, die Weltgesundheitsbehörde und die übrigen Agenturen der Völkerorganisation sind die einzigen Gremien, in denen deutsche diplomatische Vertreter aus zwei Staaten gleichberechtigt nebeneinandersitzen – so wie ihre Fahnen vor dem Glaspalast nebeneinander im New Yorker Wind wehen. „Unsere Beziehungen sind korrekt“, sagt van Well. „Man sagt guten Tag, man wechselt ein paar Worte, kaum jedoch etwas Substantielles.“ Im vergangenen Jahr trennte ein Gang die beiden Delegationen. In demselben kann das Los sie wieder Ellbogen an Ellbogen nähern.

Man macht Höflichkeitsbesuche – als ich vor zwei Jahren Herrn von

Wechmar nachfolgte, stellte ich mich bei Florin vor. Als Florin ging, kam Botschafter Harry oft zu mir.“ Zu den Nationalfeiertagen, bei uns der Verfassungstag, dort der Tag der Staatsgründung, wird eingeladen. Eine menschliche Beziehung, auch bei den nachgeordneten diplomatischen Chargen, ergibt sich kaum. „Es geht ja auch oft hart zu in den Ausschlüssen“, sagt eine Diplomatin. „Da verbietet sich schon eine freundschaftliche Beziehung.“

Die Bundesrepublik, das bestätigt jeder Delegierte und auch Generalsekretär Javier Pérez de Cuéllar, ist ein angesehenes Mitglied der Weltorganisation. „Man akzeptiert den politischen Standort der Bundesrepublik als wesentlichen Partner des Westens, der jedoch verbesserte Beziehungen zum Ostblock anstrebt, der eine Initiativ-Rolle im Verhältnis zur Dritten Welt spielt“, sagt van Well. Schließlich ist die Bundesrepublik mit 8,54 Prozent viergrößter Beitragszahler zum UNO-Haushalt, nach den USA, der UdSSR und Japan. Rechnet man die freiwilligen Beiträge für Friedenstruppen, für technische Hilfe hinzu, an denen sich die Sowjetunion nicht beteiligt, steht sie sogar nach den USA und Japan an dritter Stelle.

Frägt man die „richtigen“ Afrikaner, bekommt man über die „DDR“ zu hören, daß sie ein „angesehenes, zuverlässiges“ UNO-Mitglied sei. Wenn es jedoch um Wirtschaftshilfe geht, hält man sich lieber an die anderen Deutschen. Da nimmt man sogar das hartnäckige Beharren der Bundesrepublik auf Menschenrechte und Selbstbestimmung, auch für die Deutschen, in Kauf.

Angriffe auf die Bundesrepublik, für die die „DDR“ vorgeschickt wird, zielen meist auf ihre Beziehungen zu Südafrika. Die Namibia-Initiative jedoch, an der die Bundesrepublik führend beteiligt ist, hat diesen Versuch einer „offensiven Linie“ (so van Well) entgegengewirkt. Umgekehrt, behalten wir uns vor, wenn sich Vorfälle ereignen, die angeprangert werden müssen, das auch zu tun. Wenn die UNO-Charta, die Menschenrechte tangiert sind, lassen wir uns nicht hindern, das vorzubringen. Wir haben regelmäßig auf die unhaltbaren Zustände an der Grenze hingewiesen.“ (SAD)

Zentrale des Geheimdienstes in Damaskus zerstört

DW, Damaskus
Bei einem Bombenanschlag im Zentrum der syrischen Hauptstadt Damaskus wurde, wie erst jetzt bekannt wurde, am 27. August die Zentrale des syrischen Nachrichtendienstes zerstört. Ein Vertreter der Moslembrüder sagte, seine Organisation habe das Attentat ausgeführt, bei dem 30 Personen, meistens Mitarbeiter des Nachrichtendienstes, getötet worden waren.

Der Anschlag ist die erste bekanntgewordene Operation, seitdem die Moslembrüder in Syrien mit dem Ararat-treuen Flügel der al-Fatah zusammenarbeiten. Die Kooperation ist das Ergebnis einer Reihe von geheimen Absprachen, in denen Moslembrüder mit al-Fatah-Offizieren aller Rangstufen in den vergangenen Monaten zusammengetroffen waren. Auch Ararat hatte mit Repräsentanten der Moslembrüder in Südlibanon, Libanon und Tunesien gesprochen.

Dabei kam man überein, daß die al-Fatah den Moslembrüdern Waffen liefern sollte. Darüber hinaus wurden palästinensische Ausbilder bereitgestellt, die die Moslembrüder für Sabotageaktionen trainieren sollten und ihnen bei der Bildung eines neuen Systems geheimer Zellen helfen sollten.

Springer spendete für Krankenhaus

SAD/DW, Jerusalem
Der Berliner Verleger Axel Springer und seine Frau Friede haben gestern im Beisein von Bürgermeister Teddy Kolek einen Ölbaum im Garten des vor der Vollendung stehenden Krankenhauses „Misgav Ladach“ in Jerusalem gepflanzt. Springer hatte zur Errichtung des Krankenhauses einen finanziellen Beitrag geleistet.

„Misgav Ladach“ ist das älteste Krankenhaus der Stadt. Es wurde vor 140 Jahren im jüdischen Viertel der Jerusalemer Altstadt erbaut, war jedoch 1948 von jordanischen Truppen zerstört worden. Das evakuierte Personal richtete daraufhin im israelischen Westteil der Stadt eine provisorische Klinik ein. Das an der ursprünglichen Stelle wieder errichtete Krankenhaus soll eine der modernsten Kliniken im Nahen Osten werden.

Mit dem Doppelanschluß sind Sie immer erreichbar.

Nach der Gebührensenkung haben sich noch mehr Familien für ein zweites Telefon entschieden.

Wenn Sie eine große Familie haben und das Telefon auch häufig geschäftlich nutzen müssen, sollten Sie sich dafür immer einen Telefonanschluß frei halten.

Dann sind Sie für wichtige Anrufe immer erreichbar. Und auch die Familie kommt zu Ihrem Recht – mit dem zweiten Telefonanschluß. Denn auch für Sie gibt es wichtige Anlässe, schnell mal zum Hörer zu greifen: die Abstimmung der Hausaufgaben, die Einladung von Freunden, die Anmeldung beim Arzt und... und... und...

Übrigens, der Doppelanschluß kostet monatlich nur 40 DM (bisher zahlte man für 2 Hauptanschlüsse 54 DM). Und die einmalige Anschlußgebühr beträgt nur noch 100 DM (statt bisher 200 DM). Ein zusätzlicher Vorteil: Sie haben auch für den zweiten Anschluß 20 Gebühreneinheiten frei!

Eine Telefonnummer ist gut – zwei sind besser.



ARBEITSGEMEINSCHAFT TELEFON

Bischof klagt Führung der „DDR“ an

■ Fortsetzung von Seite 1

schon Kirche „gern akzeptiert“, wenn sich eine Zusammenarbeit mit dem Staat außerhalb unserer Grenzen abspielt und damit der Außenpolitik der DDR und ihrem internationalen Ansehen zugutekommt. ... Warum aber ist es nicht möglich, diese gute Praxis vertrauensvoller Zusammenarbeit zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Kräften auch auf die innenpolitische Szene zu übertragen? Warum regieren hier so oft Mißtrauen, Verdächtigung und strikte Abgrenzung, vor allem der Jugend gegenüber? Wir müssen es deutlich sagen: Was sich nicht im Innern unseres Landes als praktikabel erweist, kann von uns auch nicht überzeugend dargestellt werden und erlangt keine Glaubwürdigkeit im internationalen Bereich.“

Zur Raketenproblematik heißt es: „Wir befürchten eine weitere Militarisierung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse in und zwischen den Staaten in Ost und West.“ Der Saalfelder Superintendent Ludwig Groß wachte sich entschieden gegen die „Eingrenzung der Ablehnung atomarer Waffen auf Westeuropa in der Propaganda“. Die Verantwortung für das Leben von Menschen gelte „uneingegrenzt“.

Synode bestürzt über Strafe für Jugenddiakon

Rochau half Ausreisewilligen und forderte Umweltschutz

Mit großer Betroffenheit haben am Wochenende die 60 Mitglieder des höchsten Kirchenparlamentes der „DDR“ die Nachricht über die in einem Geheimprozeß ausgesprochene dreijährige Gefängnisstrafe gegen den Jugenddiakon Lothar Rochau aus Halle aufgenommen. Er war am Freitag in einem Geheimverfahren wegen angeblicher „staatsfeindlicher Hetze, Beeinträchtigung staatlicher Tätigkeit und ungesetzlicher Verbindungsaufnahme“ nach Paragraph 106 des „DDR“-Strafgesetzbuches verurteilt worden.

Der Diplom-Jurist Dietmar Funke, ein Bekannter Rochaus, war im selben Verfahren wegen ähnlicher Delikte sogar für vier Jahre ins Gefängnis geschickt worden. Beide Urteile sind noch nicht rechtskräftig.

Rochau ist verheiratet und hat zwei Kinder. Auf Anfragen beunruhigter Synodaler sagte der Magdeburger Konsistorialpräsident Martin Kramer, Rochau sei am 23. Juni verhaftet worden. Der Stellvertreter des Ratsvorsitzenden des Bezirks Halle habe gegenüber Bischof Werner Krusche erklärt, diese Verhaftung stünde nicht im Zusammenhang mit der

kirchlichen Tätigkeit von Rochau. Unmittelbar vor dem Prozeß habe Krusche dann nochmals eingegriffen und auf „denkbare kirchenpolitische Auswirkungen“ hingewiesen, die durch ein hartes Urteil gegen Rochau entstehen könnten, „ohne daß sie von irgendeiner Seite beabsichtigt sind“.

Nähere Einzelheiten über die Hintergründe des Verfahrens konnte Kramer nicht mitteilen. Rochaus Verhaftung erfolgte zu einem Zeitpunkt, als er nach innerkirchlichen Auseinandersetzungen über die Art seiner Arbeit als Jugenddiakon Ende Februar 1983 aus dem kirchlichen Dienst zunächst ausgeschieden war. Offenbar sahen die örtlichen Sicherheitsbehörden danach eine Chance, Rochau zu verhaften. Er hatte sich durch zahlreiche Umweltschutzaktivitäten im besonders luftbelasteten Chemierevier um Halle – durch Fahrrad-Demonstrationen und andere Aktionen – „verdächtig“ gemacht.

Offenbar hängt Rochaus drakonische und als Abschreckung in den kirchlichen Raum hinein gedachte Strafe mit Kontakten zu Ausreisewilligen zusammen, von denen auch Kramer am Wochenende berichtete.

Washington: Wie der Kreml manipuliert, fälscht, täuscht

Studie des US-Außenministeriums über sowjetische „Aktivmaßnahmen“ gegen den Westen

AP, Washington

Die Sowjetunion verärgert nach Beobachtungen des US-Außenministeriums ihre Bemühungen zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung in nichtkommunistischen Ländern durch Manipulation der Medien, Verbreitung gezielter Falschmeldungen und Anwendung aller Täuschungstechniken. Die Moskauer Kampagne zielt in erster Linie darauf ab, die Unterstützung für die geplante Aufstellung neuer amerikanischer Atomraketen in Westeuropa zu untergraben. Die Kampagnen werden allerdings nicht nur in Europa, sondern weltweit geführt, heißt es in einem am Wochenende veröffentlichten Bericht des State Department.

Die Studie gibt einen Überblick über sowjetische „Aktivmaßnahmen“, die seit der Vorlage eines früheren Berichts – Juli 1982 – beobachtet worden sind. Es wird angegeben, daß es gelegentlich schwierig sei, festzustellen, ob eine bestimmte Aktion von den Sowjets selbst oder von einem „befreundeten Geheimdienst“ eingeleitet worden sei. Ingegensatz der engen Zusammenarbeit zwischen dem KGB und seinen brendenden Diensten in anderen Ländern sei die-

se Unterscheidung jedoch von untergeordneter Bedeutung.

Als Beispiele sowjetischer Desinformationspolitik werden genannt: - Die Sitzung der Versammlung des „Weltfriedensrates“ in Prag im Juni, an der zahlreiche nichtkommunistische Friedensgruppen teilnahmen. Der Rat wird in der Studie als „bedeutende sowjetische Tarnorganisation“ bezeichnet, der es gelingen sei, den Widerstand gegen die beabsichtigte NATO-Nachrüstung zusammenzufassen und gleichzeitig sicherzustellen, daß keine Kritik an der Aufstellung sowjetischer SS-20-Raketen geäußert werden sei.

- Die Verwicklung sowjetischer Diplomaten in die schweizerische und norwegische „Friedensbewegung“. Beide Regierungen haben Sowjetdiplomaten wegen ungebührlichen Verhaltens ausgewiesen.

- Erkenntnisse des niederländischen Geheimdienstes über Zusammenarbeit zwischen den kommunistischen Parteien der Niederlande und der Sowjetunion bei Agitationskampagnen gegen den NATO-Nachrüstungsplan. - Veröffentlichung gefälschter Depeschen der amerikanischen Botschaft in Rom mit dem Ziel, „glaubhafte

Beweise“ für den Vorwurf zu liefern, daß die Vereinigten Staaten die Verhaftung eines bulgarischen Geheimdienstbeamten im Zusammenhang mit dem Attentat auf Papst Johannes Paul II. arrangiert hätten.

- Veröffentlichung eines gefälschten Dokuments in einer spanischen Wochenzeitung, in dem Falschheit, das angeblich den Sicherheitsberater des ehemaligen Präsidenten Jimmy Carter zum Verfasser hatte, wurden Maßnahmen zur Destabilisierung Polens gefordert.

- Eine gefälschte State-Department-Depesche, die in Österreich auftauchte und in der die Schaltung von Emigranten und ihre Entsendung in ihre Ursprungsländer als Teil eines US-Programms zum Export der Demokratie gefordert wurde.

- Verbreitung gefälschter Dokumente in einer Reihe arabischer Staaten, in denen behauptet wurde, die USA hätten die Libanon-Aktion Israels im Jahre 1982 im Voraus gebilligt. In der Studie wird ausgeführt, daß es schwierig sei, die Auswirkungen der genannten Maßnahmen einzuschätzen. Deren Erfolg scheine jedoch in den Entwicklungsländern größer als anderswo zu sein.

CSU-Streit: Voigt will Termin bei Strauß

rr, Veltshöchheim

Trotz seiner scharfen Kritik an dem vom Parteivorsitzenden Franz Josef Strauß eingefädelten Milliardenkredit für die „DDR“ ist der Bundestagsabgeordnete Ekkehard Voigt mit großer Mehrheit als Vorsitzender des Wehrpolitischen Arbeitskreises (WPA) der CSU wiedergewählt worden. Voigt, der 102 von 117 Stimmen erhielt, bemühte sich auf einer Pressekonferenz am Rande der WPA-Landesversammlung, einen Schlußstrich unter den Streit mit der CSU-Führung zu ziehen. In nächster Zeit werde er ein Gespräch mit Generalsekretär Otto Wiesheu führen. Außerdem wolle er sich um einen Termin mit Strauß bemühen.

Voigt hatte den Milliardenkredit als „politisches Schiebeschiff“ wie auf dem schwarzen Markt“ bezeichnet und Strauß beschuldigt, damit gegen Grundsätze der Partei verstoßen zu haben. Der Abgeordnete war daraufhin von Wiesheu heftig attackiert worden. Vor der Presse räumte Voigt zwar ein, daß er im Stil seiner Kritik möglicherweise danebengegriffen habe. Er blieb aber bei seiner grundsätzlichen Ablehnung des „DDR“-Kredits, weil das Prinzip von Leistung und Gegenleistung mißachtet worden sei.

„Gromyko lag wenig an Reise“

■ Fortsetzung von Seite 1

Ländern neue Möglichkeiten der Zusammenarbeit zu erforschen.“

Ein ursprünglich für das Wochenende vorgesehener Besuch des stellvertretenden sowjetischen Außenministers Georgi Kornjenko in Großbritannien ist, wie aus London bekannt wurde, auf einen späteren Zeitpunkt verschoben worden. Der stellvertretende britische Außenminister Malcolm Rifkind sagte dazu, „in Anbetracht der gegenwärtigen Lage“ habe man einen Aufschub des Besuchs für geboten gehalten. Dies bezog sich offenbar auf den Abschluß des südkoreanischen Passagierflugzeugs.

Die britische Premierministerin Margaret Thatcher bezeichnete es als unverständlich, daß einige Verbündete sich nicht auf eine Verurteilung der Sowjetunion einlassen wollten.

Ceausescu soll vermitteln

US-Abgeordnete ersuchen um Demarche für Erfolg in Genf

AFP/AP/rtr, Bukarest

Der rumänische Staats- und Parteichef Nicolae Ceausescu ist von acht amerikanischen Parlamentariern aufgefordert worden, im Hinblick auf die Genfer Verhandlungen über Mittelstreckenraketen zwischen den Regierungen der USA und der Sowjetunion zu vermitteln. Wie die amtliche rumänische Nachrichtenagentur Agerpres meldet, ersuchten ihn die Abgeordneten des US-Kongresses, sich dafür einzusetzen, „die Genfer Abrüstungsgespräche aus der Sackgasse herauszuführen“.

Ceausescu weist in seiner ebenfalls von Agerpres veröffentlichten Antwort darauf hin, daß er Präsident Ronald Reagan sowie Staats- und Parteichef Jurij Andropow bereits in Botschaften ersucht habe, „alles zu tun, um die Genfer Verhandlungen

zu einem Erfolg zu führen“. In seiner Antwort forderte Ceausescu die beiden Weltmächte USA und UdSSR ferner auf, bis zum erfolgreichen Abschluß der Genfer Verhandlungen auf die Stationierung neuer Raketen in der Bundesrepublik Deutschland, der „DDR“, der Tschechoslowakei und anderen Staaten zu verzichten und ihre Rüstungsausgaben für zwei Jahre auf den Stand von 1983 einzufrieren.

Unterzeichner des Briefes an Ceausescu sind George Brown, Barney Frank, Michael Barnes, Edward Markey, Thomas J. Downey, Berkley Bedell, Paul Simon und David Bonior. Im Verlauf seiner Europa-Reise ist der amerikanische Vizepräsident George Bush gestern in Rumänien zu einer Unterredung mit Ceausescu eingetroffen.

EG fürchtet neuen Alleingang Athens

Partner erwägen, ein Ratspräsidenten vor der UNO nicht für sie sprechen zu lassen

BERNT CONRAD, Bonn

Die EG-Partner erwägen, dem griechischen Außenminister Joannis Charalambopoulos das Recht zu verweigern, in der nächsten Woche als EG-Ratspräsident in die UNO-Vollversammlung für die Europäische Gemeinschaft zu sprechen. Als Voraussetzung gilt auf jeden Fall, daß Charalambopoulos vorher seinen Text mit den EG-Partnern abstimmt. Andernfalls befürchtet die beteiligten Außenminister angesichts der unliebsamen Erfahrungen beim EG-Außenministertreffen in Athen vor einer Woche, daß der Grieche in New York im Alleingang Dinge vertreten könnte, die keineswegs mit der Politik der übrigen Partner übereinstimmen.

In den vergangenen Jahren war der regelmäßige Auftritt des jeweiligen EG-Ratspräsidenten in der UNO-

Vollversammlung stets unumstritten. Der betreffende Außenminister setzte die europäischen Partner üblicherweise vorher von den Schwerpunkten seiner Rede in Kenntnis. Darüber wurde dann im Politischen Komitee der Europäischen Politischen Zusammenarbeit (EPZ) diskutiert. So wurde dafür gesorgt, daß der Sprecher – nach Absolvierung des „nationalen Teils“ seiner UNO-Ansprache – in ausgewogener Weise den Standpunkt der EG-Partner zu anstehenden internationalen Fragen vortrug.

Charalambopoulos benahm sich jedoch als Ratsvorsitzender während des Athener Außenministertreffens so eigenwillig und unkooperativ, daß sich die Reste seiner ohnehin schon geringen europäischen Kompetenz in Luft auflösten. Die Intransigenz des Griechen verhinderte jeden Versuch,

eine gemeinsame Verurteilung des sowjetischen Abschusses einer koreanischen Verkehrsmaschine herbeizuführen.

Das war nicht der erste Fall griechischer Blockade. Seit dem Amtsantritt der Regierung Papandreu ist fast jedes Kommuniqué der EG oder der NATO, wenn es um heikle politische Fragen geht, mit abweichenden griechischen Fußnoten verunziert. Darum konnte der sonst öffentlich sehr zurückhaltende Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher nach der Athener Tagung nicht anders, als von einer „Vertrauenskrise“ innerhalb der Gemeinschaft zu sprechen.

Der Gedanke, daß die Griechen nun in der UNO vor der gesamten Weltöffentlichkeit die EG blamieren könnten, bereitet den Regierungen in den Partnerstaaten Kopfschmerzen.

DKP-Krach um Wahlbündnis

W. K. Düsseldorf/Bremen

Um das Bremer Wahlbündnis zwischen DKP und einer Alternativgruppe zur „Betriebslich-Alternativen Liste“ (BAL) ist in der DKP-Führung ein schwerer Konflikt ausgebrochen. Nach anfänglicher Billigung des Verzehrs auf eine eigene DKP-Wahlbeteiligung plant der Parteivorstand in Düsseldorf die Ablehnung Bremer Spitzenkandidaten nach der Wahl. Ihnen wird die Preisgabe unverzichtbarer DKP-Positionen vorgeworfen. Die nicht der DKP angehörenden BAL-Funktionäre wiederum haben das DKP-Organ „Unsere Zeit“ (UZ) zu einer „Richtigstellung“ aufgefordert. Die „UZ“-Redaktion dazu am Wochenende: „Im Sinne des Erfolgs der BAL halten wir es nicht für richtig, Meinungsverschiedenheiten in den Vordergrund zu rücken.“

Wirtschaftspolitik mit Orientierung!



„Die Soziale Marktwirtschaft ist noch nicht zu Ende geführt. Es gilt, auf ihrer Grundlage eine moderne freiheitliche Gesellschaftspolitik zu entwickeln.“

Ludwig Erhard

Ohne Orientierung gibt es keine Maßstäbe – ohne Maßstäbe keine richtigen Antworten auf Schicksalsfragen unserer Gesellschaft. Die von Ludwig Erhard geprägte Soziale Marktwirtschaft hat gültige Maßstäbe gesetzt und sich auch in Krisen als überlegene Wirtschaftsordnung bewiesen. Die von ihm gegründete Ludwig-Erhard-Stiftung engagiert sich für eine zukunftsorientierte Entwicklung unserer sozial verpflichteten Marktwirtschaft. Anerkanntes Forum der Ludwig-Erhard-Stiftung für Information und Aussprache über Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik ist die Vierteljahres-Zeitschrift „Orientierungen zur Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik“. Heft 16 der „Orientierungen“ enthält eine Bibliographie zur Sozialen Marktwirtschaft 1982, setzt sich auseinander mit gesellschaftspolitischen Leitbildern der Gegenwart und der Notwendigkeit neuer Maßstäbe. Sonderbeiträge befassen sich mit Karl Marx und dem Marxismus sowie den Verhältnissen im Steuerstaat, im Verkehrswesen und in der Gesundheitspolitik.

Möchten Sie „Orientierungen“ beziehen, wollen Sie Mitglied des Freundeskreises der Ludwig-Erhard-Stiftung werden? – Bitte, schreiben Sie uns: Ludwig-Erhard-Stiftung, Johannerstraße 8, 5300 Bonn 1.

Exklusiv in der WELT

am Dienstag, dem 20. September 1983

Fragen an den Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher zum Abschlußdokument des KSZE-Folgetreffens in Madrid:

Gibt es Erleichterungen für die Menschen in Ost und West? Wo liegen die politischen Vorteile für die Bundesrepublik Deutschland?

Dazu bringt die WELT den vollen Wortlaut der Abschlusserklärung von Madrid.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Hotel Landhaus Höpen
Das Haus für anspruchsvolle Tagungen und Festlichkeiten. Verkehrsgünstig im Dreieck Hamburg-Hannover-Bremen (45 Min.)
Stauraum, wir informieren Sie gern.
© Hotel Landhaus Höpen, 1983

ABSTRAKT-PLÄNE?
Bauweise, Lage oder Ausrichtung? Informieren Sie sich bei:
HORNELL & BROTHERS
ABSTRAKT-PLÄNE LTD.
P.O. Box 40, Amst. 304
Melbourne - North Carlton

Geben Sie bitte die Vorwahl-Nummer mit an, wenn Sie in Ihrer Anzeige eine Telefon-Nummer nennen

Der Heel 83/84
83/84
KONZERT-ALMANACH
Singing-Popstars (Sänger) und klassische Musik
über den gesamten Deutschland
Gesamt: 300 Konzerte
3.000 Konzerte in 180 Städten
24,80 DM
Heel Verlag, Postfach 53 Bonn 3, Tel. (0228) 44 26 30



„Als ehemaligem Leistungssportler sind mir die Gefahren des Rauchens und der mangelnden Körperbewegung besonders bewusst. Deshalb unterstütze ich die Deutsche Infarkthilfe.“

Wolfgang Overath, Ex-Nationalspieler

Der Infarkt: Lebensbedrohliche Folge von Durchblutungsstörungen, der Volkskrankheit Nr. 1. Jährlich sterben daran etwa 350.000 Menschen vorzeitig. Die Deutsche Infarkthilfe hat es sich zur Aufgabe gemacht, über Risiken und Folgen aufzuklären. Fordern Sie die Checkliste zur Vorsorgeuntersuchung von arteriellen Durchblutungsstörungen an. Denn unsere Gesundheit ist kostbar.

Karte-Nr. 65 505 505 PSchA Köln, alle Banken und Sparkassen.

DEUTSCHE INFARKTHILFE e.V.
... bevor es zu spät ist
Deutsche Infarkthilfe e.V., Karweg 10, 4000 Düsseldorf 13, Telefon 79 33 66

Sinnvolle Sanierung

Bel. - Köln zum Beispiel hat noch eine Reihe intakter Quartiere. Originelle Häuserzeilen, mit guter Verkehrsanbindung werden von einer ausgewogenen, zusammenfassenden Bevölkerung bewohnt: Handwerker und Angestellte, Studenten und Ausländer, die Besitzer der Läden und Kneipen an der Ecke. Die Idylle war jedoch bedroht von Verfall. Die Mietshäuser hatten oft keine Zentralheizung, die Keller waren feucht, die Verbleibenden waren verfallen. Die Häuser wurden unter Dach und Fach, um die verfallenden Wohnräume zu erhalten. Wenn der wohnliche Putz bröckelte, wurde er abgeschlagen, und hässliche, sich nach anderen Mängeln, dachte man eher an Abriss und Neubau als an Erneuerung.

Doch gerade noch rechtzeitig wurde die Sanierung durch den Staat gefördert. Nicht zuletzt steuerliche Rahmenbedingungen, planungsrechtliche Hilfen und finanzielle Unterstützung aus öffentlichen Kassen ermöglichten die Sanierung solcher Stadtteile. In Köln ist mancherorts zu sehen, wie vorstichige Hinterhöfe, "entkernte", Fassaden aufgefächert, Dächer ausgebaut und wie mit schönen alten Steinen aus Abbruchmaterial Neues gemauert wird.

Vorsichtiger staatlicher Eingriff hat Gutes bewirkt, mehr als rein wirtschaftliche Vorgehensweisen wie Abriss, Kahlschlag und Neubau, - so Bauminister Schneider.

(CSU) auf einer Festveranstaltung der Arbeitsgemeinschaft der historischen Städte Bamberg, Lübeck, Regensburg. Allerdings müßten, so Schneider, die erhaltenen Gebäude auch sinnvoll nutzbar sein. Dazu bedürfe es aber der Komplemente mit dem Denkmalschutz. Andernfalls drohe die Gefahr, daß Altstädte zu "gigantischen Freiluftmuseen" degenerierten. Und wer mag schon in einem Museum leben?

Widersprüchlich

J. Seb. (Paris) - Frankreichs Zukunft liegt im technologischen Fortschritt. Dafür müsse mehr denn je investiert werden. Dieses jüngste Glaubensbekenntnis von Staatspräsident Mitterrand dürfte so schnell aber kaum zu verwirklichen sein. Nachdem die Investitionstätigkeit in Frankreich dieses Jahr um real 2,6 Prozent schrumpfen wird, rechnet die Regierung selbst für 1984 mit einem weiteren Rückgang von 0,5 Prozent. Außerdem verkündete der Präsident, daß die privaten wie staatlichen Unternehmen von ihren hohen Schulden herunter müßten. Aber wenn sie mehr investieren würden, wie wohl auch mehr Kredite aufnehmen, zuzüglich ihren Preissteuern begrenzen sollen. Um diesen Widerspruch zu lösen, erstrebt Mitterrand eine starke Kreditverbilligung. Dadurch würden die Finanzleistungen der Unternehmen in investitionsfördernde Weise erleichtert, sagte er. Fragt sich nur, ob sich solche expansiven Ambitionen mit der notwendigen Austeritätspolitik auf einen Nenner bringen lassen.

Aufgabe Steuerreform

Von PETER GILLIES

Ein politischer Appetitstypen besonderer Art lockt seit einigen Wochen: eine Senkung der Lohn- und Einkommensteuer. Über Details schweigt sich die Politik aus. Weder werden Summen noch verlässliche Daten genannt. Ein Konzept ist selbst in Umrisen nicht erkennbar.

Durch die weiteren Kürzungsversuche des Haushaltsausschusses in der vergangenen Woche hat sich der finanzielle Spielraum um ein Quantum erweitert - gemessen an einer Steuerentlastung von mindestens 13 bis 16 Milliarden Mark jedoch nur eine Mini-Etappe auf langem Weg.

Trotz zusehender Drängens auf Entlastung hält die Bundesregierung an ihrem Plan fest, erst im Frühjahr 1984 einen Grundsatzbescheid zu fassen, der 1987 in Kraft treten könnte. Sie fühlt sich in einem Zielkonflikt zwischen der Haushaltskonsolidierung einerseits und der - auch von ihr für nötig gehaltenen - Steuerentlastung.

Der steigende Steuerwiderstand und die Blüte der Schattenwirtschaft sind der Reflex auf fiskalische Sünden, zu denen die Bundesregierung seit ihrem Amtsantritt weitere geholt hat. Im Zentrum des düsteren Bildes der Besteuerung steht die explodierte Lohnsteuer. So hat der Durchschnittsverdiener im Jahre 1980 noch 390 Mark Lohnsteuer gezahlt, 1970 waren es bereits 1238 Mark, 1980 fast 5000 Mark, und 1985 dürfte es nach Berechnungen des Steuerzahlerbundes rund 7100 Mark sein.

Hauptursache dafür ist die "kalte Progression" des Steuerzinsfußes. Als die CDU/CSU noch in der Opposition war, hat sie die heimlichen Steuererhöhungen argwöhnisch geschildert. Durch das Zusammenwirken von Progression und Inflation kassierte der Fiskus allein 1981/82 rund 15 Milliarden "heimlich", 1985 dürften es weitere 30 bis 40 Milliarden Mark sein.

Das ist ein schwerer Verstoß gegen das Prinzip der Leistungsfähigkeit, denn der Staat besteuert damit Kaufkraft, über die der Bürger nicht verfügt, weil sie lediglich aus Inflationsblähungen besteht. Viele Mittel- und Kleinverdiener sind in die Progression geraten, die eigentlich gar nicht für sie gedacht war.

Die Verdrossenheit kommt nicht

nur aus der Steuer, sondern auch aus anderen Zwangsabgaben, vor allem für Sozialen. Ein lediger Arbeitnehmer bezieht 1983 von einer Gehaltserhöhung von 100 Mark nur 38,30 Mark übrig. Der Rest waren direkte und indirekte Steuern und Sozialabgaben. 1985 dürften es nur noch 35 Mark sein.

Der Zugriff auf das zusätzlich verdiente Leistungseinkommen hat die 50-Prozent-Grenze überschritten - nicht für Millionäre, sondern für Durchschnittsverdiener. In der Steuerklasse I lag sie 1982 bei 51,4 Prozent (ohne indirekte Steuern). Die Entlastungswünsche sind so zwingend, wie gewaltig. Aber auch die Reform, so sie irgendwann käme, brächte keine Steuerentlastung, sondern nur eine Atempause bei weiteren Erhöhungen.

Zusätzlich kompliziert wird der Zugriff zur Steuerreform durch den Vorschlag, für Familien mit Kindern ein steuerbegünstigtes Splitting einzuführen. Subventionen abzubauen, die Gemeindefinanzen umzustatten, endlich zu vereinfachen und zumindest die dringenden Widersprüche steuerrechtlicher Flickschusterei aufzulösen.

Die Betrachtung, man könne bei den Einkommensteuern nur etwas nachlassen, wenn man im Gegenzug die Mehrwertsteuer erhöht, ist zu statisch, wenn auch für einen bedrängten Finanzminister verständlich. Eine künftige Steuerentlastung bietet immer auch Wachstumsanreize, wenn gleich man keine Wunder erwarten darf.

Die zahlreichen Ideen, neue Abgaben und Steuern offen oder verdeckt einzuführen, den Spitzensteuersatz vielleicht von 56 auf 60 Prozent aufzustocken oder die Verbrauchsteuern erhöhen, sind allesamt Irrwege. Würde man sie beschreiten, belebte man die Untergrundwirtschaft und riskierte letztlich weitere Arbeitslosigkeit.

Nach Jahren, in denen die Steuerpolitik aus dem Ruder gelaufen ist, sind plötzliche Fundamentalkorrekturen schwer möglich. Dazu ist das Thema mit zuviel - auch außerökonomischen - Faktoren befrachtet. Aber es ist an der Zeit, sich der Diskussion zu stellen. Die heute Regierenden brauchen nur auf ihre Reden zurückzugreifen, die sie jahrelang hielten.

EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT Vor der Sitzung der Außen- und Finanzminister

Bonn will auf wirksamen Einsatz der knappen Finanzmittel dringen

WILHELM HADLER, Brüssel. Die Bundesregierung fürchtet, daß die Gemeinschaft für Reformen der Gemeinschaft tritt sie dafür ein, ausgenutzte Politiken künftig nur noch nach genauer Analyse des Sach- und Handlungsbedarfs zu beschließen und sich dabei auf solche Programme zu konzentrieren, deren Ziele nicht oder nicht genügend effizient durch nationale Programme erreicht werden können.

Das Papier ist eines von vier Memoranden, die den Außen- und Finanzministern bei ihren morgigen Beratungen zum Thema "Vorrangige Bereiche für neue Gemeinschaftspolitiken" vorliegen. Gedanken gemacht haben sich neben der EG-Kommission auch noch die Regierungen Frankreichs und Großbritanniens. Die Positionsbeschreibungen spiegeln nicht nur die gegenläufigen Interessen der Netzo- und Empfängerländer wider, sondern auch recht unterschiedliche Vorstellungen über die künftige Rolle der Gemeinschaft. Vor allem in der Industriepolitik scheiden sich dabei die Geister.

Die Bonner Stellungnahme geht von der Überlegung aus, daß die allgemeine Wirtschaftspolitik und die durch sie gesetzten Rahmenbedingungen die entscheidenden Impulse für die wirtschaftliche Entwicklung geben sollten. Nach Ansicht der Bundesregierung muß die Gemeinschaft daher ihr Hauptinteresse darauf richten, die nationalen Wirtschaftspolitiken wirksamer zu koordinieren. Gerade in diesem Bereich entscheidet sich die wirtschaftliche Zukunft der Gemeinschaft.

Bonn hält es vor allem für nötig, die

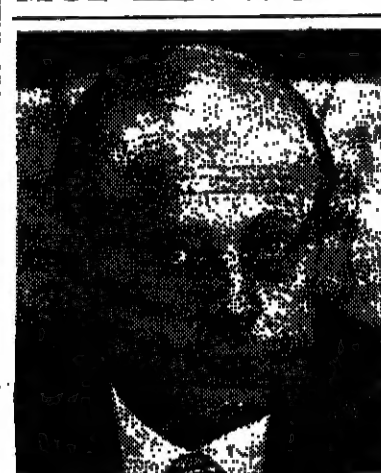
zwischen Unternehmen aus der EG ab, sondern auf eine umfassende industriepolitische Strategie unter Einbezug handelspolitischer Schutzmaßnahmen.

So tritt Paris dafür ein, in dem zu schaffenden einheitlichen "Industrie- und Wissenschaftsraum" (Espace industriel et scientifique) die Zusammenarbeit zwischen Firmen der Gemeinschaft gegenüber Kooperationen mit Drittlandsunternehmen zu begünstigen und den Aufbau einer wettbewerbsfähigen europäischen Industrie durch vorübergehende Importzölle auf bestimmte Erzeugnisse der Spitzentechnologie zu erleichtern.

Daß es den Franzosen mit diesem Konzept ernst ist, geht schon daraus hervor, daß sich Staatspräsident Mitterrand persönlich immer wieder zum Sprecher einer engeren industriepolitischen Zusammenarbeit in der EG gemacht hat. In die gleiche Richtung gehen auch die jüngsten Äußerungen von Finanzminister Delors. Darin wurden den EG-Partnern "Konsequenzen" Frankreichs angedroht, falls sich die Bemühungen um eine Belebung der Gemeinschaft als erfolglos erweisen sollten.

Auch das deutsche Memorandum nennt daher eine Reihe von Aktionsfeldern für neue Gemeinschaftsprojekte. Dazu zählen vor allem Maßnahmen der Forschungspolitik, Vorhaben zur Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur sowie eine stärkere Kooperation im Fernmeldebereich.

AUF EIN WORT



„Eine Volkswirtschaft wie die unsere kann es sich einfach nicht leisten, ihrer Industrie Energiepreise zuzumuten, die die Konkurrenz im Ausland nicht zu tragen braucht. Wir dürfen uns nicht vom Energiepreisniveau der konkurrierenden Industrien abkoppeln. Und vor allem müssen wir erkennen, daß wir schon auf diesem verhängnisvollen Weg sind.“

Rudolf von Bennigsen-Förster, Vorsitzender des Vorstandes der Veba AG, Düsseldorf. FOTO: WOLFF P. FRANGE

Opec-Förderung sinkt weiter

rt, Tulsa

Der Anteil der Organisation Erdöl-exportierender Länder (Opec) an der gesamten Weltförderung ist im ersten Halbjahr auf den niedrigsten Stand seit Bestehen des Kartells abgesunken. Wie es in der Fachzeitschrift "Trade Journal" heißt, lag der Opec-Anteil lediglich noch bei 31,1 Prozent, wobei sich die durchschnittliche Tagesförderung in der ersten Jahreshälfte auf 15,9 Millionen Barrel belaufen habe. Damit sei die Fördermenge erstmals seit 1967 unter 16 Millionen Barrel gefallen.

KAFFEE-ABKOMMEN / Das Kartell b20 Jahre - Vertrag wird verlängert

Dumpingpreise übehatten Jubiläum

dpa/VWD, London. In der West-Londoner Berners Street wird in diesen Tagen ein seltenes Jubiläum gefeiert. Wenn am 19. September im Haus Nr. 22 Delegationen aus insgesamt 72 Ländern zusammenkommen, können sie auf das 20jährige Bestehen eines internationalen Abkommens zurückblicken, das bis zum heutigen Tag recht gut funktioniert hat. Das Internationale Kaffee-Abkommen.

Die Bedeutung des Abkommens ist nicht zu überschätzen: Die Exporteinnahmen aus der Kaffee-Erzeugung lagen 1982 mit rund neun Milliarden US-Dollar an zweiter Stelle hinter dem Erdöl. Viele der 47 kaffeeproduzierenden Länder, die das Abkommen unterzeichnet haben, sind mangels anderer Rohstoffe auf die Einnahmen durch den Export angewiesen.

Um den Handel zu steuern, wurde 1963 das Kaffee-Abkommen geschlossen, das einen angemessenen Preis für das beliebte Gemüßmittel

WERFKRISE

Stolberg: Noch kein klarer Bremer Konzept

dpa/D, Hamburg/Bremen. Die Werkschließungen in Hamburg und Bremen forderten am Wochenende Verantwortliche in Bund und Ländern. Während die Besetzung der Bremer Werkschließung der Howa-Werke Deutsche Wert AG (HDW) weiter fortgesetzt wurde, kam es auch dem Bremer Senat und der Bundesregierung zu ersten Überlegungen. Der Senat teilte nachts nachts am Sonntag mit, man habe mit großer Vorsicht feststellen müssen, daß die Absprachen zur Behandlung des Antrags der Wertvorstände Bund am Wochenende aufgearbeitet wurden.

Entgegen aller Absprachen erwarte Bonn umschon von der Wirtschaftsgesellschaft "Treuearbeit" Engländer, die die Werkschließung für eine Fusion der Bremer Werkschließungen.

und die hierfür beantragte Finanzierung, um dann über weitere Schritte zu entscheiden.

Sonabend hatte Bundesfinanzminister Stolberg den Senat kritisiert, weil er immer noch kein klares Konzept für die künftige Struktur der Werkschließungen habe. Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff (FDP) hatte erklärt, das Fusionskonzept sei so lange noch unvollständig, wie noch andere Konzepte geprüft werden. Wie Lambsdorff Freitagabend in Bremerhaven in einem Gespräch mit Vertretern der Werkschließung sagte, wolle Bonn dort helfen, wo sinnvoll geholfen werden könne. Von einer 75prozentigen Hilfe aus Bonn, wie Bremens Bürgermeister Hans Koebeke gefordert habe, könne jedoch nicht die Rede sein. Dies würde einen Präzedenzfall schaffen, der nicht gewollt sein könne.

STAHLKR

„Hochtschinken“ aus Bonn für Krp und Thyssen?

Die beiden unternehmen Thyssen und Krupp auf ein zusätzliches „Hochtschinken“ des Bundes hofft Sprecher des Wirtschaftsministeriums. Am Rande eines Treffs Wirtschaftsminister aus der Bundesrepublik, Österreich und in Aachen, zwar sei der vorläufige Vertrag im Gespräch. Der Betrag von 1,5 Milliarden Mark in der Höhe unrealistisch habe die Bundesregierung gegenkommen signalisiert.

Allerdings rief Sprecher ein, daß ein Gesprächs des Wirtschaftsministeriums Otto Graf Lambsdorff, Finanzminister Gerhard Stoltenberg den beiden Unternehmen vor, nicht so sehr viel weitergehe, es stehe noch „ein gekk Arbeit“ bevor. Die Bundung hat wie-

derholt anklingen lassen, daß sie ein ganz besonderes Interesse an der Zusammenarbeit dieser beiden Unternehmen habe. Von ihrer Zusammenlegung der Stahlunternehmen erwarte man sich „eine Signalwirkung“ auf die Sanierungsanstrengungen für die gesamte deutsche Stahlindustrie.

Aus informierten Kreisen wurde darauf verwiesen, daß dieser Betrag nicht in die drei Milliarden Mark einbezogen sei, die die Bundesregierung bislang als Obergrenze der öffentlichen Umstrukturierungshilfen zugesagt hat. Diese Beträge sind bei den Unternehmen längst stillschweigend verbucht, hieß es dazu. Momentan gehe es nun um Gelder über diesen Betrag hinaus. Die Möglichkeit, daß im Falle der Gewährung von Zuschüssen für das Zusammengehen auch die anderen Stahlunternehmen nach Geldern einfordern würden, wollte der Sprecher nicht ausschließen.

US-AKTIENMÄRKTE

Mit der Geldmenge im Griff könnten Zinsen nun sinken

H.A. SIEBERT, Washington

Die Wall Street hat sich wieder einmal geirrt: Der erhoffte Sprung an den US-Aktienmärkten dauerte zu Beginn der Börsenwoche nur eine knappe Stunde, als der Dow-Jones-Industrie-Index um nahezu 20 Punkte in die Höhe schoß. Dann ging es vier Tage lang nur noch abwärts - eine beinahe panikartige Zinsflucht trieb die Investoren, wobei sich der Abgedruck hauptsächlich auf die im „Dow“ zusammengefaßten „Blue Chips“ konzentrierte. Erst am Freitag kehrte die Vernunft zurück, seitdem herrscht wieder Hausstimmung.

Die Zitterperiode scheint in der Tat vorbei zu sein. Denn nicht bewahrheitet haben sich die Gerüchte, daß die US-Notenbank die im Juli begonnene Geldverknappung weiter fortsetzen muß. Vielmehr hat sie die monetäre Versorgung im Griff, wie die neuesten Statistiken zeigen: Alle Aggregate liegen innerhalb der Zielkorridore. Ohne Aufregung wurde deshalb auch die jüngste Zunahme von M1 (Bargeld und Sichteinlagen) um 5,5 Milliarden Dollar registriert. Das weitgehend technisch bedingte Plus war allgemein erwartet worden. Nicht umsonst sackte der Dollar am Freitag am New Yorker Platz nachbörslich von 2,6775 auf 2,6715 Mark.

Viele Broker an der Wall Street sehen nicht nur den Geldkurs des Federal Reserve Systems nunmehr als gesichert an. Sie verweisen auch auf entlastende konjunkturelle Faktoren wie die Verlangsamung der In-

dustrieproduktion und den Rückgang der Einzelhandelsumsätze in den letzten beiden Monaten.

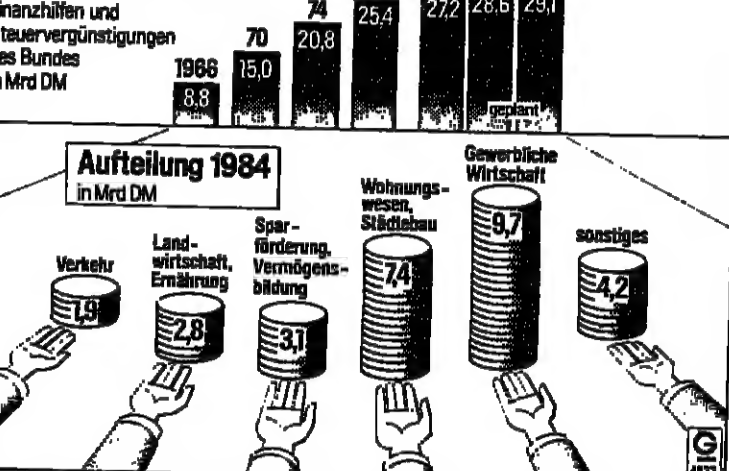
Das schwächt nach ihrem Urteil die private Kreditnachfrage ab, so daß der Finanzierungsbedarf der Treasury, die in dieser Woche 14 Milliarden Dollar aufnimmt, leichter zu decken ist. Dean Witter rechnet bis März mit einem Zinsrutsch um 200 Basispunkte. Andere Häuser sind allerdings nicht so optimistisch.

Prudential-Bache bleibt dabei, daß der Rentenmarkt Washingtons Rekordhaushaltsdefizite nicht finanzieren kann und höhere Zinsen den US-Konjunkturmotor 1984 „zum Stottern bringen“. Das muß nicht sein, wenn es Republikanern und Demokraten im Kongreß wirklich gelingt, Steueranhebungen durchzusetzen. Man spricht von zwölf Milliarden Dollar. Obwohl längst nicht genug, wäre es ein Schritt in Richtung Geldverbilligung. Positiv ist überdies die im August auf 76,7 Prozent gestiegene Kapazitätsauslastung der US-Industrie, weil sie die Investitionsbegeisterung vergrößert.

Der „Dow“ gewann Freitag 10,67 Punkte, sank aber im Wochenverlauf auf 14,03 auf 1225,71 Punkte. Weniger geschüttelt wurde der breitere Newyorker Index, der über die Woche nur 0,87 Punkte verlor und am Freitag 0,87 Punkte auf 98,17 Punkte anwuchs. Festzustellen ist ein plötzliches Interesse an zyklischen Werten wie Stahl, Chemikalien, Aluminium und Öl. Die Krise in der Computerbranche drückt die „High Tech“-Papiere.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Subventionen schwer zu bremsen



Im Jahre 1966 betrugen die Finanzhilfen und Steuervergünstigungen des Bundes 8,8 Milliarden Mark. Im kommenden Jahr werden es 29,1 Milliarden sein. Als Erfolg wird es schon gewertet, daß die Zuwachsrate 1984 auf 1,7 Prozent zurückgeht - nach über fünf Prozent 1982. Hauptempfänger der Subventionen ist die gewerbliche Wirtschaft mit 9,7 Milliarden im kommenden Jahr.

Für EG-Abwrackaktion

Duisburg (dpa/VWD) - Die strukturellen Überkapazitäten der Binnenschifffahrt in der EG können nach Meinung von Bundesverkehrsminister Werner Dollinger (CSU) nur durch eine „wirksame Abwrackaktion“ verringert werden. Erfolgreich könne diese Kapazitätsregulierende Maßnahme aber nur sein, „wenn gleichgerichtete Aktionen in unseren Nachbarstaaten“ in allerhöchster Zeit geschähen, sagte der Minister in Duisburg vor dem Internationalen Binnenschiffahrtstag. Den Niederländern warf er vor, ihre Rheinflotte in den letzten Jahren um 22 Prozent verstärkt zu haben, während die deutsche Rheinflotte in dieser Zeit um vier Prozent verringert wurde.

Weg der Kurse

	16. 9. 83	9. 9. 83
Boeing	41,75	40,75
Chrysler	39,25	39,25
Citicorp	37,625	36,50
Coca-Cola	48	48,875
Exxon	38	38,75
Ford Motors	61,375	61,25
IBM	123,50	121,375
PanAm	7,25	7,375
US Steel	29	27,75
Woolworth	35,25	37,25

Preiserhöhungen in Ungarn

Budapest (AFP) - Empfindliche Preiserhöhungen für Lebensmittel werden heute in Ungarn in Kraft treten, meldete die ungarische Nachrichtenagentur MTI. Auch die Preise in Restaurants und Cafés werden angehoben. Die ungarische Preisbehörde, so MTI, begründete die Erhöhungen mit der ungenügenden Agrarproduktion infolge der großen Trockenheit in diesem Sommer und mit der Nichterfüllung der Wirtschaftspläne in verschiedenen Industriezweigen.

Heizöl wird gespart

Hamburg (dpa/VWD) - In diesem Jahr wird der Absatz von Heizöl in der Bundesrepublik weiter sinken, wenn auch nicht mehr im gleichen Maße wie in den vergangenen drei Jahren. Die Esso AG, Hamburg, erwartet für 1983 Heizölverkäufe von rund 32 Millionen Tonnen. Das ist ein Rückgang um vier Prozent. In den ersten acht Monaten 1983 wurden in der Bundesrepublik etwa 22,8 Millionen Tonnen leichtes Heizöl abgesetzt. Das waren knapp drei Prozent weniger als in der Vorjahresperiode. Noch drastischer war der Verbraucherrückgang mit über 20 Prozent beim schweren Heizöl. Dagegen ist die Nachfrage

nach Benzin und Diesel 1983 gestiegen und zwar bis August um knapp ein bis etwa drei Prozent.

Postverwaltungsrat

Bonn (rel.) - Zu seiner konstituierenden Sitzung ist am Freitag in Bonn der neugebildete Postverwaltungsrat zusammengetreten. An der Sitzung nahm auch Bundespostminister Christian Schwarz-Schilling (CDU) teil. Am nächsten Termin, dem 12. Dezember, wird der Haushalt des Bundespostministers für 1984 zur Diskussion stehen. Der neue Verwaltungsrat ist im wesentlichen der alte geblieben. Bei einer Stimmhaltung wurde der Vorsitzende des Vorstandes der Beteiligungsgesellschaft für Gemeinwirtschaft AG in Frankfurt, Walter Hesselbach, wieder zum Vorsitzenden gewählt.

Verkauf von BP-Anteilen

London (AFP) - Im Zuge ihrer Reprivatisierungspolitik hat die konservative britische Regierung den Verkauf von 130 Millionen Anteilen des Erdölkonzerns British Petroleum (BP) angekündigt. Die Anteile im Wert von über 50 Millionen Pfund (fast zwei Milliarden Mark) sollen in der nächsten Woche für einen Minimalpreis von 4,05 Pfund angeboten werden. Durch den Verkauf verringert sich der von der britischen Regierung gehaltene Anteil am BP-Aktienkapital von 38,85 auf 31,73 Prozent.

Keine Einigung

Lagos (rtv) - Nigeria hat sich mit Vertretern des Internationalen Währungsfonds (IWF) bislang noch nicht endgültig über die Gewährung einer Finanzhilfe an das Land einigen können. Wie Finanzminister Victor Masi mitteilte, sind auch nach dem jüngsten Besuch einer IWF-Delegation noch „einige Dinge“ strittig.

Londoner Kassapreise

	16. 9. 83	9. 9. 83
Kupfer (t/1)	1023	1071,75
Blei (t/1)	285,75	288,125
Zink (t/1)	541	577,75
Zinn (t/1)	8430	8465
Gold (\$/Unze)	405,125	414,625
Silber (p/Unze)	779,05	819,80
Kakao 1 (t/1)	1510,5	1411
Kaffee 2 (t/1)	1728,5	1694,5
Zucker (t/1)	145	158
Kautschuk (p/kg)	74,5	77
Wolle (p/kg)	400	395
Baumwolle 2 (cta/7b)	69,10	91,95

1) Abladung Dezember; 2) Abladung November

3) A-Index-Preis Liverpool

VEREINIGTE STAATEN

Washington gegen Einfuhr von britischem Billigstahl

H.A. SIEBERT, Washington

Die Reagan-Administration wird nicht zulassen, daß Amerikas größter Stahlkonzern, die U.S. Steel Corporation in Pittsburgh, jährlich drei Millionen Tonnen Halbzeug in Form von Brammen aus England bezieht. Wie der Staatssekretär im Handelsministerium, Lionel Olmer, vor einem Kongreßausschuß erklärte, würden derartige Einfuhren das gesamte im vergangenen Herbst mit der AEG ausgehandelte Stahlpaket, das freiwillige europäische Lieferbeschränkungen enthält, gefährden.

Gegen die erheblich verbilligten Importe läuft auch die Gewerkschaft der United Steelworkers Sturm, die den Verlust von 3000 Arbeitsplätzen befürchtet. Um das Geschäft mit der British Steel Corp. abzubrechen, hat die amerikanische Bethlehem Steel Corp. mit einer Einfuhrbeschwerde gedroht, weil das englische Halbzeug

nach ihrer Überzeugung subventioniert und die Lieferungen damit gegen das Gesetz, das unfaire Handelspraktiken untersagt, verstößt.

Laut Olmer erwägt die Administration zwei Eingriffsmöglichkeiten: Einmal kann sie nach Absprache mit Brüssel die britischen Brammen in die Quotenregelung einbeziehen, die jetzt zehn Produkte umfaßt. Zum anderen würden, wenn sich der Subventionsverdacht bestätigt, Ausgleichszölle die Lieferung, weil unwirtschaftlich, stoppen. Nach Berechnungen des Ministeriums verdoppeln sich nahezu die US-Stahlbezüge aus Westeuropa, gemessen am 83er Niveau.

Nach den Plänen der U.S. Steel würde British Steel in die Fairless Werke außerhalb von Philadelphia, wo die Brammen weiterverarbeitet werden sollen, 150 bis 600 Millionen Dollar investieren.

JAPAN / US-Kritik an Industriepolitik

„Ausländer benachteiligt“

FRED DE LA TROBE, Tokio
Meinungsverschiedenheiten zwischen USA und Japan über Industriepolitik ließen sich auf einer zweitägigen Konferenz in Tokio nicht überbrücken. Die Amerikaner stellten vor allem die Zielgebungen und Hilfestellungen der Japaner für bestimmte, mit überdurchschnittlichen Wachstumschancen bedachten Zukunftsindustrien sowie die finanzielle und steuerliche Bevorzugung solcher Branchen sowie auch notleidender Industrien in Frage.

Die Differenzen beider Länder über die Frage der japanischen Industriepolitik hatten sich im Laufe dieses Jahres zu einem der Hauptstreitpunkte im chronischen Handelskonflikt zwischen Tokio und Washington herauskristallisiert. Die Delegation aus den USA wurde von Staatssekretär Michael B. Smith aus dem amerikanischen Handelsministerium und die japanische Abordnung von Staatssekretär Kunio Komatsu aus dem Industrie- und Handelsministerium (MITI) geleitet.

Die japanische Delegation verteidigte die Politik des MITI mit dem Argument, daß sie nur indirekt und risikominierend wirke. Außerdem gebe es in den Vereinigten Staaten eine ähnliche Politik, wie sie sich etwa bei dem Schutz für die Firma Chrysler oder bei Zollerhöhungen auf Motorrad-Importe gezeigt habe. Die japanischen Maßnahmen zur Sanierung notleidender Industriezweige stehe im Einklang mit den von der OECD gebilligten Schritten.

Die amerikanische Kritik richtet sich auch gegen Subventionen für forderungswürdige Branchen und Protektion gegen ausländische Konkurrenz, um die Wettbewerbsstärke der Wirtschaft zu erhöhen. Durch administrative Hemmnisse würden etwa ausländische Unternehmen in Japan behindert, um inländischen Firmen Zeit zu geben, die Wettbewerbsvorteile der Ausländer auszugleichen.

Von den Amerikanern angeführte Beispiele für die ausländische Konkurrenz benachteiligende Industriepolitik sind etwa die mit Regierungsmitteln begründete japanische Computergesellschaft oder das 1980 benannte dreijährige Projekt für sehr große integrierte Schaltkreise. Die Computergesellschaft leiht Geräte zu Preisen an japanische Firmen aus, die niedriger als die am Markt sind und kauft von japanischen Unternehmen auch veraltete Apparate auf, die sie dann an Kleinbetriebe weitergibt. Unter dem Projekt für integrierte Schaltkreise wurde ein Pool zwischen Regierung, Industrie, Elektronikfirmen und akademischer Forschung gebildet, der wesentlichen Anteil an der Herstellung der wettbewerbsstarke 64-K und der 256-K-Ram-Chips hatte.

ITALIEN / In einem Finanzgesetz soll Haushaltsstabilisierung abgesteckt werden

Hauptansatzpunkt ist der Sozialetat

GÜNTHER DEPAS, Mailand

Die italienische Regierung wird das Finanzgesetz für 1984 dem Parlament fristgerecht am 30. September vorlegen. Ins Finanzgesetz werden alle Maßnahmen Eingang finden, mit denen die Regierung den Haushalt zu stabilisieren und Mittel für die Investitions- und Beschäftigungspolitik frei zu machen beabsichtigt. Hauptansatzpunkt werden die Eats der Sozialversicherung und des staatlichen Gesundheitsdienstes sein, die allein etwa ein Drittel des Staatsdefizits ausmachen. Geplant ist unter anderem eine Verlängerung des Rentenalters von heute 60 auf 65 (Frauen 60 Jahre) stufenweise in zehn Jahren beginnend mit 1984 sowie der Wegfall des Kindergeldes bei den höheren Einkommen. Als Preis für den gewerkschaftlichen Konsens ist die Regierung dafür bereit, die Renten an die gleitende Lohnskala zu binden. Schon in der vergangenen Woche hatte die Regierung mit einer ersten Teilreform des Sozial- und Gesundheitswesens begonnen, in dem per

Erlaß schärfere ärztliche Kontrollen bei Krankheit und ein Limit für Invaliditätsrenten eingeführt wurden.

Wie der sozialistische Arbeitsminister Gianni De Michelis erklärte, ist nicht daran gedacht, die Erwerbslosen zu reduzieren, die in den letzten 15 Jahren aufgebauten Wohlfahrtsstaat abzubauen. Die Regierung wolle vielmehr die Leistungen verstärken auf diejenigen konzentrieren, die wirklich bedürftig sind.

Zusätzliche Einnahme will die Regierung durch die für 1984 geplante neue Erhöhung der Eisenbahn-, Post- und Telefongebühren sowie die Einführung neuer kommunaler Steuern unter anderem auf Immobilien erzielen. Außerdem ist eine Erhöhung der Kraftfahrzeugsteuer geplant. Auf der Ausgabe Seite sollen alle Mehrausgaben für den Staatshaushalt, die in den letzten Jahren als vertrieben erschienen, dafür will die Regierung beschneiden, die Fonds ausschöpfen, die für die Ex-

portförderung im Agrar- und Ernährungsbereich und im Tourismus zur Verfügung stehen. Keine Abstriche sind auch an dem Investitions- und Beschäftigungsfonds vorgesehen, den die Regierung 1984 mindestens ebenso hoch dotieren will wie im laufenden Jahr.

Insgesamt hofft die Regierung auf der Ausgabe Seite 5000 bis 6000 Milliarden Lire (3,35 bis 3,9 Milliarden Mark) einsparen zu können, während die Einnahmen um zusätzlich 7000 bis 8000 Milliarden Lire steigen sollen. Damit soll das tendenzielle Defizit, das ohne Eingriffe in den Haushalt im kommenden Jahr bei etwa 120 000 Milliarden Lire liegen würde, auf annähernd 105 000 Milliarden Lire sinken.

Im laufenden Jahr wird der Kassensollbetrag der öffentlichen Hand voraussichtlich 85 000 Milliarden Lire erreichen, wenn es gelingt, bis Jahresende das tendenzielle Defizit in den noch verbleibenden 3½ Monaten um 4000 Milliarden Lire zu senken.

OECD / Scharfer Wettbewerb im Tourismus

Beunruhigende Perspektiven

JOACHIM SCHAUFFUSS, Paris
Die Touristen der westlichen Industriestaaten werden immer anspruchsvoller, stellt die OECD fest. Demzufolge würden sich die Konkurrenzbedingungen im internationalen Reiseverkehr zunehmend verschärfen. Damit könnte es zu protektionistischen Maßnahmen kommen, welche die Freizügigkeit in Frage stellen. Das seien sehr „beunruhigende“ Perspektiven.

Das Tourismusjahr 1982 brachte nach den Feststellungen der OECD global allerdings wieder Zuwachsraten. Bei den Grenzüberschreitungen und Übernachtungen waren es 0,7 und 2,4 Prozent nach Rückgängen von 1,9 und 0,5 Prozent im Vorjahr. Den Deviseneinnahmen der OECD-Länder aus dem Fremdenverkehr von 67,7 Milliarden Dollar standen Ausgaben von 69,1 Milliarden Dollar gegenüber, was ein Defizit der Touristenbilanz von 1,4 Milliarden Dollar ergab nach 4,9 Milliarden Dollar 1980.

Inflationsbereinigt und unter Ausschluß der Wechselkurschwankungen waren die Einnahmen unverändert geblieben. Es verzeigten zwar mehr Personen ins Ausland und dies auch für längere Zeit. Aber sie gaben kaufkräftig weniger aus, stellt die OECD fest. Für Europa verblieb aber immer noch ein Einnahmehaus von 2 Prozent, dabei von 12,7 Prozent in Italien und 9,6 Prozent in Spanien und von 4,4 Prozent in Frankreich.

Die Vereinigten Staaten dagegen mußten einen Einnahmerückgang von 11 Prozent in Kauf nehmen. Der Grund: Wegen der Dollar-Hausse waren 1982 9,4 Prozent weniger Ausländer in die USA gereist, dabei 20 Prozent weniger Briten, 9 Prozent weniger Deutsche und 6 Prozent weniger Franzosen. Umgekehrt führten 4 Prozent mehr Amerikaner nach Europa und 13 Prozent mehr in die pazifischen OECD-Staaten (Japan, Australien, Neuseeland).

Der Flugverkehr über den Nordatlantik in beiden Richtungen, der sich an der Zahl der beförderten Passagiere gemessen, 1979 um 5,7 Prozent, 1980 um 1 Prozent und 1981 um 2,6 Prozent erhöht hatte, schrumpfte 1982 um 2,5 Prozent.

Zur ANUGA in Köln bereitet die WELT zwei Sonderveröffentlichungen vor:

ITALIENISCHE LEBENSMITTEL

Erscheinungstermin 13.10.83

FRANZÖSISCHE LEBENSMITTEL

Erscheinungstermin 14.10.83

Anzeigenschluß ist am 23.9.83
Sind Sie interessiert, hier zu inserieren? Gern informieren wir Sie über Einzelheiten.

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Anzeigenabteilung
Postfach 30 58 30 - 2000 Hamburg 36
Tel.: (0 40) 347-43 83, -41 28, -1
Telex: 217 001 777 asd

RENTENMARKT / Ausländer kaufen

Stimmung schlechter als die Lage

Händler kennzeichnen die Situation am Rentenmarkt zwar als frustrierend. Aber die Stimmung ist wohl schlechter als die Lage. Das Zinsniveau blieb einigermassen stabil, zumindest im Bereich der öffentlichen Anleihen. Immerhin konnte die Bundesbank in der vorigen Woche für gut 220 Mill. DM Bundesstil in den Markt geben. Die Nachfrage stammte vorwiegend von ausländi-

schen Anlegern, die übrigens auch Schuldverschreibungen des Bundes kaufen. Etwas weicher präsentiert sich der Markt der Pfandbriefe und Kommunalobligationen. Hier kommen neue Emissionen an den Markt, mit denen die Übernahme von Schuldverschreibungen finanziert wird, die von einigen Bundesländern angeboten wurden. D-Mark-Auslandsanleihen waren stabil.

Emissionen	18.9.83	9.9.83	30.12.82	30.12.81	30.12.80
Anleihen von Bund, Bahn und Post	7,96	7,95	7,45	10,05	9,30
Anleihen der Städte, Länder und Kommunalverbände	7,88	7,87	7,04	10,55	9,88
Sonderinstituten	8,10	8,10	7,61	10,26	9,43
Schuldverschreibungen der Industrie	8,32	8,32	8,24	11,52	8,35
Schuldverschreibungen öffentl.-rechtl. Kreditanstalten u. Körperschaften	8,08	8,09	7,65	10,12	9,37
Titel bis 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	7,81	7,81	7,43	10,50	9,70
Titel über 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	8,52	8,53	7,94	9,75	9,05
Inländische Emittenten insgesamt	8,08	8,08	7,63	10,19	9,41
DM-Auslandsanleihen	8,37	8,36	8,45	10,32	8,32

Leichter Anstieg der Inflationsrate

ft. London
Die Preissteigerungsrate in Großbritannien ist im August im Jahresvergleich leicht auf 4,6 Prozent gestiegen. Im Juli lag die Inflationsrate auf Jahresbasis noch bei 4,2 Prozent, nachdem sie sowohl im Mai als auch im Juni mit jeweils nur 3,7 Prozent das niedrigste Niveau seit März 1982 erreicht hatte. Im Durchschnitt erhöht sich die Einzelhandelspreise im August wieder nur um 0,4 Prozent (Juli 0,5, Juni 0,2 und Mai 0,4 Prozent). Der Anstieg der Inflationsrate war erwartungsgemäß, nachdem im August vergangenen Jahres der Index der Einzelhandelspreise unverändert geblieben war. In London geht man davon aus, daß die Inflationsrate von sechs Prozent am Ende dieses Jahres sogar unterschritten werden dürfte.

William J. Felner gestorben

William J. Felner, emeritierter Wirtschaftsprüfer der Yale-Universität, Träger des Großen Verdienstkreuzes und des Bernhard-Larms-Preises des Kleinen Weltwirtschaftsinstituts sowie korrespondierendes Mitglied der bayerischen Akademie der Wissenschaften, ist in Washington im Alter von 77 Jahren gestorben. Felner stammte aus Ungarn, studierte in Budapest, Zürich und Gené, wo er 1929 promovierte, und kam 1938 in die USA. In einem halben Dutzend Büchern hat sich Felner mit dem Wirtschaftsprüfungswesen auseinandergesetzt. Mit ihm hat einer der größten Nationalökonomiker der Washingtoner Bühne verlassen. Zurück bleibt sein enger Freund, der ältere Wirtschafts- und Außenhandels-theoretiker Gottfried Haberler. (Sbt.)

NAMEN

Hans-Adolf Barthelme, Vorsitzender der Geschäftsführung der Rank Xerox GmbH und früherer Vorstandsvorsitzender der Ford-Werke AG und der Glädeister AG, vollendet heute das 60. Lebensjahr.

Werner Kook, zur Zeit noch Geschäftsführer der Langnese-Iglo GmbH, wird am 1. Januar 1984 den Vorsitz der Geschäftsführung der Elida-Gibbs GmbH übernehmen. Seine Nachfolge wird voraussichtlich Johannes Kirsch antreten.

Dr. Hermann Wessels, bisher als Leiter Planung, Budgetierung und Finanzanalyse der Krankenkasse GmbH tätig, hat am 1. August die Leitung des Zentralbereichs Betriebswirtschaft der Cyklop International übernommen.

POLEN / Anfang 1984 werden die Preise um zehn bis 20 Prozent erhöht

Die Begründung: „Politik der Wahrheit“

AFP, Warschau
Die Polen werden sich darauf einrichten müssen, im kommenden Jahr den Gürtel noch enger zu schnallen. Landwirtschaftsminister Stanislaw Zieba kündigte an, daß 1984 die Preise um zehn bis 20 Prozent angehoben werden sollen. Einzelheiten über die vorgesehenen Preissteigerungen sind noch nicht bekannt. Der Minister erklärte lediglich, die lebenswichtigen Güter, hauptsächlich die Grundnahrungsmittel, würden nur geringfügig erhöht, dafür sollen jedoch Luxusgüter sehr stark im Preis ansteigen. Welche Produkte unter diese Kategorie fallen, wurde nicht mitgeteilt.

Die für 1984 vorgesehenen weiteren Preissteigerungen werden offiziell mit der Notwendigkeit einer „Politik der Preiswahrheit“ begründet. Minister Zieba betonte, die Verbraucher müßten sich darüber klar sein, daß die Preise von den Produktionskosten abhängen. Was die Nahrungsmittel angehe, so habe der Staat am 1. Juli die den Bauern gezahlten Preise für Agrarprodukte heraufgesetzt. „Gewisse Produkte werden noch künftig subventioniert. Die staatlichen Zuschüsse müßten sich jedoch in Grenzen halten, setzte der Minister hinzu. Mit den angekündigten neuen Preisaufschlägen wolle der polnische Staat die Bevölkerung zurückführen. Die amtliche polnische Presseagentur „PAP“ hatte letzte Woche unter Berufung auf Angaben des statistischen Zentralamtes bestätigt, daß die Lebenshaltungskosten ständig ansteigen. Im ersten Halbjahr 1983 erreichte die Preissteigerung 30 Prozent, nachdem sie im Gesamtjahr 1982 über 100 Prozent betragen hatte. Entsprechend fiel die Kaufkraft im Vergleich zum vergangenen Jahr zwischen zehn und 20 Prozent zurück. „PAP“ hatte zwar versichert, der durchschnittliche Kaufkraftverlust habe im ersten Halbjahr 1983 auf nationaler Ebene nur ein Prozent betragen, gleichzeitig jedoch hinzugesetzt, daß er für die Hälfte der Bevölkerung wesentlich höher ausfalle. Weil der Entwicklung bei den Preisen keine entsprechenden Erhöhungen der Löhne und Renten gegenüberstünden, sind weitere Teile des polnischen Volkes zunehmend auf dem Wege der Verarmung.

Die wirtschaftliche Entwicklung birgt zunehmend politischen und sozialen Zündstoff. Bereits in der Vergangenheit hatte der starke Rückgang der Kaufkraft der breiten Massen zu sozialen Explosionen geführt. Ein Teil der polnischen Führungsspitze scheint sich dieses Risikos bewußt zu sein. So erklärte das Mitglied des Zentralkomitees der kommunistischen Partei, Marian Kasprzyk, in einem Interview, „die Lage sei gefährlich, die Arbeiter erbittert“.

INDONESIEN / Geringeres Wachstum

Erdöleinnahmen schrumpfen

dpa/WVD, Jakarta
Die künftige Wirtschaftsentwicklung Indonesiens – das gegenwärtig infolge der einseitigen Abhängigkeit vom Export von Erdöl und Erdgas tief in der Rezession steckt – wird von der Weltbank längerfristig optimistisch beurteilt. Die Bank hält allerdings aufgrund der in Jakarta getroffenen Sparmaßnahmen deutlich geringere Wachstumsraten als bisher in den kommenden Jahren für unvermeidbar, rechnet aber nach Angaben von Fachleuten in Jakarta ab 1985 wieder mit einem Anstieg auf rund fünf Prozent.

Nach Meinung der Weltbank wird Indonesien weit besser abschneiden als die meisten Industrieländer, für die die Bank in der Phase wirtschaftlicher Wiederholung bis 1990 eine durchschnittliche jährliche Wachstumsrate von 3,5 Prozent errechnet hat.

Von einer Erholung in den Industrieländern kann Indonesien nach Auffassung der Weltbankexperten aber nur mittelfristig profitieren. Unbedingte Voraussetzung hierfür sei allerdings, daß der nicht vom Erdöl abhängige Teil der Wirtschaft reale Zuwachsraten von mindestens sechs Prozent erziele, um das rapide wachsende Arbeitskräftepotential zu absorbieren.

Die künftige Wirtschaftsentwicklung Indonesiens – das gegenwärtig infolge der einseitigen Abhängigkeit vom Export von Erdöl und Erdgas tief in der Rezession steckt – wird von der Weltbank längerfristig optimistisch beurteilt. Die Bank hält allerdings aufgrund der in Jakarta getroffenen Sparmaßnahmen deutlich geringere Wachstumsraten als bisher in den kommenden Jahren für unvermeidbar, rechnet aber nach Angaben von Fachleuten in Jakarta ab 1985 wieder mit einem Anstieg auf rund fünf Prozent.

Nach Meinung der Weltbank wird Indonesien weit besser abschneiden als die meisten Industrieländer, für die die Bank in der Phase wirtschaftlicher Wiederholung bis 1990 eine durchschnittliche jährliche Wachstumsrate von 3,5 Prozent errechnet hat.

HAMBURGISCHE LANDESBANK

Bekanntmachung

über die prospektfreie Zulassung zum Handel und zur amtlichen Notierung an der Hanseatischen Wertpapierbörse Hamburg von

1. weiteren DM 50 000 000,- Zinsanleihe: Zinslaufbeginn: Tilgung:	7½% Kommunal-Schuldverschreibungen Serie 201 – 263 201 – 1. Juni, erstmals am 1. Juni 1983 1. Mai 1983 (1. Kupon = 30 Zinstage) 1. Juni 1983 zum Nennwert
2. DM 100 000 000,- Tilgung:	8½% Kommunal-Schuldverschreibungen Serie 204 – 263 204 – 1. Juli, erstmals am 1. Juli 1984 1. Juli 1984 zum Nennwert
3. DM 60 000 000,- Tilgung:	8% Kommunal-Schuldverschreibungen Serie 205 – 263 205 – 1. August, erstmals am 1. August 1984 1. August 1984 zum Nennwert
4. DM 25 000 000,- Tilgung:	8½% Kommunal-Schuldverschreibungen Serie 206 – 263 206 – 1. September, erstmals am 1. September 1984 1. September 1984 zum Nennwert
5. DM 30 000 000,- Tilgung:	8½% Kommunal-Schuldverschreibungen Serie 207 – 263 207 – 1. September, erstmals am 1. September 1984 1. September 1984 zum Nennwert
6. DM 40 000 000,- Tilgung:	8½% Inhaberschuldverschreibungen Emission 104 – 264 104 – 1. September, erstmals am 1. September 1984 1. September 1984 zum Nennwert
7. DM 50 000 000,- Tilgung:	8½% Inhaberschuldverschreibungen Emission 107 – 264 107 – 1. September, erstmals am 1. September 1984 1. September 1984 zum Nennwert
8. DM 110 000 000,- Tilgung:	8½% Inhaberschuldverschreibungen Emission 108 – 264 108 – 1. September, erstmals am 1. September 1984 1. September 1984 zum Nennwert

Die Ausgabe der Emissionen wurde von dem Herrn Bundesminister der Finanzen im Einvernehmen mit der Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Landwirtschaft der Freien und Hansestadt Hamburg jeweils unter dem Geschäftszeichen VII A 2 W 2567 genehmigt. Gemäß § 40 Abs. 1 Satz 1 des Börsengesetzes hat die Zulassung der Hanseatischen Wertpapierbörse Hamburg mit Bescheid vom 25. August 1983 genehmigt, daß es für die Einführung der vorgenannten Emissionen zum Handel und zur amtlichen Notierung an der Hanseatischen Wertpapierbörse Hamburg der Einreichung eines Prospektes nicht bedarf. Die Zulassung der Wertpapiere zum Börsenhandel gilt damit als erfolgt.

Ausstattung
Die Kommunal-Schuldverschreibungen und Inhaberschuldverschreibungen sind jeweils in mehreren Sammelkunden verbrieft, die bei der Norddeutschen Kassenverein AG, Hamburg, hinterlegt sind. An diesen Sammelkunden sind die Erwerber der Emissionen entsprechend ihrem Guthaben auf Girokonten beteiligt. Rechte an den Sammelkunden können im Rahmen des Effektenverkehrs bei den Kommunal-Schuldverschreibungen in durch DM 100,- teilbaren Beträgen übertragen werden. Einzelkunden werden nicht ausgefertigt, so daß Auslieferungsansprüche während der gesamten Laufzeit nicht geltend gemacht werden können.

Zinszahlung, Tilgung und Kündigung
Die Zinsen für die Kommunal-Schuldverschreibungen und Inhaberschuldverschreibungen werden nachträglich zu den genannten Zinstermen gezahlt. Sie unterliegen der tarifmäßigen Besteuerung. Die Verzinsung endet bei den diese Bekanntmachung betreffenden Emissionen jeweils mit dem 30. des der Fälligkeit vorhergehenden Monats. Die Kommunal-Schuldverschreibungen und Inhaberschuldverschreibungen werden zu den jeweiligen Fälligkeitsterminen in einer Summe zum Nennwert zurückgezahlt. Sie sind unkündbar.

Besicherung
Die Kommunal-Schuldverschreibungen sind nach Maßgabe des Gesetzes über die Pfandbriefe und verwandter Schuldverschreibungen öffentlich-rechtlicher Kreditanstalten durch Deckungswerte gesichert. Über die Deckungswerte hinaus haftet die Hamburgische Landesbank – Girozentrale – mit ihrem Vermögen. Für die Verbindlichkeiten der Hamburgischen Landesbank – Girozentrale – haftet die Freie und Hansestadt Hamburg unbeschränkt.

Mündelsicherheit
Die Kommunal-Schuldverschreibungen und Inhaberschuldverschreibungen sind gem. § 1807 BGB mündelsicher.

Lombardfähigkeit
Die Kommunal-Schuldverschreibungen sind nach Börseneinführung bei den Landeszentralbanken lombardfähig.

Bekanntmachungen
Alle die Kommunal-Schuldverschreibungen und Inhaberschuldverschreibungen betreffenden Bekanntmachungen werden im Bundesanzeiger sowie in einem Pflichtblatt der Hanseatischen Wertpapierbörse Hamburg veröffentlicht.

Hamburg, im September 1983

HAMBURGISCHE LANDESBANK
-GIROZENTRALE-

Kosten und Termine kennen

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Kosten und Termine zu kennen, ist wichtig für Bauherren, Zunft- und Betriebsräte. Wir bieten an einer Hand: Ein- und mehrgeschossige Stahlrahmenkonstruktion auch als Erweiterung bestehender Gebäude. MK Dach, Lichtbänder, Türen, Kran, Förderanlagen...

Informationen anfordern:
Christman & Pfeiffer - Postf. 48
3548 Bröckelbach-Wiesbaden

Bei Nichtbeachtung eines Verzeichnisses des Verlags oder bei Verstoß gegen die Anzeigenvorschriften des Verlags werden keine Anzeigen gegen den Verlag angenommen. Die Anzeigen werden nur nach dem am 1. September 1983 gültigen Preiskatalog des Verlags angenommen. Die Anzeigen werden nur nach dem am 1. September 1983 gültigen Preiskatalog des Verlags angenommen.

Abdruckkosten: 1000 Bogen 2,00 DM, 2000 Bogen 3,50 DM, 3000 Bogen 4,50 DM, 4000 Bogen 5,50 DM, 5000 Bogen 6,50 DM, 6000 Bogen 7,50 DM, 7000 Bogen 8,50 DM, 8000 Bogen 9,50 DM, 9000 Bogen 10,50 DM, 10000 Bogen 11,50 DM, 11000 Bogen 12,50 DM, 12000 Bogen 13,50 DM, 13000 Bogen 14,50 DM, 14000 Bogen 15,50 DM, 15000 Bogen 16,50 DM, 16000 Bogen 17,50 DM, 17000 Bogen 18,50 DM, 18000 Bogen 19,50 DM, 19000 Bogen 20,50 DM, 20000 Bogen 21,50 DM, 21000 Bogen 22,50 DM, 22000 Bogen 23,50 DM, 23000 Bogen 24,50 DM, 24000 Bogen 25,50 DM, 25000 Bogen 26,50 DM, 26000 Bogen 27,50 DM, 27000 Bogen 28,50 DM, 28000 Bogen 29,50 DM, 29000 Bogen 30,50 DM, 30000 Bogen 31,50 DM, 31000 Bogen 32,50 DM, 32000 Bogen 33,50 DM, 33000 Bogen 34,50 DM, 34000 Bogen 35,50 DM, 35000 Bogen 36,50 DM, 36000 Bogen 37,50 DM, 37000 Bogen 38,50 DM, 38000 Bogen 39,50 DM, 39000 Bogen 40,50 DM, 40000 Bogen 41,50 DM, 41000 Bogen 42,50 DM, 42000 Bogen 43,50 DM, 43000 Bogen 44,50 DM, 44000 Bogen 45,50 DM, 45000 Bogen 46,50 DM, 46000 Bogen 47,50 DM, 47000 Bogen 48,50 DM, 48000 Bogen 49,50 DM, 49000 Bogen 50,50 DM, 50000 Bogen 51,50 DM, 51000 Bogen 52,50 DM, 52000 Bogen 53,50 DM, 53000 Bogen 54,50 DM, 54000 Bogen 55,50 DM, 55000 Bogen 56,50 DM, 56000 Bogen 57,50 DM, 57000 Bogen 58,50 DM, 58000 Bogen 59,50 DM, 59000 Bogen 60,50 DM, 60000 Bogen 61,50 DM, 61000 Bogen 62,50 DM, 62000 Bogen 63,50 DM, 63000 Bogen 64,50 DM, 64000 Bogen 65,50 DM, 65000 Bogen 66,50 DM, 66000 Bogen 67,50 DM, 67000 Bogen 68,50 DM, 68000 Bogen 69,50 DM, 69000 Bogen 70,50 DM, 70000 Bogen 71,50 DM, 71000 Bogen 72,50 DM, 72000 Bogen 73,50 DM, 73000 Bogen 74,50 DM, 74000 Bogen 75,50 DM, 75000 Bogen 76,50 DM, 76000 Bogen 77,50 DM, 77000 Bogen 78,50 DM, 78000 Bogen 79,50 DM, 79000 Bogen 80,50 DM, 80000 Bogen 81,50 DM, 81000 Bogen 82,50 DM, 82000 Bogen 83,50 DM, 83000 Bogen 84,50 DM, 84000 Bogen 85,50 DM, 85000 Bogen 86,50 DM, 86000 Bogen 87,50 DM, 87000 Bogen 88,50 DM, 88000 Bogen 89,50 DM, 89000 Bogen 90,50 DM, 90000 Bogen 91,50 DM, 91000 Bogen 92,50 DM, 92000 Bogen 93,50 DM, 93000 Bogen 94,50 DM, 94000 Bogen 95,50 DM, 95000 Bogen 96,50 DM, 96000 Bogen 97,50 DM, 97000 Bogen 98,50 DM, 98000 Bogen 99,50 DM, 99000 Bogen 100,50 DM, 100000 Bogen 101,50 DM, 101000 Bogen 102,50 DM, 102000 Bogen 103,50 DM, 103000 Bogen 104,50 DM, 104000 Bogen 105,50 DM, 105000 Bogen 106,50 DM, 106000 Bogen 107,50 DM, 107000 Bogen 108,50 DM, 108000 Bogen 109,50 DM, 109000 Bogen 110,50 DM, 110000 Bogen 111,50 DM, 111000 Bogen 112,50 DM, 112000 Bogen 113,50 DM, 113000 Bogen 114,50 DM, 114000 Bogen 115,50 DM, 115000 Bogen 116,50 DM, 116000 Bogen 117,50 DM, 117000 Bogen 118,50 DM, 118000 Bogen 119,50 DM, 119000 Bogen 120,50 DM, 120000 Bogen 121,50 DM, 121000 Bogen 122,50 DM, 122000 Bogen 123,50 DM, 123000 Bogen 124,50 DM, 124000 Bogen 125,50 DM, 125000 Bogen 126,50 DM, 126000 Bogen 127,50 DM, 127000 Bogen 128,50 DM, 128000 Bogen 129,50 DM, 129000 Bogen 130,50 DM, 130000 Bogen 131,50 DM, 131000 Bogen 132,50 DM, 132000 Bogen 133,50 DM, 133000 Bogen 134,50 DM, 134000 Bogen 135,50 DM, 135000 Bogen 136,50 DM, 136000 Bogen 137,50 DM, 137000 Bogen 138,50 DM, 138000 Bogen 139,50 DM, 139000 Bogen 140,50 DM, 140000 Bogen 141,50 DM, 141000 Bogen 142,50 DM, 142000 Bogen 143,50 DM, 143000 Bogen 144,50 DM, 144000 Bogen 145,50 DM, 145000 Bogen 146,50 DM, 146000 Bogen 147,50 DM, 147000 Bogen 148,50 DM, 148000 Bogen 149,50 DM, 149000 Bogen 150,50 DM, 150000 Bogen 151,50 DM, 151000 Bogen 152,50 DM, 152000 Bogen 153,50 DM, 153000 Bogen 154,50 DM, 154000 Bogen 155,50 DM, 155000 Bogen 156,50 DM, 156000 Bogen 157,50 DM, 157000 Bogen 158,50 DM, 158000 Bogen 159,50 DM, 159000 Bogen 160,50 DM, 160000 Bogen 161,50 DM, 161000 Bogen 162,50 DM, 162000 Bogen 163,50 DM, 163000 Bogen 164,50 DM, 164000 Bogen 165,50 DM, 165000 Bogen 166,50 DM, 166000 Bogen 167,50 DM, 167000 Bogen 168,50 DM, 168000 Bogen 169,50 DM, 169000 Bogen 170,50 DM, 170000 Bogen 171,50 DM, 171000 Bogen 172,50 DM, 172000 Bogen 173,50 DM, 173000 Bogen 174,50 DM, 174000 Bogen 175,50 DM, 175000 Bogen 176,50 DM, 176000 Bogen 177,50 DM, 177000 Bogen 178,50 DM, 178000 Bogen 179,50 DM, 179000 Bogen 180,50 DM, 180000 Bogen 181,50 DM, 181000 Bogen 182,50 DM, 182000 Bogen 183,50 DM, 183000 Bogen 184,50 DM, 184000 Bogen 185,50 DM, 185000 Bogen 186,50 DM, 186000 Bogen 187,50 DM, 187000 Bogen 188,50 DM, 188000 Bogen 189,50 DM, 189000 Bogen 190,50 DM, 190000 Bogen 191,50 DM, 191000 Bogen 192,50 DM, 192000 Bogen 193,50 DM, 193000 Bogen 194,50 DM, 194000 Bogen 195,50 DM, 195000 Bogen 196,50 DM, 196000 Bogen 197,50 DM, 197000 Bogen 198,50 DM, 198000 Bogen 199,50 DM, 199000 Bogen 200,50 DM, 200000 Bogen 201,50 DM, 201000 Bogen 202,50 DM, 202000 Bogen 203,50 DM, 203000 Bogen 204,50 DM, 204000 Bogen 205,50 DM, 205000 Bogen 206,50 DM, 206000 Bogen 207,50 DM, 207000 Bogen 208,50 DM, 208000 Bogen 209,50 DM, 209000 Bogen 210,50 DM, 210000 Bogen 211,50 DM, 211000 Bogen

BÜCHER DER WIRTSCHAFT

Bernad Bäster (Hrsg.): Business Transactions in Germany, Verlag G. H. Beck, München 1983, rund 3500 S., Loseblatt in 4 Ordnern, 965 Mark.

Es gibt kaum noch ein deutsches Großunternehmen, das nicht in den Vereinigten Staaten Fuß gefaßt hat und ebensowenig amerikanische Unternehmen, die nicht in Deutschland selbst oder durch eine Tochtergesellschaft vertreten sind. Angesichts der überragenden Bedeutung des Außenwirtschaftsrechts für die Bundesrepublik Deutschland erstaunt es, daß erst jetzt ein Handbuch des deutschen Wirtschaftsrechts in englischer Sprache vorgelegt wird. Immer häufiger werden Rechtsanwälte und Wirtschaftsjuristen mit multinationalen Geschäftsvorfällen konfrontiert. Daher ist es wichtig, ausländische Partner mit den Besonderheiten des deutschen Rechtssystems vertraut zu machen. Das vierbändige Kompendium hat sich diese Aufgabe zum Ziel gesetzt.

International erfahrene Wirtschaftsjuristen behandeln die wesentlichen Rechtsgebiete, die ausländische Unternehmen für ihre wirtschaftliche Betätigung in der Bundesrepublik benötigen. Die Beiträge informieren über das deutsche Rechts- und Verfassungssystem, das Zivilrecht mit dem Schwerpunkt auf dem Handelsrecht sowie über zahlreiche weitere Fragen zu wirtschaftsorientierten Rechtsmaterien. Das Werk wird ergänzt durch einen Textband mit englischen Übersetzungen wichtiger deutscher Gesetze.

Neben der Gegenüberstellung und Erläuterung der Besonderheiten des deutschen Rechts im Vergleich zum ausländischen, insbesondere angloamerikanischen Recht bietet das Handbuch einen reichhaltigen Fundus zweisprachiger Fachterminologie, der auch bei Verhandlungen und der Geschäftskorrespondenz hilfreich sein kann. Es ist beabsichtigt, das Loseblattwerk regelmäßig auf dem neuesten Stand zu halten und weitere Beiträge über relevante Wirtschaftsfragen hinzuzufügen.

Das sehr spezielle Werk wird sicherlich seine Abnehmer in großen Rechtsanwaltskanzleien mit internationaler Ausrichtung, Wirtschaftsprüfungsgesellschaften, Unternehmensberatungsgesellschaften mit internationaler Klientel sowie in der Bundesrepublik tätigen Tochtergesellschaften internationaler Konzerne finden. Es richtet sich aber auch an wissenschaftliche Institutionen, Wirtschaftsverbände, Industrie- und Handelskammern.

Wenngleich die Videospiele Kaufkraft „absaugen“, laufe das klassische Gesellschaftsspiel nicht schlecht. Bislang ist es dem Unter-

OTTO MAIER VERLAG / Einstieg bei Homecomputern, aber nicht bei Video

Bei Spielen Pluspunkte gesammelt

WERNER NETTZEL, Ravensburg
Sich für Unterhaltung und Bildung stark zu machen, Kreativität zu fördern und Anstöße zum Denken und Handeln zu liefern ist die Linie, der sich die Otto Maier Verlag GmbH, Ravensburg, die in diesem Jahr auf ein 100jähriges Bestehen zurückblickt, auch in der Zukunft verpflichtet fühlt. Wie die geschäftsführenden Gesellschafter Dorothee Hess-Maier und Otto Julius Maier in einem Gespräch hervorheben, kommt es diesem renommierten Buch- und führenden Spieleverlag in seiner Produktpolitik sehr auf gute Form und optische Darbietung an, man wolle einfach geschmacksbildend wirken.

Mit dieser Philosophie ist das Familienunternehmen bisher ganz gut auf den inzwischen immer heißer umkämpften Märkten gefahren. Der Umsatz bewege sich in beiden Sparten bislang auf Vorjahresniveau, eine leichte Steigerung werde für das ganze Jahr, dessen Hauptsaison noch bevorstehe, für möglich gehalten. Der konsolidierte Umsatz einschließlich der ausländischen Tochtergesellschaften, der in 1972 noch bei knapp 74 Mill. DM lag, hat sich innerhalb von zehn Jahren annähernd verdoppelt und erreichte in 1982 eine Größenordnung von 141 (139) Mill. DM.

Auf dem Sektor der Elektronikspiele verlagert sich Maier eher zurückhaltend, ist zuletzt auch deshalb, weil die Produktion verhältnismäßig hoher Entwicklungskosten kaum mit den möglichen Verkaufszahlen in Einklang bringen sei. Von den beiden Maier entwickelten Spie-

len „Galaxis“ und „Fantom“ wurden bisher weniger als 100 000 Stück abgesetzt. Reserviert zeigt sich Maier auch gegenüber den Videospielen herkömmlicher Art, denen man nur einen begrenzten Höhenflug zutraue. Anders ist offenbar die Einstellung zum Homecomputer. Bei ihm sei Interaktionsfähigkeit gefragt. Maier werde hier sicherlich Ideen zu realisieren versuchen.

Mit einem Marktanteil von etwa 40 Prozent unterstreicht Maier seine eindeutig führende Stellung im Bereich der Puzzles. Der große Boom, der sich hauptsächlich in der ersten Hälfte der siebziger Jahre abspielte, flache sich ab. Der Markt in der Bundesrepublik, auf dem sich rund 5 Anbieter tummeln, ist gekennzeichnet durch einen erbitterten Preiskampf. Durch Ermunterung zu sportlichen Puzzle-Mannschaftswettbewerben will Maier neues Interesse wecken. Über ein Drittel der Produktion von Spielen, Puzzles und Hobbyartikeln wird inzwischen über Tochtergesellschaften im europäischen Ausland abgesetzt. Auch in Japan will Maier Aktivitäten entfalten.

Ein wichtiges Bein Maiers ist der Buchverlag, der im vergangenen Jahr knapp 30 Mill. DM umsetzte. Gut die Hälfte davon entfällt auf das Jugendbuch. Darüber hinaus sind Sachbücher für Erwachsene und Taschenbuchprogramme für Kinder, Jugendliche und Freizeit im Sortiment.

landsorganisation aus, weitere Niederlassungen in London und Rotterdam kamen hinzu.

Während im Bremer Stammsitz überwiegend Stauerei für konventionelle Linienschiffe und die Containerhaltung betrieben wird, konzentrieren sich die Aktivitäten in Bremerhaven auf Serviceleistungen für Container- und Roro-Dienste bekannter Reedereien. Eine technische Abteilung zur Reparatur von Schiffen und Containern wurde geschaffen. An der Trave entstand 1974 die

W. WESSENDORF, Bremen
Die Firma Karl Geuther & Co., Bremen, eines der führenden Häuser der deutschen Seehafenwirtschaft, besteht seit 25 Jahren. Die weitverbreitete Gruppe mit 14 Niederlassungen im In- und Ausland beschäftigt 700 Mitarbeiter. Ihr Umsatz betrug im vergangenen Jahr über 500 Mill. DM; 50 Prozent davon bringt das Automobilgeschäft. „Wir haben 1982 rund 350 000 Wagen über den Nordatlantik und die Ostsee verschifft“, berichtet Inhaber Karl-Hilgard Geuther. Bis zu 6400 Autos in 14 Etagen werden pro Schiff heute nach Amerika transportiert. Zurück werden meist Düm-

GEUTHER / Autotransporte Hauptumsatzträger

Agent für viele Reedereien

Als vor 25 Jahren Karl Geuther & Co. gegründet und zuerst als Generalagent für die schwedische Wallenius Lines arbeitete, erfolgte der Autoumschlag noch in den stadtbremischen Häfen von Uferkranen. Karl-Hilgard Geuther und die Wallenius Lines wurden enge Partner. Wallenius baute Automobil-Spezialtransporter, und in den bremischen Häfen wuchsen stetig die Aufstellflächen, für die Autos unmittelbar an der Kaje hinter der Nordschleuse in Bremerhaven. Inzwischen ist die Geuther-Gruppe als Agent für mehr als 30 Schifffahrtlinien von und nach vielen Teilen der Welt tätig. Das Dienstleistungsangebot nahm ständig zu. 1960 wurde in Hamburg die erste Niederlassung eingerichtet. Zug um Zug baute Geuther & Co. dann die In-

landsorganisation aus, weitere Niederlassungen in London und Rotterdam kamen hinzu.

Während im Bremer Stammsitz überwiegend Stauerei für konventionelle Linienschiffe und die Containerhaltung betrieben wird, konzentrieren sich die Aktivitäten in Bremerhaven auf Serviceleistungen für Container- und Roro-Dienste bekannter Reedereien. Eine technische Abteilung zur Reparatur von Schiffen und Containern wurde geschaffen. An der Trave entstand 1974 die

Unterwegs zu
IBM?
Übernehmen im
novotel böblingen
Telefon (07031) 23071

Firma Auto-Umschlag Lübeck, spezialisiert für den Auto-Umschlag über die Ostsee.

Auch der Fährverkehr über den Kanal und im Mittelmeer wird betreut. Jüngster Firmensproß von rund 20 Gesellschaften der Gruppe ist die Übernahme der Hella Import und Export H. Klatte GmbH & Co., Bremerhaven. Sie wickelt den weltweiten Verkauf von zollfreien Lebens-, Genussmitteln und Waren für beispielsweise diplomatische Vertretungen ab. Ihr Umsatz beträgt 12 Mill. DM.

Eurovision Iveco: 32 von 2.000 LKV-Varianten. Für jede Last und Leistung.



Ganz gleich, was Sie transportieren: Ihre Ive-hutz und die Kommunalwirtschaft. Fahrgestelle für alle co-Partner haben das richtige Fahrzeug: 600 Grundmodell-underaufbauten. Iveco: Mit den wirtschaftlichen Motoren, le. Rund 2.000 Varianten. Von 2,8 bis 38 t GG. Iveco: Mo-ift- oder wassergekühlt. Mit den passenden Nutzlasten, derne LKW für den Fernverkehr und Verteilerverkehr.adständen und Lademaßen. In Deutschland unter dem Na-Schnellastwagen und Transporter für die Lieferung "freien Iveco-Magirus: Ein modernes Programm mit den Er-Haus". Großraumkabiner für Menschen und Material.hrungen und der vereinten Kraft Kombifahrzeuge für Arbeit und Freizeit. Kipper und All-n vier großen europäischen Nutz-radkipper für den Bau. Spezialfahrzeuge für den Brand-hrzeug-Herstellern dahinter.

IVECO
A world of transport.

ERGEBNISSE

Hamburg - Offenbach	6:0 (2:0)
Frankfurt - Bremen	0:0
München - Mannheim	6:0 (2:0)
Köln - Bochum	3:0 (2:0)
Uerdingen - Leverkusen	2:1 (0:1)
Dortmund - Bielefeld	1:0 (1:0)
K'laumen - Düsseldorf	5:2 (3:1)
Stuttgart - Gladbach	0:0
Nürnberg - Braunschweig	4:2 (2:1)

DIE SPIELE

Köln - Bochum 3:0 (2:0)
Köln: Schumacher - Strack - Hönnerbach, Steiner, Willmer - Zimmermann, Gleich (46. Hartmann), Haas (73. Schmidt), Alofs - Littbarski, Fischer. - Bochum: Zundick - Lameck - Gothe, Knüwe - Böninghausen, Weik, Schulz, Oswald - Benatelli (71. Pater), Kuntz, Schreier (87. Kühn), Schiedsrichter: Barnik (Schnefeld). - Tore: 1:0 Fischer (1.), 2:0 Fischer (42.), 3:0 Littbarski (73.). Zuschauer: 5000. - Gelbe Karten: Hönnerbach, Strack, Weik (4).

Stuttgart - Gladbach 0:0
Stuttgart: Roderer - Niedermayer - Buchwald, K.-H. Förster, B. Förster - Allgöwer, Müller (71. Reichert), Ohlicher (71. Kempe), Sigurvinsson - Kelsch, Corneliusson. - Gladbach: Sude - Bruns - Hannes, Harloven - Krauss, Frontzeck, Matthäus, Schäfer (87. Borowka), Bruns, Rahn - Mill (85. Crien), Lienen. - Schiedsrichter: Gächter (Schweiz). Zuschauer: 20.400. - Gelbe Karten: B. Förster (3), Kempe (3), Frontzeck (2).

Uerdingen - Leverkusen 2:1 (0:1)
Uerdingen: Volland - Herget - Brinkmann, van de Loo - Justus, Raschid, Funkel, Feiler (46. Hofmann), Sackewitz - Looijens, Gulich (71. Buttgerath). - Leverkusen: Vollborn - Bast - Saborowski, Posner - Hörster, Winkhofer (87. Vöge), Röber, Bittorf, Wojtowicz - Waas, Tscha. - Schiedsrichter: Schmidhuber (Ottobrunn). - Tore: 0:1 Waas (43.), 1:1 Hofmann (58.), 2:1 Funkel (62.). Zuschauer: 20.000. - Gelbe Karten: van de Loo (3), Brinkmann (2), Volland, Hörster.

Nürnberg - Braunschweig 4:2 (2:1)
Nürnberg: Kargus - Weyrich - Grahmmer, Reinhardt (16. Täuber), Habiger - Eder, Burgmüller, Heck (82. Brunner), Heidenreich - Abramczak, Trunk. - Braunschweig: Franke - Pahl - Bruns, Schön, Meißner, Hollmann (46. Zavisla), Lux (78. Geilger), Trippacher, Studziba - Kautz, Worm. - Schiedsrichter: Eschweiler (Euskirchen). - Tore: 1:0 Trunk (15.), 1:1 Studziba (20.), 2:1 Burgmüller (35.), 3:2 Trippacher (59.), 3:3 Heidenreich (53.), 4:2 Weyrich (83.). Zuschauer: 12.500. - Gelbe Karten: Worm, Schön.

K'laumen - Düsseldorf 5:2 (3:1)
K'laumen: Grüner - Briegel - Melzer, Wolf (46. Eilenfeldt) - Geye, Bongartz, Kitzmann, Brehme - Frowein, Nilsson, Alofs. - Düsseldorf: Kleff - Zewe - Lühr, Kucinski, Weik, Bockfeld, Bommer, Pach, Dunsend - Edvalsson, Wenzel (90. von Dieck). - Schiedsrichter: Correll (Happelbach). - Tore: 1:0 Brehme (11.), Foulelmeter (20.), 2:0 Bongartz (28.), 3:1 Bommer (78.), 4:1 Nilsson (41.), 5:1 Briegel (60.), 5:2 Alofs (72.), 5:3 Bockfeld (73.). Zuschauer: 13.522. - Gelbe Karte: Kucinski (2).

Frankfurt - Bremen 0:0
Frankfurt: Jürns - Berthold - Schreiml, Körbe, Falkenmayer - Krieb, Sievers (82. Fruck), Kroth, Traub - Borchers (58. Riech), Svensson. - Bremen: Kucharski - Pezzy - Okudera, Gruber, Otten - Sidka, Möhlmann, Schaaf - Reinders (29. Neubarth), Völler, Meier. - Schiedsrichter: Risse (Hattungen). - Zuschauer: 18.000. - Gelbe Karten: Krieb, Fruck, Völler, Gruber.

Hamburg - Offenbach 6:0 (3:0)
Hamburg: Stein - Jakobs (73. Hieronymus) - Kalt, Schröder - Hartwig, Rolf, Groß, Magath, Wehmeyer - Schatzschneider, Hansen. - Offenbach: Herr - Fransch, Kucharski, Kutzop (79. Hofmann) - Trapp, Höfer, Bein, Grünwald, Michelberger - Krause (80. Peukert), Sandner. - Schiedsrichter: Uhlig (Dortmund). - Tore: 1:0 Schröder (32.), 2:0 Hartwig (34.), 3:0 Schatzschneider (48.), 4:0 Schatzschneider (70.), 5:0 Rolf (77.), 6:0 Rolf (81.). Zuschauer: 14.800. - Gelbe Karte: Hartwig (2).

Dortmund - Bielefeld 1:0 (0:0)
Dortmund: Immel - Rüßmann - Strack, Koch - Loebe, Tenhagen, Kaser (46. Lusch), Zorc, Raducanu - Klotz, Dreßel. - Bielefeld: Kneib - Wohlers - Geils, Pohl - Dronia, Büscher, Pagelsdorf, Schrier (63. Ozaki), Schröder - Rautalinen, Grillemeier (55. Kühn). - Schiedsrichter: W. Walz (Willingen). - Tore: 1:0 Raducanu (45., Foulelmeter). - Zuschauer: 15.000. - Gelbe Karten: Tenhagen, Schrier (2), Geils.

München - Mannheim 6:0 (3:0)
München: Pfaff - Augenthaler - Dremmler, Grobe, Dürmberger - Lerby (78. Kraus), Pflüger, Nechtweil - Del'Haye, M. Rummenigge (89. Mathy), K.-H. Rummenigge. - Mannheim: Zimmermann - Seibert - Knapp, Dieckhöfer, Schlindwein - Hein, Schön, Quaiser - Oladotire (80. Böhm), Makani, Walter (70. Bauer). - Schiedsrichter: Wuttke (Dortmund). - Tore: 1:0 Dremmler (8.), 2:0 Del'Haye (10.), 3:0 M. Rummenigge (57.), 4:0 K.-H. Rummenigge (69.), 5:0 K.-H. Rummenigge (78.), 6:0 K.-H. Rummenigge (87., Foulelmeter). - Zuschauer: 32.000. - Gelbe Karte: Bauer.

VORSCHAU

Freitag, 23. 9., 20.00 Uhr
Offenbach - K'laumen (-) (-)
Düsseldorf - Dortmund (2:3)
Bremen - Hamburg (3:2)

Samstag, 24. 9., 15.30 Uhr
Braunschweig - Frankfurt (1:0)
Bielefeld - Uerdingen (-) (-)
Leverkusen - Stuttgart (0:3)
M'gladbach - Köln (1:4)
Mannheim - Nürnberg (-) (-)
Bochum - München (0:0)

In Klammern die Ergebnisse der letzten Saison

FUSSBALL/Das gemeinsame Debakel der beiden Aufsteiger Offenbach und Mannheim - 0:6 in Hamburg und München

Schlappner flucht: „Wer hat die meisten Bayern-Autogramme?“

MARTIN HÄGELE, Bonn
Früher hätte Klaus Schlappner (43) an einem Abend wie diesem zum Telefon gegriffen und die Nummer seines Freundes Lothar Buchmann (47) gewählt. Oder umgekehrt. Buchmann hätte bei seinem einstigen Assistenten angeklingelt. Wahrscheinlich hätten sich schon am späten Nachmittag Irene Schlappner und Erika Buchmann über die beruflichen Nachschüsse ihrer Ehegatten hinweggetröstet.

0:6 hatten die Bundesligaaufsteiger Waldhof Mannheim bei Bayern München und Kickers Offenbach beim Hamburger SV verloren. Geradezu parallel hatten die beiden Neulinge von zwei Meisterschaftsaspiranten den Hintern versohlt bekommen. „Immer, wenn es bei uns geklingelt hat, ist postwendend ein Tor gegen Offenbach gefallen.“ Das waren Irene Schlappners Erlebnisse am Samstag vor dem Radiograt. Sie hat sich dann ihre Gedanken gemacht, was in ihrem Mann wohl vorgehe und wie verärgert er nach Hause komme. Sie hat sich entschlossen, ihn mit einem

Kuß, einem freundlichen Gesicht und einem Gläschen Wein zu empfangen.

Aber bei der Leidensgenossin hat sie nicht angerufen. Die Freundschaft zwischen den Familien Schlappner und Buchmann ist gestorben. Weil Schlappner es gewagt hatte, beim Triumph über seinen einstigen Chef Buchmann einen Zylinder auf sein Haupt zu setzen. Diese Geste vor gut einem halben Jahr beim Mannheimer Sieg über Offenbach, der damals in der zweiten Liga die Weichen in der Meisterschaft zugunsten Schlappners und Waldhofs gestellt hatte, hat Buchmann nicht verstanden.

Das Thema ist für beide tabu. „Ich bedauere es, daß wir Aufsteiger gerade jetzt den stärksten Mannschaften vor die Flinte laufen sind. Da kann ich mit jedem mitfühlen“, sagt Klaus Schlappner.

Für Lothar Buchmann ist es ein Zufall, daß die Geschichte mit den sechs Toren am gleichen Tag passiert. „Aber vielleicht trifft die Waldhofer ein solcher Schlag doch härter,

weil sie euphorischer in die Bundesliga gegangen sind und nicht an diese Probleme gedacht haben.“

Zwischen Aufsteiger und Aufsteiger gibt es Unterschiede. Auch in der Art und Weise, wie beide Trainer die gemeinsame Niederlage bewältigen wollen. Gemeinsamkeiten gibt es. Die verbalen Hiebe, die den Neulingen im „Aktuellen Sportstudio“ des ZDF verabreicht wurden, klangen wie aus einem Mund.

Reporter Günther-ster Ploog: „Zwischen dem FC Bayern München und Waldhof Mannheim lagen Welten. Die Schlappner-Schützlinge wirkten hilflos, in der Mannheimer Abwehr ging es chaotisch zu, sie war überhaupt nicht vorhanden. Nichts war zu sehen von Waldhofs Spielkultur, nicht einmal Härte.“

Reporter Rolf Toppwies: „Der HSV mußte nicht viel mehr als ein Trainingsprogramm ausführen. Der Offenbacher FC war eine Zumutung, schon berufsschädigend für die Bundesliga.“

Einen Teil seines Ärgers hat Klaus Schlappner kurz vor Mitternacht mit

einem guten Tropfen Wein heruntergespült. Und dem Argument seiner Frau („Lieber verlierst du einmal 0:6, als dreimal 0:2“) konnte er sich auch nicht verschließen. Schlappner: „Schon da war der erste Druck weg. Ich habe auch gut geschlafen.“

Den restlichen Zorn hat er sich dann am Sonntagvormittag vom Hals geredet. Und keiner der Mannheimer Spieler hat über die Sprüche gelacht, mit denen der wortgewaltige Trainer die Sitzung eröffnete. „Ihr braucht euch nicht an der Brust eurer Mäddchen auszuheulen, das regeln wir hier unter Männern.“ Und: „Wer von euch hat eigentlich die meisten Bayern-Autogramme mitgebracht?“

Aus lauter Respekt vor Rummenigge und Kollegen hatten einige Mannheimer Spieler vergessen, daß sie eigentlich zum Fußballspielen nach München gefahren waren. „Sie gucken und staunen nur“, sagte Schlappner. Die versäumte Laufarbeit hat er gestern morgen nachholen lassen. Um 12 Uhr waren sämtliche Leveten gelesen, war die Lektion abgetaktet. „Wir müssen nach vorn blick-

ken aufs nächste Spiel gegen den 1. FC Nürnberg.“ Das Schlimmste, was ihnen jetzt passieren könnte, wäre, als dreimal 0:2“) konnte er sich auch nicht verschließen. Schlappner: „Schon da war der erste Druck weg. Ich habe auch gut geschlafen.“

Auch Buchmann hat gut geschlafen. „Vor fünf, sechs Jahren hätte ich in einer solchen Nacht kein Auge zugetan“, gibt er zu. Seine Frau habe ihn auch nicht trösten müssen. Buchmann: „Meinen Job habe ich mir doch ausgesucht.“

Der Offenbacher Trainer war den ganzen Sonntag auf Achse. Er überreichte einen Fokal beim Behinderungs-Sportfest, beobachtete am Nachmittag die Amateursmannschaft der Offenbacher. Und dabei hat er sich immer wieder Gedanken gemacht,

„wie verkaufe ich meiner geknickten Mannschaft nun Selbstvertrauen?“ Zusammenstehen kann er sie nicht. Am Freitag kommt der 1. FC Kaiserslautern auf den Bieberer Berg. „Jetzt draufhauen wäre das Dummste“, meint Buchmann. Er will mit seinen Leuten Dinge üben, die sie ohnehin gut beherrschen. Damit möglichst schnell der Glaube an die eigene Stärke wieder wächst.

Nur eines wird er ihnen ganz hart an den Kopf werfen. Buchmann: „Beim HSV grüßte Felix Magath in der 90. Minute einen Ball von der eigenen Torlinie. Der kranke Groh rennt wie ein Verrückter, und Schatzschneider läßt sich spritzen, um durchzuhalten. Aber wir verfallen bei der kleinsten Verletzung schon in Selbstmitleid.“

Zwei Aufsteiger haben am siebten Spieltag gleichzeitig gelernt, wie groß der Abstand zur Spitze ist. Nun können sie auch gleichzeitig und gemeinsam darüber nachgrübeln, warum gerade der dritte Aufsteiger mit der Spitze mithält. Oder kommt bei Uerdingen diese Erfahrung nur etwas später?



Spiel der Hände im Fußball: Norbert Brinkmann verhindert mit der Faust, daß Herbert Waas mit dem Kopf an den Ball kommt - Übrigens vom Schiedsrichter unbemerkt. Und Littbarski scheinen vier Arme zu wachsen - wo doch vier Füsse in seiner Formierung wirkungsvoller wären. FOTOS: GEBEL/SIMON

Schatzschneider nörgelt am frischen Ruhm von Herbert Waas herum: „Da gibt es zuviel Wind“

Von HEINZ STUMM

Dieter Schatzschneider (25) verbrachte gestern einen schmerzlichen Sonntag. „Ich fühle mich wie 80“, stöhnte er am Telefon. Schon in der Nacht habe er wieder den Knöchel gespürt, gegen den ihn am Dienstag der Leverkusener Vorstopper Jürgen Gelsdorf (30) mit Wucht getreten hatte. Dem HSV zuleibe, so Schatzschneider, sei er das Risiko eingegangen, sich zwei schmerzbedäufende Spritzen geben zu lassen. „Sonst hätte der Hoppel ja überhaupt keine Sturmspitze gehabt.“ Ergebnis: Schatzschneider erzielt zwei Tore beim 6:0 gegen Offenbach. In sechs Spielen hatte er nun sechsmal getroffen.

Mehr Rücksicht auf die Gesundheit eines Spielers nahm Kölns Trainer Johannes Löhr (41), der auf den exzellenten Verteidiger Dieter Prestin (26) verzichtete, weil er ihm eine schmerzstillende Injektion ersparen wollte. Prestin hatte eine Woche zuvor in Ludwigshafen gegen Waldhof Mannheim eine Mittelfußfraktur erlitten, der sich eine Knochentzündung anschloß.

Zurück zu Schatzschneider: Der frühere Hannoveraner ist eifrig bemüht, am frischen Lorbeer des Leverkusener Jungstars Herbert Waas (20) zu zupfen. „Um den wird doch viel zu viel Wind gemacht, was wäre Waas ohne Tscha. Tscha ist der Stürmer, der Leverkusens so gefährlich macht, und von dem Waas vor allem lebt.“ Indirekt kritisierte Schatzschneider damit die Politik des HSV-Managers Günter Netzer (39), der es ablehnte, den Südkoreaner zu verpflichten und sich lieber das Problemkind Wolfram Wuttke (20) - zur Zeit wegen Spuckens gesperrt - an die Alster holte.

Waas und Tscha waren beim Spiel der Werksmannschaften Uerdingen und Leverkusens in Krefeld wesentlich harmloser als vier Tage zuvor beim 2:0-Sieg über den FC in Leverkusen. Timo Konietzka (43), Trainer des schlagzeilenproduzierenden Aufsteigers Uerdingen, berichtete, wie er die Wirkung der beiden Stars einschätzte: „Ich habe dem Brinkmann gesagt, er solle den Waas hautnah decken und van der Loo gesagt, er solle Tscha nicht aus den Augen lassen. Außerdem habe ich darauf hingewiesen, daß die beiden ihre Tore zu Hause machen und dabei sich nicht belästigen.“

Danach fragte, ob er nicht ein wenig einen Einbruch à la Offenbach oder Mannheim fürchte, sagte Konietzka: „Ich glaube nicht, daß wir so

etwas erleben werden.“ Die Betonung liegt auf „glaube“. Denn für den Westfalen, der hofft, bald einen Schweizer Paß zu haben, ist der Spruch „Glaube versetzt Berge“ kein plattes Binsenwort, sondern Rezept gegen Bänglichkeit und verzagtes Auftreten.

„Als ich nach Uerdingen kam, sagte man mir, den Jungen fehlt das Selbstvertrauen. Deshalb bin ich drangegangen, ihnen die Angst vor der Konkurrenz zu nehmen.“ Wie er das macht? „Nun, ich bin ein positiver Mensch, schaue immer nach vorn und hämmere den Spielern unentwegt ein, daß sie nach vorn und aggressiv spielen müssen. Und das tun sie.“

Auch gegen die Mannschaft seines Lehrers Detmar Cramer (37) klappte das Konzept. Cramer bringt Konietzka übrigens gewaltigen Re-

chums Vereinspräsident Ottokar Wüst (52) sagte „mit ganzem Herzen hing“. Sie war am Samstag morgen gestorben. Als sie vorher wochenlang im Krankenhaus lag, fühlte sich ihr Enkel nicht in der Lage, an den Bundesligaspielen gegen Braunschweig und Mönchengladbach teilzunehmen. Und auch in Köln fürchtete Schatzschneider eine Absage. Doch als er vom Tod der Großmutter erfahren hatte - sie erzog den Jungen - hielt er es für angebracht, Benatelli zum Spiel zu überreden. „Ich habe dem Frank gesagt, Junge, es ist doch besser, wenn du jetzt mit uns zusammen bist, und dich ganz auf das Spiel konzentrierst. Das lenkt dich ab von deinem Schmerz.“ Gesagt, getan: Frank Benatelli gehörte in Köln zu den Besten seiner Mannschaft, die nur deshalb verlor, weil wir den Kölnern zwei Tore schenken und nicht mit der

Kölnen Fußball - so tief ist dieser Verein in seiner Stadt gefallen.

Weiland nützte die Stunden nach dem 3:0-Sieg über Bochum, um über die jüngste Vergangenheit seines Klubs zu plaudern. Dabei betonte er, daß er durchaus die Möglichkeit gesehen habe, Torwart Harald Schumacher (28) fristlos zu kündigen. Der Nationaltorwart hatte gesagt: „Wenn sich der Verein für die neue Saison nicht verstärkt, will ich meine Freigabe.“ Weiland: „Das war Nötigung.“

Sollten Schumacher und sein Freund, der CDU-Spitzenpolitiker Bernhard Wörms (53) indes annehmen, Weiland würde vor Ende seiner Amtszeit resignieren, so dürften sich die beiden irren. Weiland hat vor, bis 1985 am Ruder zu bleiben, weil ich den Verein und meine Kollegen nicht im Stich lassen kann.“

Schumacher selbst wehrte sich gegen einen Bericht, aus dem hervorgeht, er habe versucht, seinen Einsatz in Mannheim mit 50.000 Mark zu verkaufen. „Das ist ausgemachter Blödsinn.“ Schumacher beteuerte, er habe nur gesagt: „Lieber hätte ich 20.000 Mark Strafe hingekriegt, als die Sperre gegen Mannheim, denn dadurch ist meine schöne Serie (216 Bundesligaspiele in Folge) gerissen.“

In Frankfurt gab ein Amateur sein Bundesliga-Debüt, der gegen Werder Bremen nicht nur respektlos verteidigte, sondern anschließend auch respektlos ehemalige Eintracht-Stars angriff. „Seit Pezzy und Nickel nicht mehr bei der Eintracht sind, macht es mehr Spaß. Da kommen wir jungen Spieler zum Zuge und werden gleich in die Mitverantwortung genommen“, sprach Armin Kraatz (19) nach dem 0:0. Karl-Heinz Körbel (28) äußerte sich wohlwollend über die zwangsverfügte Frankfurter Mannschaft: „Es ist schon erfreulich, wie sich die Jungen ein- und durchsetzen. Ich habe nur Angst, daß ihnen einmal die Puste ausgehen wird, denn sie leben ja nur von der Kraft und ihrem Ehrgeiz.“ Körbel schaffte selbst mit 17 Jahren den Sprung in die erste Mannschaft.

Viel Pech hatte der ehemalige Nationalspieler Uwe Reinders (28) im Waldstadion. Er zog sich eine Bänderverletzung zu. Er war in ein Loch aus der Schürhülle gestiegen, das von einer Schürhülle ausgestellt im Waldstadion stammte. Bremens Präsident Franz Böhmer (46), von Haus aus Anatomist, beruhigte gestern Trainer Otto Rehagel (45) schon wieder: „Das ist schmerzhafter, als es aussieht. Am Freitag wird Reinders wieder spielen.“

Der siebte Spieltag: Ein Hat-Trick von Rummenigge

	Helm					Auswärts				
1. München	7	5	2	0	17:6	12:2	9:2	6:2	8:4	6:0
2. Hamburg	7	5	1	1	18:9	11:5	13:4	7:1	5:5	4:2
3. Uerdingen	7	5	1	1	20:12	11:5	13:6	8:0	7:6	3:3
4. Stuttgart	7	3	3	1	14:7	9:5	7:2	6:2	7:5	3:3
5. Gladbach	7	3	2	2	15:9	8:6	7:2	5:1	8:7	3:3
6. Bremen	7	3	2	2	9:7	8:6	8:2	6:0	1:5	2:6
7. Leverkusen	7	3	1	3	13:11	7:7	9:2	6:0	4:9	1:7
8. Köln	7	3	1	3	10:9	7:7	8:4	6:2	2:5	1:5
9. Kaiserslaut.	7	2	2	3	17:15	6:8	12:6	6:2	5:9	0:6
10. Nürnberg	7	3	0	4	13:13	6:8	12:6	6:2	1:7	0:8
11. Dortmund	7	2	2	3	10:14	6:8	4:6	4:4	6:8	2:4
12. Düsseldorf	7	2	2	3	10:14	6:8	4:6	4:2	4:10	2:6
13. Bielefeld	7	3	0	4	9:13	6:8	6:6	4:2	3:7	2:6
14. Frankfurt	7	1	3	3	11:13	5:9	7:4	5:3	4:9	0:6
15. Mannheim	7	1	3	3	9:17	5:9	7:5	4:2	2:12	1:7
16. Bochum	7	2	1	4	11:20	5:9	4:5	4:2	7:15	1:7
17. Braunschweig	7	2	0	5	11:17	4:10	7:5	4:2	0:12	0:8
18. Offenbach	7	2	0	5	8:19	4:10	8:7	4:2	0:12	0:8

Viele Tore, wenig Fans

Die Behauptung, viele Tore locken viele Zuschauer an, kann nicht stimmen. Nur 149.400 Zuschauer (Schmitt 16.600) sahen die neuen Spiele vom Samstag. Aber es fehlen - trotz zwei 0:0-Unentschieden - 32 Treffer. Insgesamt fehlen den Vereinen im Vergleich zum Vorjahr 130.065 Zuschauer. Aber es gab 47 Tore mehr als zum gleichen Zeitpunkt der Saison 1982/83, 3,55 Tore im Durchschnitt pro Spiel sprechen für den immer propagierten Offensivfußball. ● Der Leverkusener Herbert Waas hat die alleinige Führung in der Torschützenliste übernommen. Mit sieben Treffern führt er vor Burgmüller, Corneliusson, Funkel und Schatzschneider (alle 6). ● Lothar Weik vom VfL Bochum ist als zweiter Spieler nach Paulus (Offenbach) nach vier Verwarnungen automatisch für ein Spiel gesperrt. ● Es wird offensichtlich immer schwerer, auswärts zu gewinnen. Zum zweiten Mal in dieser Saison gab es keinen Auswärtssieg. Insgesamt bisher: 41 Heimspiele, 13 Unentschieden, nur neun Auswärtssiege. ● Karl-Heinz Rummenigge gelang ein Hat-Trick. Innerhalb von 16 Minuten erzielte er die letzten drei Treffer beim 6:0 über Mannheim. ● Klaus Fischer erzielte das 200. Tor der Saison - gegen den VfL Bochum, bereits nach 40 Sekunden. ● Andreas Brehme (Kaiserslautern) ist der älteste Elfmeterschütze der Saison. Gegen Düsseldorf verwandelte er bereits seinen vierten Strafstoß.

„Mehr Test als Show“

Das Abschiedsspiel für Gerd Müller (morgen, 20 Uhr) soll für die deutsche Auswahl nach den Worten von Bundestrainer Jupp Derwall „mehr Test als Show“ werden. Schon jetzt zeichnet sich ab, daß die Nationalmannschaft am 5. Oktober in Gelsenkirchen ohne Hansi Müller, Bernd Förster und Pierre Littbarski spielen wird. „Ihm fehlt vor allem Selbstkritik. Ich hole ihn nur dann wieder, wenn er über einen längeren Zeitraum beste Form und Fitness unter Beweis stellt.“ Dremmler wird in München für Bernd Förster spielen, Herbert Waas soll von Anfang an für Littbarski in die Mannschaft kommen. Derwall machte damit deutlich, daß er wenigstens eine Halbzeit lang die Mannschaft spielen lassen will, mit der er auch gegen Österreich antritt, wenn ihm die Spieler zur Verfügung stehen, die er jetzt aufbieten kann. Was dabei fraglich bleibt, ist der Einsatz von Uli Stielike. Für das Spiel in München sagte er erneut wegen eines nicht völlig ausgeheilten Muskelrisses ab.

So soll die deutsche Nationalmannschaft beginnen: Schumacher - Strack - Dremmler, K.-H. Förster, Briegel - Rolf, Schuster, Matthäus - Rummenigge, Völler, Waas. Gegner der Nationalmannschaft ist Bayern München, das mit Franz Beckenbauer antreten wird. Diego Maradona, den Müller verpflichten wollte, hat abgesagt.

Einstimmig gegen eine Verkürzung auf 16 Klubs

Die von vielen geforderte Verkürzung der Fußball-Bundesliga auf 16 Klubs ist unwahrscheinlich geworden. Dabei war für DFB-Präsident Hermann Neuberg die Sache schon so gut wie perfekt. Entsprechend fiel auch die Einladung zur Präsidenten-Tagung (morgen in München) aus. Da die Manager, so hieß es da lapidar, mit 17:1 Stimmen für eine Reduzierung gestimmt hätten. Dabei wurde aber lediglich eine Tendenz erkennbar, und zwar unter der Prämisse, daß allseits eine längere Winterpause gewünscht wurde. Die wiederum, so die Erkenntnis der Manager, sei nur mit 16 Klubs zu erreichen.

Mittlerweile jedoch, nachdem die Verkleinerung intensiver diskutiert wurde, hat sich der Wind völlig geändert. „Der Liga-Ausschuß hat einstimmig gegen eine Reduzierung gestimmt und wird eine entsprechende Empfehlung an die Präsidenten-Versammlung weitergeben“, erklärte der Bielefelder Klub-Chef Jörg auf der Heyde. Bei einer Umfrage des Sport-Informationen-Dienstes Düsseldorf (sid) äußerten sich nur noch fünf Vereine ohne jede Einschränkung für die 16er-

Liga: Bayern München, der HSV, Stuttgart, Frankfurt und Offenbach. Bochums Präsident Ottokar Wüst nennt das häufigste Argument für die Ablehnung: „Die Einnahmen aus den zwei Punktspielen, die uns fehlen würden, können wir nirgendwo wieder reinholen.“ Udo Sopp aus Kaiserslautern ergänzt: „Man sollte im Fußball so wenig wie möglich experimentieren.“ Bei solch eindeutigen Positionen wird auch der Münchner Willi O. Hoffmann mit Zahlen, die er in der letzten Stadion-Zeitung veröffentlichte, kaum für einen Umschwung sorgen. Hoffmann schrieb: „In den USA kommen auf 250 Millionen Einwohner etwa 20 Clubs im American Football. Der deutsche Fußball hat bei 60 Millionen Einwohnern 38 Profi-Vereine. Das ist zuviel. Am besten gingen wir auf 14 Klubs.“

Konsequenz für das Fortbestehen der 18er-Liga wäre die Beibehaltung des bisherigen Terminkalenders mit einer höchstens sechswöchigen Winterpause. Hermann Neuberg: „Wenn es keine Reduzierung gibt, soll nur ja keine mehr kommen und vom DFB eine lange Winterpause verlangen.“



Zahlen, Fakten, Hintergründe aus der Bundesliga

spekt entgegen, seit er ihn in jungen Jahren in die westdeutsche Auswahl geholt und anschließend bei Sepp Herberger für die Nationalmannschaft empfohlen hat. Konietzka erinnert sich gern an gemeinsame Zeiten mit dem nur 1,64 m großen Cramer: „Der war unheimlich stark am Kopfball-Pendel.“

Wie die meisten Bundesligatrainer tief Konietzka gestern, am Sonntag, seine Profs schon wieder zur Pflicht. Frei, so ließ er wissen, gebe er ihnen am Donnerstag, an einem Tag also, an dem die meisten seiner Kollegen die Spieler über den Platz jagen, bis ihnen die Knie wackeln. Für Konietzka sind das „Bildmänner“. Sein Erfolgsrezept: „Am Wochenanfang müssen die Spieler hart rangenommen werden, und je näher das Spiel rückt, desto weniger soll man sie belasten. Bis hat man nur, wenn man erholt und frisch ist.“

Bevor Rolf Schafstall (46) mit seinen Spielern am Samstag gegen 12.00 Uhr von Bochum mit dem Bus nach Köln fuhr, mußte er erst einmal einen seiner jungen Lizenzspieler „aufrehtes Beileid“ aussprechen. Frank Benatelli (19) werde über den Tod seiner Oma, an der er, wie Bo-

Handwritten signature or mark at the bottom right of the page.

ZWEITE LIGA / Schalkes erste Niederlage

Solingen: Krautzun kam, sah und siegte mit 4:0

dpa, Bonn

Das Wehklagen der Bundesliga über den schlechten Besuch findet in der 2. Fußball-Bundesliga bisher kein Echo. Die Bundesliga-Absteiger Schalke 04, Karlsruher SC und Hertha BSC füllen erwartungsgemäß bei den Konkurrenten die Kassen. In der vergangenen Spielzeit hatten insgesamt nur 1,8 Millionen Besucher Eintritt gezahlt, das waren 47 508 pro Spiel. An den ersten neun von 38 Spieltagen der laufenden Serie ist mit 872 300 Zuschauern bereits ein Drittel der Gesamtzahl von 1982/83 erschienen. 74 700 pro Durchgang stellen die Zuschauerzahlen bisher fast überall zufrieden.

Schalke 04 hatte auch diesmal - wie zuletzt vor zwei Jahren (1984/85) - mit 12 000 Zuschauern Rekordbesuch in Solingen gemacht. Drei Tage nach seiner Verpflichtung sorgte Japan-Heimkehrer Bekhard Krautzun als neuer Trainer mit einem 4:0 für den Schalke Sturz. Während es in der Solinger Führung mit Rücktritt am laufenden Band drunter und drüber geht, nahm die Mannschaft den bisher ungeschlagenen haushohen Favoriten regelrecht auseinander. "Wir haben so schlecht gespielt wie seit Monaten nicht mehr", klagte Schalkes Trainer Ferner, nachdem Torhüter Jungmans ein noch größeres Debakel verhindert hatte.

DIE ERGEBNISSE

Hannover - Oberhausen	1:1 (1:0)
Hertha - Saarbrücken	2:0 (2:0)
Solingen - Schalke	4:0 (2:0)
Karlsruhe - SCC Berlin	2:0 (0:0)
Freiburg - Stuttgart	2:1 (1:1)
Darmstadt - Ulm	4:3 (2:1)
Osnabrück - Kassel	1:0 (0:0)
Aachen - Köln	0:0
Duisburg - Lötzinghausen	4:1 (2:0)
Wattenscheid - Essen	2:1 (1:1)

DIE VORSCHAU

Freitag: Essen - Aachen; Samstag: Oberhausen - Duisburg; Lötzinghausen - Freiburg; SCC Berlin - Wattenscheid; Köln - Darmstadt; Kassel - Hertha; Saarbrücken - Hannover; Ulm - Solingen; Sonntag: Schalke - Osnabrück; Stuttgart - Karlsruhe.

DIE TABELLE

1. Karlsruhe	9	6	3	0	24:8	15:3
2. Hess. Kassel	9	6	1	2	25:11	13:5
3. Schalke	9	5	3	1	16:8	13:5
4. Freiburg	9	5	3	1	13:9	13:5
5. Hertha BSC	9	4	3	2	18:11	11:7
6. Aachen	9	3	5	1	9:9	11:7
7. Solingen	9	3	4	2	14:13	10:7
8. Duisburg	9	3	3	3	12:7	9:8
9. Darmstadt	9	3	3	3	13:17	9:9
10. Ulm 1846	9	2	4	3	16:17	8:10
11. Köln	9	2	4	3	17:19	8:10
12. Saarbrücken	9	2	4	3	9:15	8:10
13. Osnabrück	9	3	2	4	8:14	8:10
14. Hannover	9	1	5	3	9:14	7:11
15. Essen	9	2	2	5	8:13	6:10
16. Oberhausen	9	2	2	5	13:15	6:12
17. Stuttgart	9	1	4	4	10:16	6:12
18. Lötzinghausen	9	1	3	5	6:12	5:11
19. Wattenscheid	9	0	5	3	5:11	5:11
20. SSC Berlin	9	2	1	6	8:15	5:12

TURNEN / Letzte Qualifikation der Damen zur Weltmeisterschaft

Verwunderung über große Nervosität Bundestrainer: „Wir müssen zaubern“

M. RUHROTH/dpa/sid, Cappel

Fünf Wochen vor den Weltmeisterschaften in Budapest präsentierten sich die Kunstturnerinnen aus der Bundesrepublik Deutschland bei ihrer zweiten WM-Qualifikation in Cappel bei Marburg erstaunlich nervös. Zwei Absteiger am Barren und sogar elf am Schwebbalken - da wunderte sich sogar Erich Biendl aus München, der Vorsitzende des Trainerrates: "Ich begreife das nicht. Denn diese Mädchen sind sich doch im Grunde ihrer Sache sicher. Sie brauchen doch auch nicht um einen Platz in der Nationalmannschaft zu bangen."

Die Siegerin von Cappel, die 16-jährige Berlinerin Yvonne Haug, erzielte zwar nach Pflicht und Kür insgesamt 76,70 Punkte, doch auch sie patzte am Stufenbarren beim Deutscher-Salto. Vielleicht lassen sich vor allem die Absteiger am Schwebbalken so erklären: Die Übungen der deutschen Spitzturnerinnen sind überaus schwierig und kompliziert. Wenn sie ohne Fehler geturnt werden, dann kann man - wie im Falle der Wattenscheiderin Astrid Beckers - sogar damit rechnen, daß sie in Budapest bis ins Finale vordringt. In Cappel turnte Astrid Beckers, die vor acht Wochen beim Training am Barren die Mittelhand gebrochen hatte und erst seit zehn Tagen wieder trainiert, mit zwei Rücksalto 9,75 Punkte. Das alles wirkte zwar nicht allzu rhythmisch und auch nicht so elegant wie bei Yvonne Haug, doch die Wattenscheiderin befindet sich wieder auf dem Weg nach vorn.

"Siegerin des Tages", nannte Bundesturnwartin Ursula Hinz (Berlin) die 16-jährige Hannoveranerin Elke Heine. Fünf Wochen nach ihrer schweren Knieverletzung präsentierte sich die Hannoveranerin in Top-Form. Die hübscheste Turnerin der deutschen WM-Riege wurde Vierte und freute sich: "Ich habe keinerlei Schmerzen gehabt. Nun hat sich das harte Aufbautraining doch ausgezahlt."

Noch einmal zum Stichwort "Nervosität": Die Berlinerin Brigitta Lehmann, die nach ihrem Streit mit Bundesturnwartin Ursula Hinz im Leistungszentrum Hannover trainiert, lag nach der Pflicht an zweiter Stelle. Doch in der Kür gelang der erfahrenen Brigitta Lehmann fast nichts: Sowohl am Barren wie auch am Schwebbalken mußte sie vom Gerät, bei der Bodenübung wurde sie im wahrsten Sinne des Wortes neben der Musik.



Eleganz am Schwebbalken: Die deutsche Kunstturn-Meisterin Yvonne Haug aus Berlin. FOTO: U.

HANDBALL

Gummersbach: Geht eine Ära zu Ende?

sid, Kiel

Nichts scheint mehr zu gehen beim VfL Gummersbach. Nach dem 13:13 gegen TUSEM Essen, dem ersten Punktverlust in eigener Halle seit 38 Monaten und 49 Spielen, fiel der Handball-Europapokalsieger beim THW Kiel mit 14:17 auf den Bauch. 1:3 Punkte nach zwei Spielen, das ist ein Auftakt, wie es ihn seit Einführung der höchsten Handball-Klasse für Gummersbach noch nicht gegeben hat. "Dieser Verein wird seinen Titel nicht verteidigen. Ohne Weltklassemannschaft Erhard Wunderlich ist die Mannschaft nicht mehr zu großen Taten fähig", sagte Kiels Manager Heinz Jacobsen.

Der Schwarzmarkt blühte vor dem Schlagen der Karten wurden bis zu 200 Mark angeboten, statt 7000 wollten 15 000 den THW Kiel gegen Gummersbach sehen. Und der Vizemeister schlug den Europapokalsieger zum vierten Mal hintereinander in der Ostseehalle und ist nun seit Januar 1982 zu Hause unbesiegt.

13 oder 14 Tore sind zu wenig", sprach der neue Trainer Herbert Wittchen unverblümt die Gummersbacher Angriffsprobleme an. Der 20 Jahre alte Rüdiger Neitzel war auf der Wunderlich-Position mit fünf Toren der einzige Lichtblick, doch Wittchen sagt: "Rüdiger ist ein großes Talent, er braucht aber noch ein Jahr zum Durchbruch." Kiels Trainer Johan Ingi Gunnarsson hingegen lobte Neitzel: "Er war besser als Wunderlich im Vorjahr bei unserem 18:17-Sieg über Gummersbach. Er kann ein ganz Großer werden."

Groß in Form war TUSEM Essen in der ersten Halbzeit beim TV Großwallstadt. 6:2, 7:4, 10:9 bei Halbzeit, und noch einmal 11:10 führte der Gast in Eisenfeld. Dann hatten die Essener keine Chance mehr und verloren klar mit 13:21. "Ohne Psyche, Ausdauer, Konzentration und Beherrschung kann man nicht gewinnen", ärgerte sich Essens Trainer Peter Ivanescu über den krasen Leistungsabfall. Bundestrainer Simon Schobel lobte vor allem den Großwallstädter Uli Gnaul, der "mit dieser Leistung wieder ein Kandidat für die Nationalmannschaft ist".

BASKETBALL

Osnabrücks Fehlstart gegen Köln

dpa/sid, Osnabrück

Für Aufsteiger BC Giants Osnabrück hängen die Körbe in der Basketball-Bundesliga zu hoch. Nach sieben Jahren, in denen der Aufstieg von der Bezirksklasse bis in die Bundesliga geschafft wurde, gab es zum Saisonauftakt gegen Pokalsieger BSC Saturn Köln mit 62:81 (38:40) eine deftige Bauchlandung. "Meine Mannschaft ist es nicht gewohnt, gegen einen Gegner zu spielen, der 40 Minuten ununterbrochen Druck macht", sagte Osnabrücks Trainer Günther Hagedorn.

"Ich hatte mir die Giants stärker vorgestellt. Sie haben das Einzelspiel übertrieben. Da fehlte die menschliche Geschlossenheit", analysierte Kölns israelischer Coach Ralph Klein. Besonders der hochgelobte Amerikaner Arnette Halman (16 Punkte) verzettelte sich immer wieder in Einzelaktionen. Neben einigen spektakulären Szenen trug er wenig zum konstruktiven Spielbau bei. Lediglich Ex-Nationalspieler Rudi Klein, der auch Geschäftsführer des Vereins ist, überzeugte voll und erzielte 24 Punkte.

Vor den folgenden Auswärtsspielen beim DTV Charlottenburg Berlin und dem SSV Hagen sowie dem Gastspiel von ASC Göttingen sieht die Situation für Giants Osnabrück nicht rosig aus. Ein Bundesligastart mit 0:8 Punkten ist keine Utopie, zumal Junioren-Nationalspieler Christian Welp am Montag zurück in die USA fliegt.

Die deutschen Basketball-Damen verloren bei der Europameisterschaft in Budapest auch das letzte Spiel gegen Spanien mit 63:84 (38:38). Nach sechs Niederlagen in sieben Spielen belegte die deutsche Mannschaft den zwölften und damit den letzten Platz. In einer nur mäßigen Vorbereitung, deren bezeichnender Abschluss eine strapaziöse Busreise nach Ungarn bildete, ist wohl als Hauptgrund für die Pleite zu sehen. Bundestrainer Toni Di Leo hatte zuvor den achten Platz anvisiert, was auch realistisch war. Nach der unverhofften Pleite sagte der Bundestrainer: "Diese Mannschaft hat unter ihren Möglichkeiten gespielt."

SPORT-NACHRICHTEN

Dressur: Drittes Gold

München (sid) - Zum dritten Mal in Folge seit Einführung dieses Championats 1981 gewann die deutsche Equipe die Dressur-Europameisterschaft für Junge Reiter. Im Münchener Olympia-Stadion siegte das Quartett in der Besetzung Wiljo Klein (Orkrath) auf Admirals Cup, Heike Kemmer (Berlin) auf Lotus, Martina Betzler (Hilden) auf Koran und Gabi Wilcken (Curau) auf Amarillo mit 3816 Punkten überlegen vor Holland (3791) und Finnland (3613).

Prost bleibt bei Renault

Paris (sid) - Alain Prost (28), Spitzenreiter in der Gesamtwertung der Formel-1-Weltmeisterschaft, fährt auch in der nächsten Saison für Renault. Der Franzose unterschrieb einen Einjahresvertrag bei dem französischen Rennstall, für den er seit 1981 tätig ist.

Schiedsrichter gestorben

New York (dpa) - Sechs Tage nach seinem Unfall bei den Internationalen US-Tennis-Meisterschaften ist der 61 Jahre alte Schiedsrichter Dick Wertheim aus Lexington gestorben. Wertheim war beim Junioren-Endspiel von einem Ball des Schweden Stefan Edberg in der Leistengegend getroffen worden und hat mit dem Kopf auf den Boden geschlagen. Der Sturz hatte zu Gehirnbloodungen geführt.

Connors ausgeschieden

Irving (sid) - Fünf Tage nach seinem fünften Titelgewinn bei den US-Open in New York schied Jimmy Connors (USA) beim Grand-Prix-Turnier in Irving/Texas aus. Er unterlag seinem Landsmann Sandy Mayer im Viertelfinale mit 4:6, 5:7. Mayer verlor danach 1:6, 2:6 gegen Gomez (Ecuador).

Erfolg für Podlesch

Berlin (dpa) - Weltmeister Rainer Podlesch gewann ein Rennen der weltbesten Amateure. Der 38-jährige Berliner setzte sich in seiner Heimatstadt nach zwei Läufen über 30 und 40 Kilometer im Gesamtergebnis mit 27 Metern Vorsprung vor Vizeweltmeister Mathe Pronk aus Holland durch.

Verträge verlängert

Beseges (sid) - Die Radprofis Sean Kelly (Irland) und Joop Zoetemelk (Niederlande) haben die Verträge als Kapitäne bei ihren französischen Rennställen um ein weiteres Jahr verlängert. Während die Mannschaft Kellys als neuen Sponsor eine niederländische Bastmaterial-Firma gewonnen hat, wird Zoetemelks Team weiterhin von der französischen Firma "Mercier" unterstützt.

Golf: Langer Drifter

Saltash/England (dpa) - Trotz starker Schulter- und Rückenschmerzen

liegt Bernhard Langer bei dem mit 120 000 Dollar dotierten Golf-Turnier in Saltash auf Platz drei hinter den beiden gemeinsam mit 201 Schlägen führenden Briten David Faherty (68+68+64) und Paul Way (66+67+68). Langer benötigte bei Platzstandard 70 203 (69+68+66) Schläge.

Biathlon für Frauen

München (sid) - Die ersten Biathlon-Weltmeisterschaften für Frauen werden vom 27. Januar bis 4. März in Chamonix ausgetragen. Auch in den beiden noch nicht ins olympische Programm aufgenommenen Mannschafts-Wettbewerben im Skispringen (28. Februar in Engelberg/Schweiz) und in der Nordischen Kombination (17./18. März in Rovaniemi/Finnland) finden erstmals Weltmeisterschaften statt.

Neue Mannschaftsmeister

Rheine (sid) - Neue Titelträger gab es bei den deutschen Mannschaftsmeisterschaften im Trampolinturnen in Rheine durch den TV Dillenburg bei den Damen und TV Unterbach bei den Herren. Bei den Herren mußte sich Titelverteidiger TGJ Salzgitter mit dem zweiten Rang zufriedengeben.

Protest abgelehnt

Newport (sid) - Nach sechsstündiger Verhandlung hat die internationale Yacht-Renn-Vereinigung (IYRU) den Protest der "Australia II" beim Americas Cup in der amerikanischen Hafenstadt Newport abgelehnt. Aufgrund von Video-Aufzeichnungen kam die Regatta-Kommission zu dem Schluß, daß die von den Australiern angeführte "Beinahe-Kollision" während der zweiten Wettfahrt mit der amerikanischen Yacht "Liberty" nicht den Ausgang des Rennens beeinflusst hatte. Damit führen die Amerikaner mit zwei Tagessiegen.

Dennis Follows gestorben

London (sid) - Im Alter von 75 Jahren ist Sir Dennis Follows, der Präsident des Olympischen Komitees von Großbritannien, gestorben. Als Sekretär des englischen Fußball-Verbandes wurde Follows 1967 von Königin Elisabeth II. geadelt.

Sieben Weltcup-Termine

München (sid) - Nach der Einführung des Weltcups in der Nordischen Kombination steigt die Zahl der nordischen Weltcup-Veranstaltungen in diesem Winter in Deutschland auf sieben an. Es sind die Langläufe in Reit im Winkel, die beiden ersten Konkurrenzen der Vierschanzen-Tournee, die Nordischen Kombinationen in Schonach und Nesselwang, Biathlon in Ruhpolding und Skifliegen in Oberstdorf.

BOXEN

Sportwart Birkle und die Tricks

dpa, Lake Placid

In den USA bewährten die Regeln des Sportworts Heinz Birkle den Deutschen Amateur-Box-Verband (DABV) nach dem 11:13 im offiziellen Kampf am Mittwoch auch beim 10:14 am Samstag in der Eisbahn von Lake Placid vor einem Debakel. Birkle, der seit einigen Wochen der Technischen Kommission und Regelkommission des Weltverbandes (AIBA) angehört, kannte in Wilmington und Lake Placid allein die richtige Auslegung der neuen Regeln. Danach werden in der ersten Runde abgebrochene internationale Vergleiche unentschieden gewertet. Dadurch kam Hussing-Ersatz Peter Geier aus Kostheim im ersten Vergleich zu einem Remis. In Lake Placid wurde Geier von dem erst fünf Tage vor diesem Duell 17 Jahre alt gewordenen Amerikaner Mike Tyson in der ersten Runde zur Aufgabe gezwungen.

Auch Manfred Zielonka, der in den USA seinen besten Kampf seit seiner Bronzemedaille bei der Münchner WM lieferte, profitierte vom Regelwissen Birkles. Wegen einer Verletzung in der dritten Runde gestoppt, mußten die Punktrichter das bisherige Geschehen auswerten: Punktsieger Zielonka. In Lake Placid setzte Birkle das in den USA ansonsten unübliche Unentschieden durch. Davon profitierten Bogdan Maczuga in Bantam und Harald Künstler im Halbschwergewicht. Möglicherweise wären sonst beide Kämpfe verlorengegangen und die Gesamtniederlage höher ausgefallen.

Weil der DABV nur eine Verleihenheitsstaffel ohne die Olympiakandidaten Stefan Gertel, Ralf Rocchigiani und Peter Hussing in die USA schicken konnte, wurden zwei deklassierende Niederlagen befürchtet. Die USA stellten ihrerseits nur zweit- und drittklassige Boxer auf, weil ihre erste Garnitur zur gleichen Zeit gegen Kuba bei den Nordamerikanischen Meisterschaften in Houston antreten mußte.

Im Hinblick auf Olympia '84 war Sportwart Birkle mit dem vorolympischen Trip sehr zufrieden: "Unsere Kämpfer haben wichtige Erfahrungen gesammelt, vor allem auch gegen Gegner mit Kopfschutz." Ein Sonderlob in der DABV-Staffel verdienten außer Zielonka die Doppelsieger Alexander Künstler und Helmut Gertel im Welter sowie Markus Bött im Halbschwergewicht. Diese vier - dazu Stefan Gertel und ein von zuviel Arbeit befreiter Bauzeichner Hussing - sind erste Anwärter auf olympische Tickets.

Vitola-biferral: Ein Heizkessel macht von sich reden

Werschon den Motor seines 15 dauernd laufen und unnötig verbrauchen, nur um Kaltstart zu vermeiden Heizkessel aber müssen Öl verbrauchen - auch keine Wärme benötigt - weil sie auf Dauer keintarts vertragen.

Der is-Tiefemperaturkessel biferral mit Sparelektronik macht Schluß mit nötigen Energieverbrauch Heizungskeller. Dank seinischaligen Verbundheizbiferral - innen Guß, außen - kann der Vitola-biferral abschalten, wenn keine benötigt wird und jedelt starten. Entsprechend niedrig ist der jährliche Brennstoffverbrauch.

Die heiße Edelstahl-Brennkammer sorgt für saubere Verbrennung und hohen Wirkungsgrad.

Die biferralen Heizflächen sind ein entscheidender technischer Fortschritt für die neue Heizkesseltechnologie. Weil die Heizflächen zweischalig sind und der Wärmeübergang dosiert ist, nimmt die innere Schale eine höhere Temperatur als das Kesselwasser an. So wird der Kondensation der Verbrennungsgase an den Heizflächen entgegengewirkt. Eine Beschichtung - Emaillierung - der Heizflächen als Korrosionsschutz ist

überflüssig. Zweischalige Heizflächen sind robust und unempfindlich.

Mit den zweischaligen Heizflächen geht Viessmann auf Nummer Sicher. Denn ein hoher Jahresnutzungsgrad allein genügt nicht. Ebenso wichtig sind Betriebssicherheit und lange Lebensdauer.

Sprechen Sie mit Ihrer Heizungsfachfirma oder schreiben Sie uns. Wir informieren gern.

Viessmann Werke KG
Postfach 61
3559 Allendorf (Eder)

VIESSMANN

Pankraz, Enzensberger und die „Bild“-Zeitung

Man kann bekanntlich nicht zweimal in denselben Fluss baden. Hans Magnus Enzensberger hat es jetzt dennoch versucht, und er ist dabei buchstäblich auf dem Trocknen geblieben. In der letzten Ausgabe des „Merkur“ knüpft er an seine alten presekretischen Versuche an, die mittlerweile fast ein Vierteljahrhundert zurückliegen, und versucht noch einmal, gewisse Publikationen in Grund und Boden zu donnern. Statt des Neckernamens-Katalogs ist es diesmal der „Bild“-Katalog, und statt der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ ist es die „Bild“-Zeitung, die er in diesem Heft von einst völlig. Was Enzensberger abliebt, ist zahllos: Gutmütigkeit, die niemandem wehtut, allenfalls zur Steigerung des intellektuellen Frusts beiträgt.

Nahm sich der Kritiker früher einzelne Aufsätze oder Absätze her, um sie sprachanalytisch zu sezieren, so begnügt er sich heute damit, Sätze aus der „Bild“-Zeitung, die den unterschiedlichsten Beiträgen entstammen, wahllos aneinanderzureihen. Er verfertigt also mitleidige Textkollagen, und die Schlussfolgerungen, die er daraus zieht, formieren sich - durchaus unfreiwillig - zu einem machtvollen Lob für „Bild“, das selbst eingefleischte „Bild“-Leser wie Pankraz zu weit geht. So genial, wie Enzensberger sie zeichnet, sind die Kollegen von der Hamburger Fulgentiawiese denn doch nicht.

Natürlich hat er recht, wenn er konstatiert, daß „Bild“ über alle seine linken Kritiker triumphiert habe. Tatsächlich hat das Blatt seit der letzten Kampagne von Waltraff seine Auflage um fast eine Million gesteigert. Es stimmt auch, daß seine Leserschaft sich nicht nur mehr aus plebejischen und proletarischen Gruppen rekrutiert, sondern daß man der „Bild“-Zeitung inzwischen, ebensooft in den Interzügen, in den Lobbys der Luxushotels und in der ersten Klasse der Lufthansa-Flüge begegnet wie in Arbeiterkneipen und S-Bahn-Abteilen. Aber daraus zu folgern, den „Bild“-Redakteuren sei es gelungen, die anderswo „längst preisgegebene Utopie der Klassenlosen Gesellschaft“ einzulösen, ist reiner Kokolores. Es geht nicht um das Einlösen von Utopien, sondern um den Verkauf von Nachrichten. Wer kauft, gehört deshalb nicht automatisch zu „einer Gemeinde“. Enzensberger ist hier dem Image entgegen, das Zeitungen gern von sich selbst erzeugen.

Auch wenn er behauptet, das formale Modell der „Bild“-Zeitung sei „das Kunstwerk der Avantgarde“, kann Pankraz ihm nicht folgen. „Bild“ ist der alltäglich gewordene Bruch mit jeder tradierten Sprache und mit jeder tradierten Form“, schreibt H.M.E., „es ist Collage, Montage, Assemblage, ist das „objet trouvé“ und die „écriture automatique“, Bewußtseins- und Bewußtlosigkeitstrom. Poesie ohne Poesie, es ist die ästhetische Zerstörung der Ästhetischen, die Aufhebung der Kunst, die ästhetische Summa unserer Zivilisation...“

Angesichts dieser Sunda kann man Enzensberger nur dringlich raten:

ten, die Kirche doch endlich im Dorf zu lassen. Sicherlich, „Bild“ hat geschickte Layouter, aber es geht ihnen nicht im geringsten darum, mit Max Ernst oder Marcel Duchamps zu konkurrieren. Konkurrenz sind stattdessen die elektronischen Medien, die bei H.M.E. bezeichnenderweise überhaupt nicht vorkommen. Es sind die elektronischen Medien, die Sprache in Bilder verwandeln, die zum Symbolhunger und zur Lesenslust erziehen und den Zeitungen und Zeitschriften immer mehr das Wasser abgraben. Einzig „Bild“ und seine direkten Nachfahren ist es bisher halbwegs gelungen, ein Gegengewicht dagegen aufzurichten. Der Preis, der dafür entrichtet werden muß, sind äußerliche Kürze, große Lettern, Symbolfarben, stenosel Schnelligkeit beim Redigieren und Umbrechen. Von „écriture automatique“ nicht die geringste Spur.

Enzensbergers unfreiwilliges Lob der „Bild“-Zeitung mündet schließlich in der Behauptung, das Blatt sei Paradigma und Repräsentant der freien Presse insgesamt, und so, wie er es meint, hat er darin sogar recht. „Bild“ mache nur ungeniert, was die anderen Medien verschämt machen, nämlich der Aktualität hinterherzujagen und damit meistens „Null-Ereignisse“ zu kolportieren, keine Botschaften, sondern die pure Nichts, keine „Aufklärung“, sondern die pure Beliebigkeit.

In der Tat, darin besteht das Wesen der freien Presse, ob es dem selbsternannten Volkszerzeher Enzensberger nun paßt oder nicht: vom jeweiligen Tag und seinen Ereignissen zu berichten, unverstellt, ehrlich, pünktlich, präzise. Der Kommentar, die Meinung kommt erst in zweiter Linie, und die „Erziehung“ wird gänzlich den Oberlehrern überlassen. Eine freie Presse setzt den bereits erzeugten, mündigen Leser voraus, sie muß sich jedenfalls nicht an, schlauer und besser als ihre Leser zu sein, und sie enthält sich der Publikumsbeschimpfung, die bei H.M.E. so klingt: „Der Zynismus der Leser steht hinter dem der Macher nicht zurück.“

Über den Zynismus der Kritiker schweigt das Sängers Heflichkeit. Einst fanden sie Gefallen daran, über die Sensationslust der Presse herzuziehen, über die Gier nach der „unerhörten Zeitung“. Die Journalisten waren „Ausleger der Katastrophen und des Unglücks“. Enzensberger kommt jetzt von der anderen Seite, wirft den Journalisten vor, immer nur Null-Ereignisse zu bewegen. Ob aber Null-Ereignisse oder Katastrophen, das hängt eben davon ab, was wirklich passiert. Und die Qualität einer Zeitung zeigt sich nicht zuletzt darin, wie es ihr gelingt, eine lange Reihe schöner, katastrophenreicher Tage interessant und leserfreundlicher aufzubereiten. Die „Bild“-Zeitung, das sei neidlos anerkannt, hat es gerade darin zu großer Meisterschaft gebracht.

Pankraz

Die Jahrestagung des Kulturkreises im BDI '83 Preisregen in Hamburg

Der Kulturkreis im Bundesverband der Deutschen Industrie hat gestern bei seiner Jahrestagung in Hamburg die Preisräger 1983 verkündet. In diesem Jahr wurden rund 30 Künstler bedacht. Mit einem Jahresetat von rund einer Million Mark will der 1951 gegründete Kreis, die Kunst in der ganzen Vielfalt der kulturellen Landschaft Deutschlands fördern - so sagte der Vorsitzende, Berthold von Bohnen und Halbach. Seit seiner Gründung hat diese Vereinigung, zu deren fast 500 Mitglieder viele der bekanntesten deutschen Unternehmen zählen, einen Betrag von 20 Millionen für Preise, Förderungen und Arbeitsstipendien aufgewandt.

Die vier Literaturpreise in Höhe von je 10 000 Mark gingen an Wolfgang Held, auf dessen Engagement der Preis aufmerksam machen sollte und den - so betonte von Bohnen und Halbach - der Kulturkreis bestärken will, „den üblichen und meist auch erfolgreichen Strömungen der deutschen Gegenwartsliteratur standzuhalten“. Mit Peter Schneider soll ein Autor der Generation ausgezeichnet werden, „deren Jugend-, Studien- und Lehrjahre in die 60er Jahre fielen“. Joseph Zoderer hat mit seinen beiden Romanen „Das Glück beim Handewaschen“ und „Die Walsche“ nach den Worten von Bohnen und Halbach „nachhaltig auf die deutschsprachige Literatur Südtirols aufmerksam gemacht“, und mit Martin Grizmek will der Kulturkreis im BDI einen Schriftsteller „aus der vor-dersten Reihe junger deutscher Autoren“ ehren.

Im Bereich der bildenden Kunst erhielten sieben Maler Preise von je 8000 Mark, es sind Hans-Peter

Adamski, Volker Tannert und Troels Wörsel (alle Köln), Albert Ohlen und Hymn Sook Song, Hamburg, sowie Elisabeth Wagner aus Esslingen und Max Neumann aus Berlin. Die Arbeiten werden gegenwärtig in der Ausstellung „ars viva 83“ in der Hamburger Kunsthalle gezeigt (bis 25. September).

Auf dem Gebiet der Musik galt die Ausschreibung in diesem Jahr der Geige, nicht zuletzt weil große Orchester über Nachwuchsmangel bei der Besetzung dieses Instruments klagen führten, wie der Geschäftsführer des Kulturkreises, Bernhard Freiherr von Oeffelholz, betonte. Den ersten Preis erhielt Boris Schmitt, Wuppertal. Weitere Preise gingen an Helke Wittenberger, Dagmar Schwalke, Martin Dehning, Midori Goto-Schicht, Konstantin Stojanow und Christian Vastle. Außerdem wurden zehn Studienbeihilfen von je 1000 Mark vergeben.

HERBERT SCHÜTTE

Das neunte Kinderfilmfestival in Frankfurt

Die Kleinen jubeln, wenn es kracht

Dracula, der war lustig! Warum? Weil - der brauchte immer Blut! - „Der Alte ist so spannend, weil meistens jemand ermordet wird.“ - Zweitklässler nach einem Abend vor dem Heimkino. Zwei Drittel der Achtjährigen, so die Ergebnisse einer Untersuchung im Raum Aachen, kennen sich bei Derrick, im Tatort, in Denver, beim Alten aus. So etwas bestärkt die Phalanx der Geger des kindlichen Bildschirmsvergnügens, obwohl die Angebote im Vor- und Grundschulbereich mit den ZDF-Serien „Rappellkiste“, „Uhlenbusch“ und „Anderland“ zusehends an Niveau gewinnen.

Aber es gab und gibt auch noch andere, Filme, die vorgeben, künstlerisch zu arbeiten und statt dessen vorwiegend einer politisch-pädagogischen Strategie huldigen. Durch grobe Überspitzungen beklagenswerter Zustände sollen sie - heißt es - „Denkanstöße provozieren“. Aber ein Blick in die Runde der kindlichen Zuschauer, die laut jubeln, wenn der Rollstuhlfahrer in den „Vorstadtkrokodilen“ voll gegen die Wand prasselt, die nur da Enthusiasmus zeigen, wo es besonders brutal zugeht, lassen Zweifel an dieser Art von Urteilsfindung aufkommen. Das wurde jetzt beim 9. Kinderfilm-Festival in Frankfurt deutlich, das einen des Nachdenkens werten Einblick in die Kinderfilmproduktion der verschiedenen Länder bot.

In der Bundesrepublik Deutschland tun sich die Filmproduzenten noch immer mit diesem Genre schwer. Die Filmclubs, allen voran das 1977 in Renscheid etablierte Jugendfilmzentrum und der Förderverein Deutscher Kinderfilm, rackern sich ab, dem guten alten Kintopp ein neues Publikum zu gewinnen. Aber ohne Fernsehen und seine Mitfinanzierung geht kaum etwas. In der „DDR“ ist das anders - was die Produktionsbedingungen und die Inhalte betrifft. Das ließ sich aus Egon Schlegels Film „Die Schlüsse der Arche Noah“ von 1982 ablesen. Professionalität läßt sich diesem Film ebenso wenig absprechen wie eine unzulässig verkürzte Sicht auf den

Zweiten Weltkrieg. Es ist die Geschichte des zehnjährigen Klaus Wensloff, der zwischen die Mühlen des divergierenden Weltanschauungen gerät und das Kriegsende auf einem ostpreussischen Gutshof erlebt, um schließlich im Andenken an seinen Vater als junger Spion mit den siegreichen Russen ins zerstörte Berlin heimzukehren. Die Charaktere sind zwar dünn gezeichnet, voll tröstlicher Wärme, aber die kräftige Geschichtskritik, conditio sine qua non für den kunststimmigen und umfassend gebildeten Regisseur in der „BR“, lenkt darauf hin, daß die meiste Kinoformel genauso wie die Fernsehproduktion der Nachbearbeitung durch die Eltern bedürftig. Davor wird das schon geleistet?

Medienschwerer (wie die Psychologin Doris Singer von der Yale-Universität) warnen davor, das Bild gegenüber der Phantasie zu vernachlässigen. Aber die deutschen Beiträger des Festivals und jenseits der Mauer zerlegen das ebenso wie die Jüden mit ihrem übermäßig weichen Trickfilmbeitrag „Pelle le Schwan“ (Regie: Stig Lasseby 81) oder die Holländer mit ihrer Diskussion um das Schicksal von Krim aus geschiedenen Eben: „Kämpf um beide“ (Regie: Kaart van der Ven, 1982). Ebenso wie in vielen der anderen Beiträge fällt auch bei van Meulen die emotionale Kälte auf der Kinder ihr junges Leben in die Hand zu nehmen versuchen, um Eltern nur noch als Gebrauchsgüter zu Finanzierungs-zwecken zu nutzen. „Wenn sie mich in Ruhe lasse, ist es gut!“ Die kleine früh empfindende Saskia will alleine zurechtkommen. Ob das ein Weg ist, auf den der Mensch insgesamt verwiesen werden soll, auf der Suche nach dem erfüllten Dasein? Während die russischen Beiträge auf ausstattungsprangende Märgen einer unerbittlichen Märchenwelt abheben, glänzen die Tschechoslowakischen Kinderfilm-Nummern in der Sparten, diesmal mit Karel Zeman „Trickfilm von bestechender Ban.“ „Hans und Marie“.

Köln: „Elektra“ von Strauss und Everding

Gefährliche Holzläser

Lange hat sich Köln auf die „Elektra“ spitzen müssen. Im Nachkriegs-Opernhaushat es das Stück nie gegeben. Straußens originale Orchesterbesetzung läßt sich dort, ein Architekturbauwerk, nicht in den Graben zwingen. Vor den reduzierten Werkfassungen scheute man zurück. Bis jetzt.

Der Dirigent Gerd Albrecht nimmt das Handicap in Kauf. Er kann es ohne Bedenken. Die Reduktion fällt unter seiner Leitung gar nicht auf. Strauss schweigt. Albrecht türmt das Stück kolossal auf, ohne es dabei mit seinem eigenen Lärm totzuschlagen. Er formuliert die Musik selbst im größten Tumult noch präzise, und das Gürzenich-Orchester folgt ihm dabei mit nicht nachlassender Konzentration. Gerd Albrecht ist der Wundermann des Abends. Die Spannungskurve fällt hundert Minuten lang nicht ab. Die Musik redet mit tausend Zungen. Sie ist außer sich vor Intensität in jedem Moment. Das leise Züngeln der Holzbläser klingt noch gefährlich. Man hat die „Elektra“, so packend, so niederschmetternd, längst nicht mehr gehört.

Das Stück ist schwer zu besetzen, seit die Heroinnen vom Schlage einer Varnay und einer Nilsson abgetreten sind. Köln versichert sich Gwyneth Jones für die Titelpartie. Sie imponiert. Sie bewegt. Sie ist eine so subtile Gestalt auf der Bühne. Aber sie durchschreitet die „Elektra“ ohne Erbarmen für ihre Stimme. Schön klingt ihr Singen in keinem Moment, nicht einmal in der Erkennungsszene mit Orest, den Harald Stamm mit

großen, es ist ein Ton verknüpfte. Die Musik ist das mütterliche Ufer. Klytemnestra. Auch sie ist faszinierend. Aber auch sie hat in jahrelanger Überforderung verloren als nur die Sopran. Die Mittellage und Tiefe, die als Mezzosopran nun zurückgefallen, klingt hörbar brüchig. Das zu der zerstörten Gestalt nicht paßt. Ganz ungewöhnlich ist die Ausführung der Schwester Chrysothemis, doch sonst ein starkes, weiblich volles Verlangen nach Kiben. Lisbeth Belsley gestaltet es anders. Sie ist schon ganz anders und verhärtet. Hysterie ein Nervenbündel, fix und fest, der schmächtigen und ruhmstümme paßt das ausgezeichnet.

Ein solches Iwar gewiß auch die Idee desseus: August Everding. Der hat Strauss, sondern auch Hofmannsthal-schen Text ermunen, von dem man aus Säng hier allzuwenig versteht. Interessiert ihn die Psychologien in dieser freudianischen Ausdeutung. Er läßt ungen und Reaktionen faszinieren ausspielen, das große Ritual interessiert ihn weniger. Kammer-spielhafte Züge sieht ein, die dann mit ein Ben Effekt-Tabelle aus von Vöner Mauro Pagano kontrastieren und da auch die Gion Straußens Musik aufnehme große Ausführung. Orf Jubel, untergründig von Besn.

HARD BEUTH



Ein coolie Brise: Buddy Tate (rechts) und Billy Sutterfield

FOTO: DPA



Mit dem Gefühl argumentieren: Szene aus „Konrad in der Konservator“ von Claudia Schröder, der die Bundesrepublik in Frankfurt vorführt

FOTO: KAI WESSEL

Hier, wie auch bei den italienischen Arbeiten - z. B. Franco Giromelli mit seinem „Einsiedler“ - tritt das Wort zurück, waltet der ruhig dahinstromende Atem des einprägsamen Bildes. Eine Entdeckung für den europäischen Kinofreund sind auch die Beiträge aus Übersee. Gaston Kabore aus Obervolta mit seinem „Geschenk Gottes“ erzählt die Geschichte vom stummen Jungen, der am Rande der Sahelzone verdrust aufgefunden und im Dorf aufgenommen wird. Daraus entsteht das Bild eines Kindes, das nicht nur früh die Last der Erwachsenen mittragen muß, sondern auch ihre Liebe und die Fürsorge teilen darf. Keine spezifische Kinderproduktion also, die es in den

tropischen Ländern ohnehin kaum gibt, sondern ein Familienfilm, der dazu ansetzt, Lebensweisen anderer Länder einfühlsam verständlich zu machen.

Das gilt auch für „Mangannini“, die Geschichte einer Ureinwohnerin im australischen Hochland, die sich für eine Weile eng an das australische Farmerkind Joanna anschließt. Die seelische und optische Angleichung des kleinen Mädchens mit ihrer den Geistern der Natur verschwisterten großen Freundin hat mythische Qualität. Ein Film, der sich getrost dazu bekennen darf, aus dem Gefühl heraus zu wirken. Das ist die Stärke des Kinderfilms - und zugleich seine Gefährdung.

INGRID ZAHN

Berlin: A. Galins „Einmal Moskau und zurück“

Ein alter Paris streikt

Der sowjetische Stückschreiber Alexander Galin, Jahrgang 47, ist ein menschenfreundlicher Autor offener. Geschichte ist er auch. Auf besonderen Tiefgang peilt er nicht. Er macht Theater der intelligenten und rüstig populären Gefälligkeit. Er hat einigen deutlichen Humor. Er bedient vor allem das Herz seines Publikums. Dergleichen ist überall selten.

Dieses Stück, „Einmal Moskau und zurück“, streicht auf freundliche Weise das Schicksal alter Leute. Ein alter Dachdecker im Ruhestand, der verwitwet und verlassen, ist aus seinem Dorf bei Turuk von der Tochter und dem Schwiegerson nach Moskau geholt worden. Sie wollen sich um ihn sorgen. Das tun sie aber nicht sehr. Er ist in der Wohnung des geborenen Schwiegervaters, das mit Angetuhten handelt, aber noch einsamer, als er es in seiner heimatischen Dörlichkeit war.

Die Kinder wollen ihn nie verheiraten. Sie besorgen ihm drei freundliche alte Damen, auf daß er unter ihnen eine neue Lebensgenossin wähle. Er belästigt sie weg. Dann werden sie ihm alle drei ganz sympathisch. Am Schluß bringen ihn die drei Götinnen im weißen Haar im Triumph zum Bahnhof. Der alte Paris reist in seine dörfliche Einsamkeit zurück. Aber er hat doch Nettigkeit erfahren. Das Stück aber steckt voll von lauter spielbaren Rollen. Martin Feld, der große Protagonist, der selber im nächsten Monat seinen 75. Geburtstag feiern wird, hat sich die Hauptrolle sozusagen als Benefiz gewährt und spielt sie nun. Er tut's mit all der Genauigkeit und Wärme, mit der

trockenen Menschenbeobachtung und abgefeimten Meisterschaft seiner hohen Kraft. Er knurrt. Er stöhnt. Er leidet. Er setzt sich und sein Alter immer nur zur Wehr. Er blüht tausend Töne einer trivialen, komischen und herzerweichenden Verlassenheit auf. Held ist wunderbar. Er badet sich in seiner Rolle.

Die drei Grazien, die ihn umwerben, sind auch nicht von argloser Art. Berta Drews donnert als eine rheumatische, alte Ballettmeisterin über die Szene. Gudrun Genest macht, einer russischen frommen Helene ähnlich, eine fidele Arbeiterfrau. Antje Weisgerber, herrlich komisch und zwingend, taut als eine vom Leben gekränkte Krankenschwester langsam und lustig auf. Drei alte Grazien erwärmen sich an ihrem späten Paris. Entzückend zu sehen.

Regina Lemnitz und Helmut Wildt verkörpern die emsige und im Grunde herzlose Geschäftigkeit der jüngeren Generation. Das Leben und die Lebenslust der Alten rollt am Ende triumphal über sie hinweg. Alter schützt vor Tollheit nicht, und auch nicht vor Lebensliebe. Mehr wird nicht gezeigt. Das aber konsequent und mit einer herzwärmenden Freundlichkeit.

Im Schloßparktheater Berlin führte Helmut Poliza zärtlich und fest Regie. Die Bühnenbilder (Kathrin Kegel) waren entzückend zu betrachten. Der Abend geht am Ende in Jubel unter. Lauter Schauspielerliebe in so bekömmlichen Rollen. Was wollte man in solchem Falle mehr?

FRIEDRICH LUFT

Wehmude weggeswingt - „The Great Eight“ auf Deutschlandtournee

Trommelstöcke für das Publikum

Der Platz blieb verwaist. Auf dem Brennen nach Köln mußten sich einer Herzkranke in Düsseldorf ins Krankenhaus. Auch der Bassist Slat konnte nicht auftreten. An hatte man in Arvell Shallowertigen Ersatz gefunden, profilierte sich geradezu glück für den Abend - in strichenen Version von „Jas Ballade Yesterday“, nur bei diesem Vortrag zer Hauch von Wehmude Osaal. Aber der wurde rasant von den - nimmehr ist Seven“ weggeswingt.

Rund 50 Jazzgeschichte standen aber des sterilen „Görzsch“. „Jazz hält jung“ - nassive vereinten sich die Sessischen Jazz-standards“ und „I can't give you I love“. Mit 75 war Red Jester der Alt-

Stars. Eine Stecknadel hätte man fallen hören können, als er, solistisch, Bix Beiderbeckes „Candlelight“ auf dem Vibraphon swingen ließ.

Nicht nur musikalisch, auch vom Aussehen und Gestus her verblüffte die Ähnlichkeit mit Benny Goodman wies der Klarinetist Johnny Mince auf. Mit „On the Alam“ und „The Man I Love“ demonstrierte er seine musikalischen und technischen Möglichkeiten auf diesem oft - wenn auch zu Unrecht - als „kläglich karg“ beschriebenen Instrument. Von saft-rauchig bis brillant-strahlend reichte die Skala, die Billy Butterfield auf der Trompete hinauf- und hinunterspielte. Jahrelang galt der Musiker als „Abtrünniger“, weil er mit Ray Conniff's Orchester in die „Niederungen“ kommerzieller Schlagermusik abgewandert zu sein schien.

Eine Brise aus den coolen fünfziger Jahren wehte durch den Saal, als Saxophonist Buddy Tate und Gitarrist Tal Farlow ein musikalisches

Zwiesgespräch intonierten. Sam Woodyard, als Jahrgang 1925 das „Küken“ unter den Interpreten, hatte leider zu wenig Gelegenheit, sich am Schlagzeug hervorzutun. Er revan- schierte sich für sein musikalisches Zukunftskommen, indem er den Clown spielte und u. a. seine Trommelstöcke am Ende der Vorstellung unter Publikum warf.

Eine nostalgische Reise in eine Vergangenheit, frei von avantgardistischen Experimenten, bei der die Zuhörer begeistert mitführen. Das merkte man unter anderem an den permanenten Schwingungen im Fußboden, wenn der Rhythmus dem Publikum in die Füße ging. Und es war sicherlich nur Respekt vor der Leistung und dem Alter der Interpreten, daß man sie - nach lediglich zwei Zugaben - bereits gehen ließ.

RAINER NOLDEN

Weitere Tourneedaten: Nürnberg, 21. 9.; Soingen, 23.; Elmshorn, 24.; Kiel, 27.; Marl, 28.; Essen, 29.; Duisburg, 30.; Bonn, 1. 10.; Hagen, 2.; Ludwigshafen, 3.; Bielefeld, 4.

JOURNAL

Leben schon vor 1,8 Milliarden Jahren

Um 400 Millionen Jahre hinter die bisher von der Wissenschaft angenommene Schwelle haben chinesische Geologen den Beginn des organischen Lebens auf der Erde zurückverlegt, nachdem sie eine algenartige Zellverbindung in einer 1,8 Milliarden Jahre alten Schieferung im Gebiet von Tientsin fanden. Über ihren Fund und die Schlussfolgerungen für die Entwicklung der Lebewesen auf der Erde berichteten die Wissenschaftler bei einem internationalen Geologen-Symposium, an dem Experten aus der Bundesrepublik Deutschland, Großbritannien, Frankreich, Kanada, der Sowjetunion, den USA und Australien teilnahmen. Bisher wurde angenommen, daß die primitivsten Formen organischen Lebens auf der Erde vor 1,4 Milliarden Jahren existierten.

Archäologisches Museum in Kedumim eröffnet

In der Siedlung Kedumim in Samaria ist das neue archäologische Museum „Kedem“ eröffnet worden. Gezeigt werden dort die seit 1979 zutage geförderten Funde der historischen Vorgängerin Kedumim - der alten Samaritaner-Siedlung Asafa (Atza), Schauplatz eines der letzten Samaritaner-Aufstände im 5. Jh. n. Chr. Von besonderer wissenschaftlicher Bedeutung sind eine Anlage ritueller Bäder (Mikvot) sowie die neben den Ölpressen einer Werk-Anlage der alten Siedlung gefundene Waschanlagen zur rituellen Reinigung des Öles. Sie bestätigen, daß die Samaritaner die jüdischen Riten befolgten. Die frühesten Funde - Gefäße, z. T. mit Inschrift, und Waffen - gehen auf die Besiedlungsanfänge dieses Gebietes, die frühkanaanitische Epoche, ca. 3000 v. Chr., zurück.

Liebermann-Preis für Konrad Boehmer

Der Komponist Konrad Boehmer wurde in Hamburg für seine Oper „Dr. Faustus“ mit dem Rolf-Liebermann-Preis ausgezeichnet. Den mit 75 000 Mark dotierten Preis, der künftig alle drei Jahre vergeben werden soll, hatte die Körber-Stiftung zum 70. Geburtstag des ehemaligen Intendanten der Hamburger Staatsoper, Rolf Liebermann, 1980 gestiftet. Konrad Boehmer, 1941 in Berlin geboren, ist seit 1972 Professor an der Musikhochschule Den Haag. Den ebenfalls mit 75 000 Mark dotierten Gründungspreis erhielt Olivier Massien für sein Werk „Der heilige Franz von Assisi“.

Ideologische Schulung für Chinas Arbeiter Pflicht

Arbeiter chinesischer Betriebe werden künftig nach einem Rotationsprinzip zuzugig ideologische Schulung erhalten, um die moderne chinesische Geschichte, den wissenschaftlichen Sozialismus und den Werdegang der chinesischen Arbeiterklasse zu studieren. Jeder Arbeiter und Angestellte muß nach diesem Programm jährlich zwei Wochen an solchen Kursen teilnehmen. Der Studienbericht wird dann den Unterlagen für eine Beförderung am Arbeitsplatz hinzugefügt. Bei den Kursen sollen Arbeiter, die jünger als 35 Jahre alt sind, bevorzugt werden.

Gärtner entdeckt antike Gräber

J. G. G. Warschau Beim Umgraben stieß ein Schrebergärtner im polnischen Luftkurort Gloskow auf einen mindestens zweitausend Jahre alten Kriegerfriedhof. Warschauer Archäologen fanden angebrannte menschliche Knochenreste sowie kunstvoll und präzise hergestellte Pfeile, Wurfspeere und anderes kriegerisches Zubehör vor. Der Einfluß der frühen Römerzeit sei unverkennbar, stellen sie fest.

Franz Hummel schreibt eine „Ubu“-Oper

Reg. Salzburg Franz Hummel, der gerade in Zusammenarbeit mit der Choreographin Rosamund Gilmore eine „Egmont“-Trilogie für die Leokadia Dance Group (Riedenburg) erarbeitet hat, komponiert für das Salzburger Landes-Theater die Oper „König Ubu“. Das Libretto schrieb Roland Lillie nach dem Text von Alfred Jarry. Die Uraufführung ist für den 11. März 1984 im Landestheater vorgesehen.

Drei Japaner unter den sieben ersten

SAD, Paris Die 17jährige Japanerin Yumiko Sakuma gewann den ersten Preis (15 000 D-Mark) bei dem renommierten internationalen Flötenspielerwettbewerb Jean-Pierre Rampal, der alljährlich von der Stadt Paris veranstaltet wird. Unter den sieben preisgekrönten Finalisten befanden sich zwei weitere Japaner. Den zweiten Preis vergab die Jury an den Japaner Motaki Kato und den dritten an die Australierin Mitchell Allison.

Impfschutz schon im Mutterleib

JOCHEN AUMILLER, München
Schwangere impfen, um die Neugeborenen vor tödlichen Infektionen zu schützen: Dieses Konzept ist realisierbar, zumindest beim Wundstarrkrampf, dem Tetanus. An der Frauenklinik der Universität Pittsburgh wurde bereits vor vier Jahren mit einer entsprechenden Studie begonnen. Die vielversprechenden, manche sprechen sogar von bahnbrechenden Ergebnissen, sind nun in dem angesehenen Fachblatt „Journal of Clinical Investigation“ veröffentlicht worden. Damit wurde belegt, daß der Impfstoff über die Plazenta („Mutterkuchen“) in den Organismus des Ungeborenen gelangt und dort die Bildung von Abwehrstoffen stimulieren kann.

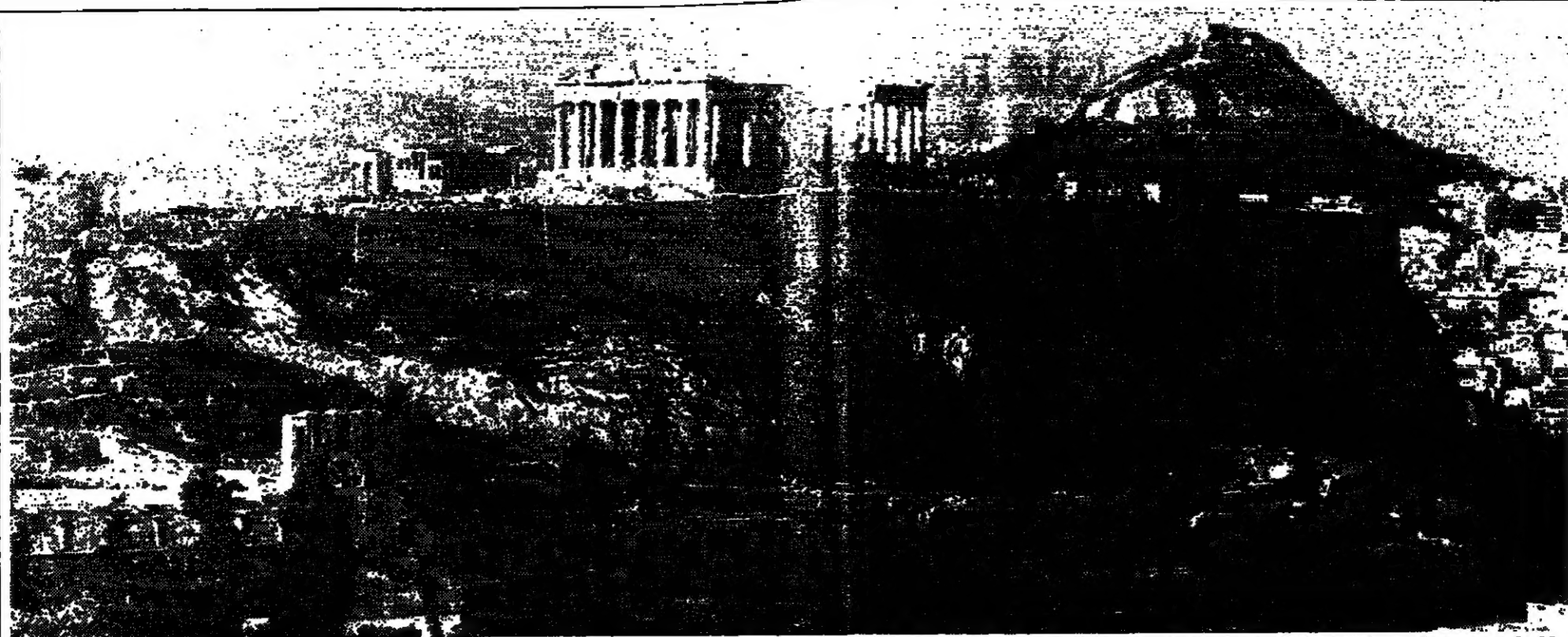
Bislang wußte man zwar, daß mütterliche Antikörper in den Kreislauf des Fötus übertritten und dem Neugeborenen ausreichenden Schutz vor den allgegenwärtigen Krankheitserregern bieten können. Daß jedoch eine Immunisierung des Fötus im Mutterleib möglich ist, taten viele Experten als Utopie ab. Die Studie bewies nun, wie Thomas Gill aus Pittsburgh auf einer Pressekonferenz erläuterte, daß der Impfschutz gegen Tetanus mindestens ein Jahr nach der Geburt gewährleistet war.

In die Studie einbezogen waren 42 Mütter, die im fünften und achten Schwangerschaftsmonat den Tetanus-Impfstoff erhielten. Eine Kontrollgruppe von weiteren 25 Schwangeren wurde nur zum Schein geimpft, die Spritze enthielt eine ungefährliche Kochsalzlösung. Während des Geburtsvorganges entnahmen die Wissenschaftler den Neugeborenen Blutproben, in denen sie den Gehalt an Tetanus-Antikörpern messen konnten.

Von großer praktischer Bedeutung sind die Pittsburgher Erkenntnisse vor allem für die Dritte Welt und auch dort für die Ärmsten der Armen. Denn unter den Todesursachen der Neugeborenen steht in diesen Ländern der Tetanus (Tetanus neonatorum) mit an erster Stelle. Die Kinder bekommen von ihrem Mütterchen keinen ausreichenden Impfschutz in Form von Antikörpern mitgeliefert (was hierzulande die Regel ist), und das eigene Immunsystem der Neugeborenen ist viel zu schwach, um schon in den ersten Tagen nach der Geburt mit einer Tetanusinfektion fertigzuwerden. Da viele Schwangere in diesen Ländern entweder auf dem Feld oder unter primitiven häuslichen Verhältnissen entbinden, ist die Gefahr der Ansteckung mit dem Tetanuserreger sehr groß. Würden die Schwangeren geimpft, könnten sich nach den Ergebnissen dieser Studie die Kinder trotz des erst heranwachsenden und noch schwachen Immunsystems selbst helfen, indem sie eben selbst ausreichend Abwehrstoffe produzieren.

Was beim Tetanus machbar erscheint, ist allerdings nicht ohne weiteres auf andere Impfungen zu übertragen. Beim Tetanusimpfstoff handelt es sich um einen sogenannten Totimpfstoff. Die Tetanuserreger werden bei der Impfstoffherstellung abgetötet. Erhalten bleiben nur die einzigen wichtigen Strukturmerkmale, die aber für das Immunsystem ausreichen, um sofort mit einem Gegenangriff zu starten, und zwar mit Antikörpern gegen die geimpften toten Erreger: ein Tauschungsmanöver also, dem wir letztlich alle Impferfolge verdanken. Viele Impfstoffe bestehen aber aus noch lebenden, wenn auch abgeschwächten Erregern. Sie sind jedoch für die Ungeborenen noch viel zu gefährlich, als daß man wagen würde, ähnliche Experimente durchzuführen, wie sie die Pittsburgher Wissenschaftler jetzt mit der Tetanusimpfung vorgelegt haben.

Hier zeichnet sich aber zumindest theoretisch ein Ausweg ab. Man könnte Oberflächenmerkmale etwa der Masern- oder Rötelnviren gentechnologisch identifizieren und dann auch produzieren. Sie reichen vielleicht aus, um das unreife Immunsystem von Feten anzuregen, Gegenstoffe zu bilden.



Inzwischen ist alles vorbereitet für die Generalüberholung auf der Akropolis. Der Parthenon wurde eingerüstet – erst in rund zehn Jahren soll sich der Hügel wieder so wie hier präsentieren. Bis dahin will Kulturministerin Melina Mercouri auch die fehlenden Stücke wieder in Griechenland haben. FOTO: POLY-PRESS

Neuer Anlauf im Zwist um die alten Friesen des Parthenon

E. ANTONAROS, Athen
Griechenlands Kulturministerin Melina Mercouri gibt nicht nach. Innerhalb der nächsten Tage will die engagierte Sozialistin und ehemalige Schauspielerin („Sonntags nie“) bei der britischen Regierung offiziell die Rückgabe der sogenannten Elgin-Friesen aus dem Parthenon-Tempel beantragen. „Diese Meisterwerke der Antike gehören uns“, bekräftigte die Ministerin jetzt in Athen.

Seit der Regierungsübernahme durch die Sozialisten im Oktober 1981 hat die „passionierte Griechin“ (Mercouri über Mercouri) mehrfach den Versuch unternommen, die Anfang des 19. Jahrhunderts nach London gebrachten Marmorplatten nach Griechenland zurückzuholen. Alle Vorstöße sind bisher erfolglos geblieben. Das britische Museum, das die Friesen und Skulpturen im Jahr 1817 von Lord Thomas Elgin erstand, hat sich bisher beharrlich geweigert, sich auf eine Diskussion mit den Griechen einzulassen. Frau Minister ließ sich

darob allerdings nicht entmutigen; denn die „Elgin-Marbles“, wie sie in der ganzen Welt bekannt sind, müssen ihrer Ansicht nach „unbedingt“ zurück zum Parthenon-Tempel, der jetzt von Grund auf restauriert werden soll.

Die Restaurationsarbeiten auf dem Akropolis-Hügel haben in diesen Tagen begonnen: In den nächsten zehn Jahren wollen griechische Archäologen und Architekten den ganzen Tempel Stück für Stück demontieren, alle Marmorstücke einzeln reinigen und anschließend wieder zusammenlegen. Die Gesamtkosten dieser einzigartigen archaischen Arbeit werden auf umgerechnet 85 Millionen Mark veranschlagt.

In erster Linie geht es darum, die 12 357 Marmorstücke des Parthenon-Tempels von den verrosteten Eisenklammern zu befreien, die bei früheren Restaurierungen verwendet wurden. Diese Metallstücke, die zur „Bin-

dung“ der einzelnen Marmorsteine um die Jahrhundertwende eingesetzt wurden, haben nach Darstellung des Archäologen Manolis Kores die Säulen aus dem berühmten „entelikon“ Marmor derart beschädigt, „daß wir keine einzige Minute länger warten dürfen“. Zahlreiche Marmor-elemente sind zersprungen, der ganze Tempel ist von Rissen übersät.

Um den Tempel keiner neuen Gefahr aussetzen, haben sich die Experten für eine sehr kostspielige Sanierungsmethode entschieden: Die Eisenklammern sollen durch Titanium-Stücke ersetzt werden, die weder rosten noch andere Schäden verursachen können. Verworfen wurde ein Vorschlag, wonach die Archäologen nach alter bewährter Methode dicke Bleistücke benutzen sollten. Kores: „Diese Methode wäre ganz gewiß viel, viel billiger gewesen. Aber wir hätten in die Steine große Löcher hineingeboren und sie dadurch zusätzlich beschädigt.“

Die bis zu 12 Tonnen schweren einzelnen Marmorsteine werden von einem in Frankreich gebauten Spezialkran, der aus der Mitte des im fünften vorchristlichen Jahrhundert errichteten Tempels operieren wird, gehievt und in einer mobilen Werkstatt außerhalb des Parthenons abgestellt.

Der Parthenon-Tempel steht bereits unter einem Gerüst. Daran wird sich auch in den nächsten zehn Jahren nichts ändern. „Aber die Griechenland-Reisenden brauchen keine Angst davor zu haben, daß sie eines Tages den ganzen Tempel vermissen werden“, versichert Kores. Im Gegenteil: Jeweils wird nur eine einzelne Säule bzw. ein Tempelteil zur „Behandlung“ abtransportiert.

Problem Nummer zwei ist für die Akropolis-Konservatoren die im Großraum Athen besonders hohe Luftverschmutzung: Der Athener Smog hat in den letzten Jahren zahlreiche Skulpturen schwer beschä-

digt. Athens Sozialisten versuchen zwar, diese Gefahr zu bagatellisieren: „Athen hat keine schmutzigere Luft als andere westeuropäische Großstädte“, sagte unlängst Umweltminister Antonis Tritsis. Doch dies stimmt in dieser Form wohl nicht: Die Maßwerte in Athen liegen deutlich höher als anderswo. Hinzu kommt, daß die Griechenhauptstadt von Bergen umgeben ist.

Trotz ihrer zweckoptimistischen Voraussagen wollen Athens Sozialisten auf Maßnahmen nicht ganz verzichten: In der Umgebung des Akropolis-Hügels will Tritsis „in absehbarer Zeit“ den Autoverkehr einstellen, in Athen soll ab 1984 Heizöl mit einem niedrigeren Schwefelgehalt verwendet werden. Doch damit nicht genug: Vorsichtshalber sind einige wichtige Statuen aus dem Erechtheion-Tempel entfernt worden; sie stehen seit einigen Monaten in einem vollklimatisierten Saal des Akropolis-Museums. (SAD)

Halben Anwälte U-Häftling bei der Flucht?

AP/dpa, Frankfurt
Im gesamten Bundesgebiet fahndet die Polizei nach dem 38-jährigen mutmaßlichen Millionenbetrüger Jens Ullrich Kulik, der am Freitag aus der Düsseldorf Untersuchungshaft entflohen ist und sich zunächst nach Bremen abgesetzt hatte. In der Nacht zum Samstag ließ er sich nach Ermittlungen der Polizei in einem Taxi von Bremen nach Frankfurt bringen.

Die beiden Anwälte Kuliks bleiben weiter hinter Gittern. Ein Haftbefehl erließ gestern Haftbefehl wegen Gefangenenerweichung und Strafreiterei.

Kulik hatte sich am Freitag vormittag mit den Juristen im Besuchsraum der Anstalt zu einem Gespräch getroffen. Als ein Aufseher den Gefangenen in die Zelle zurückbringen wollte, saßen nur noch die Anwälte im Zimmer. Der 38-jährige war getürmt und hatte mit ihrer Erkennungsnummer die Kontrolle am Ausgang unbehindert passiert. Die bisherigen Ermittlungen ergaben, daß Kulik im Besuchsraum die Kleidung gewechselt und sich mit Kaffee die nötige „Sonnenbräune“ verschafft haben mußte.

Kulik war im Frühjahr auf dem Flughafen in Toronto unter Betrugsverdacht verhaftet und an die Bundesrepublik Deutschland ausgeliefert worden. Mit Hilfe eines Devisen-Luftgeschäfts soll er bei Schweizer und deutschen Banken rund 23 Millionen Mark ergaunert haben.

Wies'n begann mit einer 5-Minuten-Sünde

rt, München
Bei trübem Herbstwetter, aber mit viel Sonne im Gemüt ist am Wochenende in München das 149. Oktoberfest eröffnet worden. Oberbürgermeister Erich Kieser trieb am Samstag pünktlich um 12 Uhr unter dem Donner von zwölf Böllerschüssen den Zapfen in das erste Bierfaß und gab das größte Volksfest der Welt mit dem traditionellen Ruf „O'zapft is“ frei. Nur knapp einer Palastrevolution entging Bayerns Ministerpräsident Franz Josef Strauß, der tatsächlich fünf Minuten zu spät kam und so das Ereignis an sich verpaßte.

Gestern zogen dann unter dem Jubel von 150 000 Schaulustigen 7000 Mitglieder von Trachten- und Schützenvereinen in einem farbenprächtigen Zug zur Wies'n. Bis zum 2. Oktober werden auf dem Oktoberfest fünf bis sechs Millionen Besucher aus aller Welt erwartet. Sie werden voraussichtlich wieder rund 43 000 Hektoliter Bier trinken sowie mehr als eine halbe Million Bratendl und etwa 300 000 Paar Schweinswürstl verzehren.

Das bayerische Ministerpräsidenten-Verbleiben wird in den nächsten 14 Tagen übrigens nicht ohne Folgen bleiben. Oberbürgermeister Kieser kannte keine Gnade: „Es wird ihm nur verziehen, wenn er vor den Bürgern auf den Knien rutscht.“ Strauß müsse nun täglich einmal auf der Wies'n erscheinen, andernfalls müßten andere Strafkaktionen überlegt werden.

LEUTE HEUTE

Kennedy unter Anklage
Robert Kennedy jr. ist wegen Heroinsitz angelagt worden. Die Höchststrafe für dieses Delikt liegt im Bundesstaat Süd-Dakota bei zwei Jahren Gefängnis und 2000 Dollar Geldstrafe. Der Sohn des 1968 ermordeten Senators wird inzwischen in einer Entziehungsklinik behandelt.

Farbige „Miss“
Zum erstenmal in der 56-jährigen Geschichte des berühmtesten amerikanischen Schönheitswettbewerbs ist gestern ein farbige Mädchen zur



„Miss America“ gewählt worden: Den Titel errang die 20-jährige „Miss New York“, Vanessa Williams. Vanessa Williams studiert an der Syracuse-Universität Schauspielkunst.

Wonnemonats-Kind?
Prinzessin Dian (22) ist in der 6. Woche schwanger. Eine offizielle Bekanntgabe wird noch zwei Monate auf sich warten lassen. Aber niemand – weder der Hof noch die königliche Familie – dementiert mehr, daß die Prinzessin das zweite Kind erwartet.

Polizist nach Todesschuß angeklagt

by, Köln
Die mysteriösen Umstände des Todes eines Mannes, der bei einem Verkehrsunfall in Köln getötet wurde, haben die Kölner Staatsanwaltschaft jetzt veranlaßt, Anklage wegen fahrlässiger Tötung gegen einen 35-jährigen Kriminalhauptmeister zu erheben. Mit dessen Privatwaffe wurde der 28-jährige Dreher Gerhard Freund aus Walberberg erschossen. Der Beamte war in den Abendstunden des 25. August zu einer Observation im Dienstwagen mit zivilen Kennzeichen in Wesseling (bei Köln) unterwegs. Dabei traf er auf Freund, der bei seinen Eltern und bei Bekannten getrunken hatte – eine Blutprobe ergab etwa 1,7 Promille – und mit dem Rad auf dem Heimweg war. Der Polizist ermahnte ihn, nicht weiter Schlangenlinien zu fahren. Bei einem anschließenden Handgemenge habe sich der Schuß „aus der Waffe gelöst“, die er „vor dem Zugriff des Angerufenen schützen wollte“, wie der Beamte später angab. Er wurde nach dem Todesschuß nicht verurteilt. Nach Angaben der Behörde „sollte er sich erst einmal ausschalten“. Damit wollte der ermittelnde Staatsanwalt die Aussage eines übermüdeten Beamten vermeiden, die in einem möglichen Prozeß ohnehin wertlos gewesen wäre.

Die Staatsanwaltschaft ist jetzt davon überzeugt, daß der Beamte dem Radfahrer schon „mit geogener Waffengegengetreten ist“. Dafür habe es keinen erkennbaren Grund gegeben.

Hefiger Streit um den Nabel Frankreichs

AFP, Paris
Um den geographischen Mittelpunkt Frankreichs ist ein hitziger Disput im Gange. In der mittelfranzösischen Region Berry nördlich von Clermont Ferrand machen sich nicht wenige als vier Ortschaften diesen zweifellos touristisierenden Titel streitig. Für die 638 Einwohner von Brucy-Allichamps steht freilich fest: Bei ihnen und sonst nirgends liegt das Zentrum Frankreichs, was ihnen der Geograph Adolphe Joanne (1813-1881) bescheinigt hat. Seither zieht eine Säule auf der Hauptstraße den Punkt, der der „Nabel“ Frankreichs sein soll. Unter anderem sind es die Einwohner von Epineuil-le-Fleuril, der Heimat des Schriftstellers Henri Alain-Fournier, die dies bestreiten. Hatte dieser doch in seinem romantischen Roman „Le Grand Meaulme“ ausdrücklich den Mittelpunkt Frankreichs an eine Stelle gelegt, die 25 Kilometer von Brucy-Allichamps entfernt liegt. Zu einem anderen Schluß kam der Gelehrte Pierre Vermond in seiner Chronik aus dem Jahr 1830: Er verlegte die Stätte nach Vesudun. Chazemais im Département Allier schließlich setzte sich über alle Berechnungen hinweg. Stolz verkündete eine am Rathaus angeschlagene Tafel: „Centre de la France“.

Inzwischen sind aber die Zeiten vorbei, da die Gemeinde Brucy-Allichamps ihren Nachbarn aus Gefälligkeit den begehrten Titel „Nabel“ überließ.

Sexualverbrechen in Berlin aufgeklärt

F. D. Berlin
In Berlin sind am Wochenende zwei Jungen, sieben und acht Jahre alt, von einem Sittlichkeitsverbrecher umgebracht worden. Einen Tag, nachdem die beiden Schüler Marcus Krüger (8) und Uwe Löbe (7) nahe ihrer Grundschule von einem Mann angesprochen und in eine Wohnung gelockt worden waren, fand die Kriminalpolizei im Appartement eines 43-jährigen arbeitslosen Krankenpflegers die Leichen der ermordeten Jungen. Der mehrfach wegen Sittlichkeitsdelikten vorbestrafte Peter Fehlow gestand bei seiner Festnahme das Verbrechen, verweigerte jedoch jede Aussage über den Hergang der Tat. Der Mann hatte die Leichen in seiner Speisekammer unter einem Wäscheberg verborgen.

Der Täter ist der Kriminalpolizei bereits seit 1978 als Homosexueller mit Neigungen zu kleinen Kindern bekannt. Er war erst Ende 1981 nach einer Verurteilung wegen eines Sexualdelikts an Minderjährigen aus der Haft entlassen worden. Wegen einer weiteren Straftat sollte er sich morgen vor einem Berliner Gericht wegen sexueller Nötigung verantworten, da er im Juni dieses Jahres einen 16-jährigen in seine Wohnung entführte und dort eine Woche lang festgehalten haben soll. Wegen der Mann war jedoch trotz dieses erneuten Delikts kein Haftbefehl erlassen worden.

Die Polizei war während der Großfahndung nach den verschwundenen Schülern durch Hinweise aus der Bevölkerung auf Fehlow aufmerksam geworden. Als die Beamten seine Wohnung aufsuchten, hing an der Tür ein Zettel: „Bin nicht zu Hause, komme morgen wieder.“ Die Beamten brachen jedoch die Tür auf und nahmen Fehlow vor dem Fernseher fest.

20 Jahre Schere im Bauch

AP, Miami
Ein Gericht in Florida hat einer 54-jährigen Frau 135 000 Dollar (rund 380 000 Mark) zugesprochen, weil sie mehr als 20 Jahre mit einer chirurgischen Schere in der Bauchhöhle gelebt hat, die bei einer Operation dort vergessen worden war. 20 Jahre hatte sie unter Krämpfen und Rückenschmerzen gelitten, bis bei einer Röntgenuntersuchung die Schere entdeckt wurde.

Fluchtweg freigeschossen

dpa, Nivelles
Vier Einbrecher haben am Samstag in einem Kaufhaus in Nivelles südlich von Brüssel drei Menschen erschossen und zwei weitere verletzt, um unerkannt entkommen zu können. Das Fluchtfahrzeug wurde später mit der Beute sichergestellt: 100 Kilo Kaffee und einige Spirituosen.

Falscher Duft

dpa, London
Die britische Kriminalpolizei ist einer Betrügerbande auf die Spur gekommen, die im großen Maßstab billiges Duftwasser als teures französisches Parfüm verkaufte. Der weltweite Umsatz des Gauner-Unternehmens könnte nach verschiedenen Schätzungen mehr als eine Milliarde Mark betragen haben.

Toiletten-Streit

AP, Glasgow
In einer Whisky-Abfüllfabrik in Glasgow ist ein Streit um die Toilettenbesuche der weiblichen Belegschaft vorläufig beigelegt worden. Die Beschäftigten hatten Anfang der Woche die Arbeit niedergelegt, weil die Betriebsleitung die Zahl der Toilettenbesuche während der Arbeitszeit kontrollierte.

Griechische Nudistencamps

AFP, Athen
Das griechische Parlament hat mit den Stimmen aller Parteien, aber gegen den Widerstand der orthodoxen Priester, ein Gesetz zur Genehmigung von Nudistencamps in Griechenland verabschiedet. Die Zentren für Sonnenbäder dürfen überall dort eingerichtet werden, wo die lokalen und regionalen Behörden einem solchen Projekt zugestimmt haben.

Massenaustritt

AFP, Brüssel
Von den 38 belgischen Häftlingen, die am Freitagabend aus dem Gefängnis von Tournai ausbrechen waren, konnten bis gestern erst elf wieder gefaßt werden. Die Häftlinge hatten die Gunst der Stunde genutzt, als wegen des Streiks im öffentlichen Dienst Belgiens statt der Gefängniswächter nur zehn Polizisten die Aufsicht über 200 Gefangene führten.

Rocker-Schlacht

dpa, London
Bei einer Schlacht zwischen Mitgliedern der Rockergruppe „Hall's Angels“ aus ganz Großbritannien und der Nacht zu Sonntag in der mittelenglischen Gemeinde Cookham (Grafschaft Berkshire) zwei Menschen getötet und vier weitere lebensgefährlich verletzt worden. Wie es zu den brutalen Gewalttätigkeiten während einer „Party“ kam, war zunächst unklar.

ZU GUTER LETZT

„Jetzt neu! Atomkrieg – kein Problem. Strahlenschutz für Schifferhund + Dackel: Tel. ...“ Anzeige im „Aster-Anzeiger“

WETTER: Zeitweise Regen

Wetterlage: Die Ausläufer eines atlantischen Sturmtiefs überqueren am Montag das nördliche und mittlere Deutschland. Nur im Süden herrscht zunächst noch schwacher Hochdruckeinfluß.



Vorhersage für Montag:
Das gesamte Bundesgebiet: Von Nord nach Süd Durchzug eines Regengebietes, das bis zum Abend die Donau erreicht. Später von Norden her Übergang zu wechselnder Bewölkung mit einzelnen Schauern. Im Südosten über heiter bis wolbig und weitgehend niederschlagsfrei, zum Abend Eintrübung und nachfolgender Regen. Tageshöchsttemperaturen im Norden um 15 Grad, im Süden um 20 Grad.

Weitere Ansichten:
Wechselhaft mit schauerartigem Niederschlag, im Süden Temperaturrückgang.

Temperaturen am Sonntag, 18. Sept.	
Berlin	18°
Bonn	15°
Dresden	14°
Essen	13°
Frankfurt	16°
Hamburg	15°
List/Sylt	14°
München	14°
Stuttgart	15°
Wien	25°
Amsterdam	11°
Athens	28°
Barcelona	22°
Brüssel	13°
Budapest	13°
Bukarest	21°
Helsinki	14°
Istanbul	27°
Kairo	28°
Kopenhagen	18°
Las Palmas	23°
London	15°
Madrid	21°
Mallorca	19°
Moskau	13°
Nizza	22°
Oslo	12°
Paris	14°
Prag	14°
Rom	17°
Stockholm	14°
Tel Aviv	28°
Tunis	26°
Wien	15°
Zürich	15°

Sonnenaufgang: am Dienstag: 7.03 Uhr, Untergang: 19.27 Uhr, Mondaufgang: 19.24 Uhr, Untergang: 4.34 Uhr.
*in MEZ, zentraler Ort Kassel

Hinter „Tür 2“ lockt eine Orgie in Blau-Weiß-Rot

FRITZ WIRTH, London
Sie hatten ihre Haare in den Landfarben Blau, Weiß und Rot gefärbt. Sie hatten Teddybären mitgebracht, Luftballons und Spruchbänder („Norman der Mar kann auf dem Wasser wandeln“). Sie trugen Jeans, T-Shirts und Zylinder. Vor allem aber Fahnen.

So besuchten sie am Samstagabend in der Londoner „Albert Hall“ ein Sinfoniekonzert. „Dies ist das größte Musikfestival der Welt“, sagte Norman der Mar, der wenn er nicht gerade auf dem Wasser wandelt, die Sinfoniker der BBC dirigiert.

Das größte? Wer selbst so viele Wellen schlägt auf diesem Festival wie Norman der Mar, verliert leicht den klaren Blick. Sicher aber ist: Dies ist das exzentrischste Musikfestival der Welt. Es ist ungeheuer britisch, wie das Meer von „Union Jacks“ verstrahlt, und zugleich in hohem Maße unbritisch. Denn so ausgelassen, so selbstvergessen schwärmerisch und fröhlich hat man die lippensteifen Briten für den Rest des Jahres eigentlich nicht in Erinnerung.

Sagten wir Sinfoniekonzert? Ist es natürlich auch. Zuerst und vor allem aber ist es ein gigantisches öffent-

ches und ganz unverschämtes Durchbad in britischem Patriotismus. Hier singt, summt, summt und trampelt man für ein paar Stunden im Rhythmus von Noten aus einer Zeit, da das Empire noch heil, mächtig und weltbeherrschend war: „Ruls Britannia“, „Land of Hope and Glory“ und „Jerusalem“. Andersorts würde man auf soviel Unzeitgemäßes peinlich berührt reagieren, die Briten dagegen inszenieren dieses jährliche Patrioten-Musical unverdrossen und naiver und zugleich überzeugender Inbrunst.

„Letzte Nacht der Proms“ heißt das Fest. Seit 1895 steht es im Kalender der Nation. Sie feiert es unbehelligt und trotz in einer ihr nicht immer wohlwollenden Umwelt, die ihr Empire in den letzten Jahrzehnten so harsch reduzierte. Es gehört zum britischen „way of life“, wie die jährliche königliche Geburtstagsparade und der Streik britischer Koffertträger auf den Flughäfen zu Beginn der Urlaubssaison.

„Proms“ ist die Abkürzung für Promenaden-Konzerte. Sie sind das musikalische Trostpflaster für alle, die nicht die Zeit und das Zeug haben, im Sommer in Urlaub zu fahren. Statt

dessen verwohnt sie der Veranstalter, die Rundfunkanstalt BBC, sieben Wochen lang mit einer Serie zumeist erstklassiger Konzerte, die vor allem zum musikalischen Mekka der Jugend wurden. Die „letzte Nacht der Proms“ ist traditionsgemäß vor sentimentalen und fröhlichen musikalischen „Dankandacht“ für Beteiligte und Stammpublikum geworden.

Zugang zu dieser „Last Night of the Proms“ zu bekommen ist schwieriger, als ein Ticket in Bayreuth oder zum Wimbledonfinale zu erstehen. Wer sichergehen will, richtet sich 14 Tage zuvor ein Nachtlager vor „Tür 2“ der „Albert Hall“ ein. Wer nicht bereit ist, wenigstens fünf Tage anzuhängen bzw. anzuliegen, kann gleich zu Hause bleiben. Natürlich wartet man nicht ununterbrochen 14 Tage vor „Tür 2“. Man schläft dort lediglich, geht am Morgen zur Arbeit oder zur Schule, kehrt am späten Nachmittag zurück.

Dabei geht es nur um den Zugang zur „Promenade“, also den Stehplätzen im Innenraum der „Albert Hall“. Auf den Rängen sitzt derweil im Smoking und langem Abendkleid der betuchte Musikadel der Nation,

der mit zumeist liebevollem Verständnis dem Musikamoral der überwiegend jungen britischen Nachwuchspatrioten im Innenraum zuschaut.

Das Programm ist seit Jahren nahezu unverändert. So beginnt man dem auch gestern mit Elgars unvermeidlichem „Pomp and Circumstance“. Es folgen Henry Woods' „Phantasien über britische Seelieder“, die diese Halle Jahr für Jahr in ein musikalisches Delirium tremens versetzen.

Das Problem ist stets, nach der Nationalhymne wieder den Saal zu räumen. Chefdirigent Norman der Mar drehte gestern auf sehr resolute Weise die patriotische Musikdusche ab. Er erschien zum letzten Beifallsrausch bereits im warmen Wintermantel, was signalisierte: Es kommen kalte Zeiten für Englands Musikpatrioten, bis sie sich im nächsten September wiedersehen vor „Tür 2“, mit Matratze, Gesangbuch und wilder Entschlossenheit, das dämmernde Empire für eine Nacht wachzukitzeln und zusammen mit Norman der Mar wenigstens auf dem Wasser zu wandeln – wenn man denn schon nicht mehr die Meere beherrscht.